

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal;
 Vierteljahr 3,00 Mt., monatlich 1,10 Mt.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Belegungs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7820.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechs-spaltige Kolonne
 oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gemischthafliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen, sowie
 Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate für die
 nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonnabend, den 11. Februar 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Ein todes Parlament.

—st. Wien, 8. Februar.

Nur vierzehn Tage war der österreichische Reichsrath versammelt, der am 1. Februar vertagt worden ist; nur sieben Sitzungen hielt er ab und mit Ausnahme von ein paar Reden über die Feststellung der „Tagesordnung“ wurde in diesen Sitzungen kein Wort gesprochen; und doch dürfte noch nie eine Tagung der österreichischen Volksvertretung so verhängnisvoll gewesen sein, wie diese zwei Wochen, in denen man nichts that, als den Einlauf, die überreichten Anträge und Interpellationen vorzulesen. Ein Parlament, das weder seine Rechte zu verteidigen trift, noch seine Aufgaben zu erfüllen vermag, bildet an sich eine Wertlosigkeit, die außerhalb Oesterreichs undenkbar wäre; aber die österreichische Volksvertretung hatte diesmal mehr als die normale Arbeit eines gesetzgebenden Körpers zu leisten. Das Parlament war vor die Wahl gestellt, den Ausgleich mit Ungarn, das fundamentalste Gesetz des Staates, entweder selbst zu erledigen, oder es ohne sich und gegen sich erledigen zu lassen; der österreichisch-ungarische Ausgleich muß in diesem Jahre vollendet werden, und daß er ohne Parlament erledigt werden wird, wenn das Parlament versagt, wußte jeder von den 425 Abgeordneten, die nun weggeschickt wurden wie unfähige Lakaien. Trotzdem der Ernst der Lage niemandem verborgen blieb — und die Sozialdemokraten ermahnelten nicht in der Presse und nicht im Parlament, die ernste Situation auch dem Stumpfsinnigsten klarzumachen — konnte sich dennoch die Obstruktion im Abgeordnetenhaus festsetzen, und trotzdem um Sein oder Nichtsein des Parlaments gewürfelt wurde, rührte weder die Majorität noch die Regierung einen Finger, um die Obstruktion aus der Welt zu schaffen. Im Gegentheil: noch nie wurde eine Obstruktion von der Regierung so gehätselt, wie die, die der österreichischen Volksvertretung das Genick brach. Sowohl Graf Thun wie der jesuitische Präsident des Abgeordnetenhauses, der Deutschklerikale Dr. v. Fuchs, konnten sich in Bemühungen nicht genug thun, der Opposition das Obstruieren des Hauses nur recht leicht und bequem zu machen. Damit die Obstruktion ja nur einen Vorwand habe, wurde für die erste Sitzung eine überlange Tagesordnung festgesetzt, zu deren Erledigung man gut einen Monat gebraucht hätte, und an die Spitze dieser Tagesordnung wurde mit Absicht das Gesetz gestellt, das die Regierung zur Ausübung der Rekruten ermächtigt, weil die Opposition schon im Dezember erklärt hatte, daß sie gerade dieses Gesetz nicht passieren lassen werde. Es war eine Obstruktion unter Regierungsschutz und Patronanz der Majorität; mit Ausnahme der sozialdemokratischen Fraktion rührte sich in diesem merkwürdigen Parlament niemand, als das Parlament am selben Tage umgebracht wurde.

Dem umgebracht und todt ist dieses Parlament; das ist jedem Kundigen klar und die Ereignisse werden es dollauf bekräftigen. Der Reichsrath ist nicht etwa bloß deshalb weggeschickt worden, weil er nicht arbeiten konnte, sondern er ist just zu dem Zwecke weggejagt worden, damit die Gesetze, die ihm vorgelegt waren — und welche wichtige Gesetze! — ohne ihn gemacht werden. Ein Parlament kann aber kein gleichgültiges Zwischenpiel sein; ein Parlament, das ist und nicht ist, das man hat und nicht hat, das die Bedingung zur gesetzgeberischen Thätigkeit darstellt und nicht darstellt: ein solches Parlament ist ein Unding, eine lebensunfähige Monstrosität. Die österreichische Verfassung verkündet als Grundgesetz, daß das Recht, Gesetze zu geben, abzuändern oder aufzuheben, nur unter Mitwirkung des gesetzlich versammelten Reichsrathes ausgeübt wird, aber der Reichsrath wird nicht einberufen, damit die Gesetze gemacht, sondern er wird expresse heimgeschickt, wenn Gesetze gemacht werden sollen! Ein Staat kann konstitutionell regiert werden, er kann absolutistisch regiert werden; aber Parlament und Absolutismus, neben der gesetzgebenden Körperschaft der § 14, diese uneingeschränkte Verordnungsgewalt der Regierung: diese unsinnige Väterlichkeit ist nicht möglich, und selbst in Oesterreich nicht haltbar, wo doch der Unsinne die zäheste Lebenskraft besitzt. Was bedeutet denn ein Parlament, das für die Schaffung von Gesetzen nicht die unerlässliche Voraussetzung ist, das nicht eine Selbstverständlichkeit, eine absolute Selbstverständlichkeit darstellt? Einleuchtenderweise nichts; es ist eine Dekoration, vielleicht ein Schaustück, um sich vor Europa zu präsentieren, aber kein lebendiger, wirkender Organismus mehr. Ein Parlament, das man zwei Jahre lang so systematisch vergewaltigt, geschändet, ruiniert hat, wie diesen österreichischen Reichsrath, muß schließlich diesen Streichen erliegen. Das Parlament hatte nicht mehr den Willen zum Leben, und so konnte es geschehen, daß die selbstmörderische Taktik, die Obstruktion, die Volksvertretung erwürgen konnte, ohne daß jemand den Versuch gemacht hatte, den Reichsrath, das letzte österreichische dieses Jammerstaates, zu retten.

Was nun geschehen wird? Wir meinen ganz bestimmt: Nichts! Für Oesterreichs Dasein hat Graf Taaffe das unsterbliche Wort geprägt: Fortwursteln! Dieses Reich besteht schon Jahrzehnte und wird leider noch lange bestehen, aber es war nie etwas Anderes und wird nie etwas Anderes sein als ein Provisorium. Oesterreich

fehlt nicht nur jede staatliche Idee; genau betrachtet, hat dieses groteske Land gar keine Existenzberechtigung mehr. Die Volksstämme, die dieses Reich bewohnen, hassen sich tiefer und leidenschaftlicher, als sich Feinde hassen können, die untereinander im Kriege stehen; es einigt sie weder eine Gemeinsamkeit der Sprache noch der Kultur, nach der geschichtlichen Erinnerung; nichts besitzen sie Gemeinsames als die Dynastie, und nichts knüpft sie aneinander als der Monarch. Wenn der „Reichsrath“ fällt, so fällt mit ihm das letzte Band, das die auseinanderstrebenden Theile verknüpft hat, und nur ein loser Trümmerhaufen ist dieses künstlich zusammengeheirathete Oesterreich, aber kein moderner Staat mehr. Was könnte also geschehen, wo doch die Krankheit den ganzen Organismus ergriffen hat?

Graf Thun wird den Staatsstreik vollziehen, von dessen Eintreten man seit einem halben Jahre in der ganzen Oeffentlichkeit so spricht, als sei es das natürlichste Ding von der Welt; er wird dann ein oder vielleicht zwei Versuche machen, die Deutschen und Tschechen zu „versöhnen“, die aber ganz bestimmt nicht gelingen werden; und so wird der Reichsrath, wenn er im Herbst wieder zusammentreten wird — er muß nämlich wieder einberufen werden, weil er die Wahlen in die Delegation, das Parlament für die auswärtigen Angelegenheiten, zu vollziehen hat — genau auf demselben Fleck stehen, wie er jetzt steht. Ob dann obstruiert wird oder nicht, mag vielleicht die Gelehrten der Taktik interessieren, die in Oesterreich jetzt eine förmliche Kaste bilden; entscheidend ist es nicht. Man wird sich aber weiter fortwursteln; mit dem Parlament, wenn es geht, mit dem § 14, wenn es nicht geht; aber an eine wirkliche Reform, die die ewige Staatskrise allmählig verschwinden machen könnte, an eine ernste, große That ist angefangen der spezifisch österreichischen Trägheit noch lange nicht zu denken.

Es giebt hier zu Lande eine große Anzahl Leute, und ihre Zahl mehrt sich von Tag zu Tag, die sich damit trösten, daß die Geschichte nicht mehr lange dauern kann, daß Oesterreich nicht lange mehr leben wird. Wir glauben, daß dies leider ein großer Irrthum ist; selbst ein kranker Staat stirbt nicht so schnell, wie es sich die Utopisten der Politik vorzustellen lieben. Auswärtige Entwicklungen könnten der habsburgischen Monarchie heute vielleicht ernstlich gefährlich werden; aber die sind so wenig in Sicht, daß nur ausgesprochene Thorheit auf diese „Katastrophentheorie“ ihre Hoffnung setzen könnte. Ueberdies unterschätzt man die Machtmittel einer so alten Monarchie doch ganz beträchtlich, wenn man die inneren Wirren schon in einem „Jerfall“ des Staates enden sieht.

Für den Bestand Oesterreichs streitet ein gewichtiger Faktor: die kapitalistische Entwicklung. Je mehr diese fortschreitet — und trotz der Verzopftheit der Zustände Oesterreichs muß sie fortchreiten — desto mehr müssen die nationalen Streitfragen, die so oft nichts mehr sind als kindische Raubalgereien, an Gewicht verlieren, desto mehr werden sie durch die sozialen Bedürfnisse und Nothwendigkeiten in den Hintergrund gedrängt werden. Und mit dem Fortschreiten der Industrialisierung Oesterreichs gewinnt auch die Sozialdemokratie an Kraft, Umfang und Einfluß; und an der festen Mauer der internationalen Solidarität des Proletariats brechen sich die Wogen des Nationalitätenkampfes, die jetzt nur deshalb so lebhaft schäumen können, weil das Wahlprivilegium der Bourgeoisie die Möglichkeit selbst zu einer wahren Sportpolitik giebt.

Das Zugrundegehen dieses marastischen Staates steht also leider noch in weiter Ferne; noch weniger ist aber zu hoffen, daß die leitenden Kreise in Oesterreich die Kraft und den Muth haben könnten, die Wiederbelebung Oesterreichs bewußt und planmäßig zu betreiben. Wer sollte auch der Retter sein? Die Regierung besteht aus ein paar Höflingen und aus ein paar Beamten; Leute, die Minister sind, weil sie der Kaiser dazu ernannt hat, und so lange Minister bleiben, so lange sie der Kaiser nicht wegschickt. Das Haupt der Regierung speziell, der famose Graf Thun, ist ein Mensch unter Dugendlichkeit, den Mann plagt wohl eher die Sorge, wie er am besten im Kreise fröhlicher Damen den Abend verbringen kann, als die, was aus Oesterreich wird. Der einzige politische Kopf im Ministerium ist Herr Dr. Raizl, aber den Mann hat die Hofluft längst ausgehöhlt; zudem ist er mehr ein Gehehe als ein „Oesterreicher“, macht nicht die Politik, die Oesterreich braucht, sondern die sein Klub will. Und schließlich könnte die Regierung auch nichts machen, weil der Kaiser, in Oesterreich immer der entscheidende Faktor für alle Geschhnisse, zu keiner ausgreifenden Politik mehr zu haben ist. Der alte Monarch hatte keinen anderen Wunsch, als daß es, so lange er regiert, bleibe wie es ist; und sonst ist in der ganzen Dynastie kein einziger, der mit dem Staate überhaupt einen Zusammenhang hätte. Der eine Thronerbe ist krank und von dem anderen hört man höchstens dann, wenn in einem Vorstadttheater eine französische Pikanterie aufgeführt wird; zu dem staatlichen Organismus hat nicht einer die geringsten Beziehungen; von Verständnis für diesen komplizierten, für die Dynastie zurechtgerichteten Mechanismus nicht zu sprechen. Es wird also wieder fortgewurstelt werden; in dem Dreck werden die dummen Oesterreicher noch hübsch viel Jahre waten.

Märtyrer trotz alledem!

Von einem der Verteidiger im Dresdener Justizhaus-Prozess erhalten wir folgende bemerkenswerthe Zuschrift:

Es ist nicht wunderbar, daß das Dresdener Justizhaus-Urtheil von der konservativen Oeypreffe zum Anlaß genommen wird, ihr altes Lied von den Verführern und den Verführten wieder anzustimmen. Demgegenüber muß der Wahrheit gemäß betont werden, daß es sich beim Löbauer Kravall nicht um eine Ausschreitung gewerkschaftlicher oder politischer Natur handelte. Man hat es nicht an Ermittlungen darüber fehlen lassen, ob die Schuld der Ereignisse auf die organisierte Arbeiterbewegung zurückzuführen sei, aber gerade das Gegentheil hat sich ergeben. Der sogenannte „Mädelsführer“ Moritz gehörte nicht einmal der Gewerkschafts-Organisation an.

Allerdings ist die Ueberarbeit auf dem Klemm'schen Bau der Anlaß gewesen, aus dem einige der Arbeiter den Waplay betreten, um mit ihren Kollegen zu sprechen; für das aber, was später geschah, war dieses Moment ohne die geringste Bedeutung. Zwischen den Angeklagten und den Klemm'schen Arbeitern ist es überhaupt zu irgend welchem Zusammenstoß nicht gekommen, so daß von einer Nothigung Arbeitswilliger nicht geredet werden kann. Zu Gewaltthaten kam es lediglich dem Bauunternehmer Klemm gegenüber. Dieser wies die Angeklagten vom Platze; das war natürlich sein Recht, aber die Form, die er dazu wählte, führte erst das Spätere herbei. Diese Form ist eine Eigenthümlichkeit von Klemm; er hatte sie schon einige Wochen vorher gegen ein paar andere Arbeiter angewendet, die, weit entfernt, gewerkschaftliche Interessen zu verfolgen, seinen Bauwegen des dort etablirten Vierhandels betreten hatten. Damals hatten sich glücklicherweise nicht so schwere Folgen aus Klemm's Schieflust ergeben. Klemm trifft die hauptsächlichste Verantwortung für die Wuth, die sich der Angeklagten bemächtigte, zunächst deshalb, weil er sie Spitzbuben und Einbrecher schimpfte. Wer bedauert, daß es sich um unbescholtene Arbeiter handelte, die namentlich wegen Eigenthumsvergehen noch nicht bestraft waren, und wer die Empfindlichkeit des Volkes gegen solche Beschuldigungen kennt, der darf sich nicht wundern, daß die Leute dadurch gereizt wurden, und daß der Angeklagte Geblich mit Klemm in eine Palzerei gerieth, die übrigens nur ganz geringfügig war.

Die zweite schwere Verantwortung lud Klemm dadurch auf sich, daß er nun den Revolver holte und schah. Eilige der Arbeiter sahen wohl, daß seine Schüsse nach dem Sandhaufen gerichtet waren, aber es ist durchaus erklärlich, daß nicht alle dies wahrnahmen, und daß sie sich auf ihn stürzten, um ihn zu entwaffnen. Die weitere verhängnisvolle Folge dieser zwecklosen Schieberei war nun, daß durch sie eine Menge von Menschen herbeigelockt wurde, die nicht ahnten, um welchen Punkt es sich zu Anfang gedreht hatte, und die weiter nichts wußten und hörten, als daß Klemm um unterworfene Arbeiter mit dem Revolver geschossen habe. Aus dieser Menge besonders fielen die Prokurale. Der Angeklagte Jwaahr blutete und wurde von anderen darauf aufmerksam gemacht. Sofort verbreitete sich das Gerücht, Jwaahr sei durch die Schüsse verwundet worden. Man weiß, wie der Kribbel von Blut fanatisierend auf die Menschen wirkt. Jwaahr selber muß geglaubt haben, daß die Wunde von einer Schußverletzung herührte, denn nun erst ergriß ihn die sinnlose Wuth, in der er mit Anderen zusammen die Wunde, in die sich Klemm inzwischen gesenkt hatte, erbroch und den Wehrlosen mißhandelte.

Die Geschworenen haben ihren Spruch dahin gefällt, daß Jwaahr und Schmieder dabei die Absicht hatten, Klemm zu tödten. Offenbar haben die Geschworenen dies ebenso wie der Staatsanwalt aus den ausgestoßenen Drohrufen geschlossen. Ich kann mich der Ueberzeugung nicht entschlagen, daß dies ein Irrthum ist, denn mit dem Verede vom Todtschlagen sind oft genug gerade die Leute bei dem Hand, die nicht daran denken würden, wirklich einen Menschen umzubringen.

Die grausame Art, wie der wehrlose Klemm hierbei und später, als er sich aus der Wude zu retten suchte, noch auf dem Waplay und auf der Straße von einer Ueberzahl gestochen und getreten worden ist, läßt sich durch die Wuth und Wuth der Menge zwar erklären und entschuldigen, aber die Sozialdemokratie am allerwenigsten wird daran denken, sie rechtsfertigen zu wollen. Jedoch, ich wiederhole noch einmal: gar kein Gedanke daran, daß in dieser Phase des Vorfalles noch irgend ein Zusammenhang mit der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit bestanden habe, die einen Theil der Angeklagten auf den Klemm'schen Waplay geführt hatte. Es handelte sich jetzt um nichts als um eine gewaltthätige Ausschreitung, mit der trunke und erregte Leute auf eine Verleumdung und vermeintliche Gewaltthat Klemm's erwiderten. Nicht als Unternehmer wurde Klemm gemißhandelt, auch nicht als Inhaber des Betriebes mit der Ueberarbeitzeit, sondern lediglich seiner Schimpfworte und Schüsse wegen. Die Menge, die am meisten schrie und mit Todtschlägen drohte, wußte nichts von der Ueberarbeit und konnte nichts davon wissen.

Jedenfalls sollte der Theil der Presse sich in acht nehmen, uns Sozialdemokraten für rothe Kauf- und Prügelszenen verantwortlich zu machen, der auch bei diesem traurigen Vorfalle wieder nichts Gescheuteres zu thun weiß, als nach Prügeln zu schreien, und der oft genug mit wahren Behagen berichtet, daß irgendwo ein armer Bettler oder Dieb „zunächst eine derbe körperliche Lektion erhalten habe“, ohne daß ein Wort der Mißbilligung über Nothheit und Rechtsbruch daran geknüpft wird.

Eine Zeit, in der eine förmliche Verherrlichung des Willkürs, ja der Polter wieder Mode wird, in der eine gewisse Presse es wagen konnte, die Nothheiten von Spenge, Gieseler u. s. w. als „Ausübung des Hausrechts“ zu feiern, eine Zeit, in der die ehrsüchtige Achtung vor jedem, auch dem geringsten Menschenleben verhöht wird, und man den Helfer wieder gewohnheitsmäßig seine Arbeit verrichten sieht, eine solche Zeit kann sich nicht wundern, wenn eine angegründete, aufgeregte Menge sich herausnimmt, eine barbarische Ruchjustiz zu üben.

Mit diesen Ausschreitungen will ich nun bei Leibe nicht den Wahrspruch der Geschworenen und das von den Richtern in Anwendung gebrachte Strafmaß rechtfertigen. Die Oeffentlichkeit hat ein Recht, solche Richterprüche zu kritisieren, und sie thut gerade in diesem Falle sehr wohl daran, sich dies Recht nicht nehmen zu lassen. Der „Vorwärts“ hat schon in den letzten Tagen darauf hingewiesen, mit welcher Wüthe die Gerichte sehr häufig die rohesten Ausschreitungen

Leichtigkeit haben, wenn sie von Unternehmern oder anderen Angehörigen der herrschenden Klassen ausgingen, oder wenn sie gar den Charakter politischer Demonstrationen zu Gunsten der offiziellen Politik darstellen sollten. Die Wahlbewegung des Jahres 1890 war besonders reich an solchen Vorfällen. Wir Berliner erinnern uns der Schlägen von Blumberg und Blankenburg. In beiden Fällen wurden Angehörige der Arbeiterpartei auf den Dörfern überfallen und schwer gemißhandelt. Im Blankenburg Falle wurde Anklage erhoben, und die Geschworenen sprachen sämtliche Angeklagte frei, obgleich wahrhaft empörende Mißhandlungen vorlagen. Im Blumberger Falle ist es überhaupt nicht möglich gewesen, die Staatsanwaltschaft zur Anklage zu veranlassen. Hier war ein Wagen, der sozialdemokratische Stimmzettelertheiler in die Dörfer des Kreises Niederbarnim gebracht hatte, Nacht bei der Heimkehr überfallen und demoliert worden, die Insassen hatten zum Theil sehr schwere Verletzungen davon getragen, einer soll daran gestorben sein. Glücklicherweise gelang es wenigstens im Wege des Zivilprozesses allmählich festzustellen, daß ein solcher, offenbar geplanter Ueberfall stattgefunden hatte, und obgleich eine Anzahl der Teilnehmer auf diese Art festgestellt wurde, erhob die Staatsanwaltschaft keine Anklage gegen sie. In einem Orte des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow kam es zu einem ähnlichen Ereignis. Auch hier wurden sozialdemokratische Zettelertheiler bei der Heimkehr in der Dunkelheit überfallen und gemißhandelt; da sie aber selbst am Orte fremd waren, und die Staatsbehörden erklärten, die Personen der Thäter nicht feststellen zu können, so gingen diese straffrei aus.

Der Löbtauer Fall lag milder als alle diese Vorfälle. Die milderen Momente sehe ich vor allen Dingen darin, daß die Angeklagten betrunken, daß sie zum größten Theile unbescholten waren, daß sie namentlich durch ihre eigenen Bestände belastet wurden, daß es sich um einen gelegentlichen Zusammenstoß handelte, der jeglichen vorbedachten und planmäßigen Charakters entbehrte, ferner in der schweren Reizung durch Klemm, und endlich darin, daß Klemm keinen dauernden Gesundheitschaden erlitten hat. Wenn die Geschworenen trotzdem keinen der Angeklagten mildernde Umstände bewilligten, selbst wo der Staatsanwalt es ihnen anheimgestellt hatte, so müssen sie sich gefallen lassen, daß man zwischen dieser Strenge Arbeitern gegenüber und der Milde unserer Justiz in anderen Fällen einen befremdlichen Gegensatz findet.

Dasselbe gilt in noch weit höherem Grade von den durch den Gerichtshof angeordneten Strafmaßnahmen. Abgesehen von der gegen Klemm verübten Grausamkeit lag in dem ganzen Falle überhaupt nichts, das besonders schwere Strafen gerechtfertigt hätte. Es war ein Gelegenheitsdelikt ohne jede Tragweite, und die Vertheiligung einiger der Angeklagten war außerst geringfügig. Völlig unbegreiflich erscheinen demnach Strafmaße, die sich dem Maximum der gesetzlich zulässigen Strafen so erheblich nähern. Nachdem die Geschworenen bei Hecht und Weißler nur einfachen Landfriedensbruch, das heißt bloße Theilnahme an der zusammengeordneten Menge, nicht an den Thätlichkeiten, angenommen hatten, so ist es unverständlich, welche Gründe dazu führen konnten, hier je vier Jahre Gefängnis zu verhängen, nachdem einige Tage vorher der Arbeitgeber, der seinen Knecht mit der Peugabel todgestochen hatte, wegen fahrlässiger Lödigung zwei Jahre Gefängnis bekommen hatte. Diese Einwendungen gegen das Strafmaß gelten verstärkt bei dem Angeklagten Geißler, der den Jwahr, wie dieser in völlig einwandfreier Weise bestätigte, sogar von den Gewaltthätigkeiten zurückgehalten gerichtet hatte.

Der dem Schlußakte dieses grauenvollen Dramas beizuohnte, kann sich meines Erachtens der Ueberzeugung nicht entschlagen, daß die Geschworenen und das Gericht unter dem Einflusse jener jetzt künstlich verbreiteten geistigen Strömung gestanden haben, die in jeder Ausdehnung von Arbeitern einen Versuch sieht, die Gesellschaft gewaltsam umzuwälzen und die Revolution zu proklamieren.

Hier gilt nach meiner Ueberzeugung, was die „Post“ und die anderen konservativen Blätter fälschlich der sozialdemokratischen Presse nachsagen, daß nämlich die allgemeine Ansicht in gewissen Kreisen künstlich verwirrt und auf Abwege gelenkt wird. Gewiß tragen die Richter für ihre Entscheidungen selbst die Verantwortung und sie werden sicherlich der Ueberzeugung sein, ihre Sprache verantworten zu können, aber trotzdem fällt nach meiner Ansicht ein großer Theil der Schuld an diesem so weite Kreise entweichenden Urtheile auf die Leute zurück, die fortwährend in Wort und Schrift gegen jede vernünftige Bestimmung der Arbeiterkraft hegen, die eine völlig erlogene Gefahr revolutionärer Gewaltthaten an die Wand malen, und die am liebsten für jeden, der sich der Arbeiterfrage widmet, das Justizhaus und die Verbannung bereit halten möchten. Namentlich die Dresdener konservative Preßorgane hat unmittelbar nach dem traurigen Vorfalle das Menschenthümliche gethan, die Sache aufzubauhen, zu verdrehen und dem Publikum, zu dem doch Richter und Geschworene schließlich auch gehören, das Gefühl beizubringen, daß es sich hier um einen sozialdemokratischen Gewaltakt handelte.

Ich glaube, daß — gewiß unbewußt — auch die Geschworenen und Richter durch solche Stimmungen beeinflusst worden sind. Freilich sind sie dann einem verhängnisvollen Irrthume verfallen: Die Ausdehnungen, die verübt worden sind, hatten weder mit der Sozialdemokratie noch mit der Gewerkschaftsbewegung, weder mit dem Streben nach besseren Arbeitsbedingungen, noch nach einer neuen Gesellschaft das geringste zu thun, sie waren eine Frucht der Trunkenheit, der Unbildung und der Reizung zu Gewaltthaten, Erscheinungen, die gänzlich im Boden der unüberwindlichen heutigen Gesellschaft wuchern.

Und doch, so fremd gerade uns Sozialdemokraten die Handlungen der Angeklagten sind, wir betrachten sie als Märtyrer; nicht als Werkzeugen einer Bestimmung, aber als Opfer einer systematischen Zurechtweisung der öffentlichen Meinung in gewissen Kreisen, deren Einfluß sich Geschworene und Richter nicht haben entziehen können, und die allein im Stande gewesen sein kann, aus ihrem Herzen die Milde zu verbannen. Und darum verdienen die Angeklagten unser Mitgefühl und unsere Hilfe.

Wolfgang Heine.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 10. Februar.

Der Reichstag

widmete noch die ganze heutige Sitzung dem Reichsbankgesetz. Die widerstreitenden Interessen, die um die Reichsbank mit einander ringen, zeichneten sich heute noch schärfer ab, als in der vorigen Sitzung. Das agrarische Junkerthum, mit seiner mittelständlich-junkerschen Junkerskavallerie war vertreten durch Kardorff, Sahn, Wangenheim, Liebermann von Sonnenberg — so ziemlich der ganze Generalsstab. Und nicht der Firnis westmännischer Bildung, wie beim Grafen Kanitz. Der Vertheidiger wurde denn auch heute nicht kunstvoll verhält. Leichterer Kredit, d. h. Pump ad libitum für die Junker und Junkerengenossen — Vernichtung der Goldwährung, damit die „Nothleidenden“ sich wie weiland bankrote Fürsten mit falschem Geld auf die Beine helfen können — kurz, die Lösung: Her mit dem Kapital — für die richtigen Leute!

Und wer die sind, das wissen wir. Herr Siebermann trieb die patriotische Konsequenz so weit, daß er die Franzosen aufforderte, falls sie einmal als Sieger nach Berlin kämen, doch ja die Milliarden der Großfinanz zu konfiszieren. Was den Franzosen recht ist, ist natürlich den Agrariern und Antisemiten billig. Den bürgerlich-kapitalistischen Standpunkt verfochten die Freihändler und Freisinnigen Fische und Brömel; und Bankdirektor Koch, der eine gute Klinge führt und diesmal nicht heifer war, sprang mit den Agrariern unbarmherzig um, sie in ihrer ganzen Unwissenheit an den Pranger stellend.

Herr Siebermann, der nicht begreifen kann, daß es etwas anderes ist, die Reichsbank einer Junkerlique auszuliefern als sie in einem demokratischen Staat zu verstaatlichen, machte uns den komischen Vorwurf der Inkonsequenz. Er wurde von Schoenlank, den er besonders angegriffen hatte, spielend ad absurdum geführt. Morgen die Interpellation Kanitz betreffend Amerika. —

Leutenoth.

Das Abgeordnetenhaus schloß heute die Besprechung der Interpellation Samula über die ländliche Arbeiternoth in Verbindung mit einem konservativen und freikonservativen, das selbe Thema behandelnden Antrage fort. Beide Anträge fordern von der Regierung gesetzgeberische und Verwaltungsmassregeln, insbesondere die Einführung der Konzeptionspflicht für Gesindemütter, schärfere Bestrafung des Kontraktbruchs, anderweitige Festsetzung der Schulzeiten auf dem platten Lande, Maßnahmen gegen die stetig zunehmende Verrohung und den sittlichen Niedergang der Minderjährigen sowie zur Kräftigung und Stärkung der elterlichen Gewalt, die möglichste Verminderung der Beschäftigung von Arbeitern seitens der Staatsbetriebe während der Erntezeit, Verringerung der Armenverpflegung, planmäßige Anstellung von mittleren und kleinen Landwirthen. Der konservative Antrag verlangt außerdem noch Einschränkung des bisherigen Verfahrens, den Arbeitsmarkt durch Gewährung von Extrazügen und besonderen Tarifverbilligungen zu Gunsten der Großstädte und Industriezentren auf weite Entfernungen und zum Nachtheil der Landwirtschaft künstlich zu verschließen, sowie den schleichenden Abfluß der von der Regierung in Aussicht gestellten Erträge betreffend die Beseitigung von Auswüchsen des Rechts auf Freizügigkeit, wobei auf eine entsprechende Beschränkung der Freizügigkeit minderjähriger Personen unter 18 Jahren Rücksicht zu nehmen ist. Weiter fordern die Agrarier eine Verringerung des Gesetzes über den Unterhaltungswohnort zur Erleichterung der Verpflichtungen der Wohnortgemeinde und vor allem die Erweiterung der Zulassung ausländischer Arbeiter.

Allzu klein ist der agrarische Wunschzettel nicht. Die Herren verlangen nicht mehr und nicht weniger, als daß sämtliche Staatsverwaltungen ihnen zu Diensten stehen, gleichviel ob darunter die Förderung wichtiger Kulturaufgaben noch mehr vernachlässigt wird, als es heute schon in Preußen der Fall ist. Aber die Agrarier wissen sehr wohl, daß die Regierung ihre Wünsche gern erfüllt, und sie werden aus der heutigen Rede ihres Gönners Dr. v. Miquel von neuem die Bestätigung entnommen haben, daß ihre Weizen wieder blüht. So agrarisch hat Miquel lange nicht gesprochen, obgleich er es doch auch in seinen sonstigen Reden an Schneiseleien für seine Freunde nicht fehlen läßt.

Und wie Miquel, so sind auch die übrigen Ressortminister bereit, die Interessen der Allgemeinheit den agrarischen Sonderinteressen zu opfern. Sogar der Kultusminister Dr. Doffe ließ erklären, daß er seine Hand dazu bieten wolle, den Wunsch der Agrarier auf anderweitige Festsetzung des Volksschulunterrichts zu erfüllen. Die Einschränkung, daß darunter die allgemeine Volksschule nicht leiden dürfe, ist schwerlich ernstlich zu nehmen, denn es ist ja ein offenes Geheimniß, daß schon heute die Schulkinder auf dem Lande lieber nur allzu häufig den Unterricht vermissen müßten, um dem „gnädigen Herrn“ ihre Zeit und Kraft zu opfern.

In der Diskussion wurde von Konservativen und Zentrum-agrariern um die Wette gejammert über die zunehmende Verrohung der Jugend, die Vergewaltigung, die Freizügigkeit und all die anderen modernen Erziehungssünden, die nach Ansicht der Agrarier die Ursache des Nothstandes sind. Ein konservativer Redner, Herr v. Korn-Rudelsdorf versieg sich sogar dazu, die Wiedereinführung der Prügelstrafe für Minderjährige zu empfehlen und energisch Front zu machen gegen die „Humanitätsdummelei“. Und dann wunderten sich die Herren noch, daß es Arbeitern bei ihnen nicht gefällt!

Eine gründliche Abrechnung mit der agrarischen Gesellschaft hielt Abg. Dr. Fische (fr. Sp.), der zwar erst in später Stunde zu Worte kam, aber doch das Haus durch seine treffenden Ausführungen zu fesseln verstand. Vergebens bemühten sich die Junker, ihn durch unartikulierte Zwischenrufe und an gewisse Thierlaute erinnerndes Gebraull fortgesetzt zu unterbrechen. Die Plebe, die er ihnen ausstülte, sahen, und die Agrarier werden Mühe haben, sich morgen bei der Fortsetzung der Debatte, wegen der schweren Vorwürfe, die der freisinnige Redner gegen sie erhob, zu rechtfertigen. —

Ueber die Ausweisungen

im Reichstag Rede zu sehen, dazu hat die Regierung anscheinend keine Neigung. Unter uns Landräthen im preussischen Abgeordnetenhaus braucht man sich minder zu geniren, die nationale Handtrompete zu blasen. Die „Post“ glaubt, daß die Hoffnung der Dänen und Sozialdemokraten, im Reichstage eine neue Verhandlung über die Ausweisungsfrage inszenieren zu können, nicht in Erfüllung gehen wird; denn es sprechen alle Gründe für die Annahme, daß der Herr Reichszanzler die Verantwortung der Interpellation ablehnen wird.

Herr v. Hohenlohe wird sich schwerlich der Ungnade Stumm's aussetzen, sondern den Wink befolgen, bei dieser „rein preussischen Angelegenheit“ sich dem Reichstag zu entziehen.

Da aber diese Angelegenheit zwar durch gewisse preussische Masseneigenthümlichkeiten veranlaßt, aber im eigentlichen Sinne eine Frage der Ehre und Würde des Deutschen Reiches ist, so wird der Reichstag zwar wohl oder übel auf eine Verlesung des Reichszanzlers aber nicht auf sein Recht verzichten, die Ausweisungspolitik in der möglichsten Deutlichkeit zur Sprache zu bringen.

Die „Post“ wittert, daß der Interpellation „zweifellos die Absicht zu Grunde liegt, die Tribüne des Reichstages zu agitatorischen Zwecken zu mißbrauchen.“ Wir sind grausam genug, das Blatt seinen bösen Ahnungen zu überlassen. Dagegen müssen wir seine Hoffnung zu Schanden machen, daß es wegen der Ablehnung der Regierung mehr als wahrscheinlich sei, „daß der Versuch, die Nordschleswigschen Ausweisungen auf dem Wege der Interpellation zum Gegenstande breiter Verhandlungen im Reichstage zu machen, sich als ein Versuch mit untauglichen Mitteln erweisen wird.“

Die „Post“ scheint zu glauben, daß eine Interpellation an dem Widerpruch der Regierung scheitern muß. Das ist ein Irrthum. § 33 der Geschäftsordnung bestimmt:

„An die Verantwortung der Interpellation oder deren Ablehnung darf sich eine sofortige Besprechung des Gegenstandes derselben anschließen, wenn mindestens 50 Mitglieder darauf antragen.“

Also, wenn die Regierung es für gerathen hält, auf die persönliche Vertheidigung zu verzichten, so wird die Verurtheilung eben in contumaciam erfolgen, und da die Urtheilsurkundung durch die Presse der ganzen Welt mitgetheilt werden wird, so werden sie schließlich auch Kanzler, Minister und Oberpräsidenten auf ihrem Schreibtisch finden. —

Zum egyptischen Anarchistenschwindel. Der „Voss. Ztg.“ wird aus Rom telegraphirt:

Das Konsulargericht in Alexandria hat die verhafteten italienischen Anarchisten vor das Schwurgericht in Ancona verwiesen. Die Anklage lautet nur auf Vereinnahmung zu ungesetzlichen Zwecken, woraus hervorgeht, daß der angebliche Anschlag auf Kaiser Wilhelm nicht nachweisbar ist.

Die politische Gefangene behandelt werden. Unser Genosse Kalutt, der im Justizgefängnis zu Königsberg eine ihm als verantwortlichen Redakteur unseres dortigen Parteiblattes auferlegte sechsmonatige Gefängnisstrafe verbüßt, befindet sich in Einzelhaft und wird mit Federreihen beschäftigt. Das Halten einer Zeitung ist ihm nicht gestattet. Dagegen ist ihm freigestellt, sich Bücher zur Lektüre in den Freistunden bringen zu lassen. Unser Freund hat besonders deswegen unter dem Aufenthalt im Gefängnis zu leiden, weil er wegen eines Magenleidens die Gefängnisloft nicht verlassen kann. Seinen Antrag, ihm Krankenloft zu gewähren, ist bisher keine Folge gegeben. —

Weibliche Berufe. Die kürzlich angeklagte Vorlage des Reichszanzlers betr. die Zulassung der Frauen zum Studium der Medizin befindet sich, wie berichtet wird, seit einiger Zeit in den Händen des Bundesraths. Sie bezieht sich darauf, daß die Bewegung zu Gunsten der Zulassung immer mehr an Stärke und Umfang zunehme, und daß diese Forderung in den thatsächlichen Verhältnissen und Bedürfnissen begründet erscheine. Außer dem medizinischen soll auch das zahnärztliche Studium sowie das Apothekergewerbe den Frauen freigegeben werden. Den jetzt bereits ohne Immatrikulation als „Hospitalitinnen“ die Vorlesungen besuchenden Frauen sollen ihre Semester angerechnet werden.

Nationalitäts-Politik. Die „Kieler Ztg.“ berichtet nach dem „Sejndal“ über ein Vorkommniß vom preussisch-dänischen Kriegsschauplatz, das selbst in jetziger Zeit der Ausweitung und Germanisirungshochfluth anfallt. Nach der Meldung hat der Kleriker Lindström in Christiansfeld dem Landrath Rauwe bekannt gegeben, daß er aus dem „Gesellschaftlichen Verein für Dyrstrup und Umgegend“ austreten wolle. Als Lohn hierfür ist ihm dann die Erlaubniß erteilt worden, dänische Gesellen zu beschäftigen. Dem Lindström wurden vor einigen Monaten durch Ausweisung sämtliche Gesellen genommen. Die seitdem von ihm beschäftigten Leute haben seinen Anforderungen nicht genügt und um nun seine alten Gesellen wieder zu bekommen, ist L. diesen Handel eingegangen. — Als vornehm kann man eine derartige „Nationalitäts-Politik“ der Regierung gerade nicht betrachten.

Die Dresdener Polizeibehörde hat eine für Freitag Nachmittags anberaumte Versammlung der Arbeitslosen auf Grund des § 12 des Vereins- und Versammlungsgesetzes verboten. Der Staat ist wieder einmal gerettet. —

Die letzte Kaiserrede in der russischen Presse.

Man konnte gespannt sein, wie die russische Presse sich zu der letzten Märker-Rede des Kaisers verhält, weil in ihr deutlich dem Selbstfriedensmanifekt des Zaren abgesehen war.

„Kowosti“ sowohl als auch „Kowoje Wremja“ bewundern den dithyrambischen Schwung der kaiserlichen Worte. Die „Kowosti“ knüpfen an jenes Bild an, in dem von dem Abkneipen der schädlichen Zweige die Rede ist, um die guten Zweige zu erhalten, und ihr Korrespondent neigt zu der Annahme, daß einige deutsche Staaten zu diesen schädlichen Zweigen gehören. Er führt u. a. die angeblichen Schwierigkeiten, welche die russische Dynastie noch immer dem deutschen Staatenbunde bereitet, an.

Die russische Presse ist sich darüber einig, daß die Rede eine indirekte Abgabe an das große Unternehmen des russischen Kaisers bedeute, und sie protestirt allgemein lebhaft gegen die Annahme, daß der deutsche Michel, auf sein Schwert gestützt, mit seinem Schilde der ganzen Welt Frieden und Schuß gewähre. Man äußert, daß auch andere Staaten in Europa gleiche Friedensabsichten hegen und von der hohen Mission erfüllt sind, den Frieden zu schützen. Wenn also, so heißt es in den Brechauerungen weiter, Deutschland trotz alledem an seiner präkautiven Mission festhält, so hindert es nicht, ohne weiteres dafür einzutreten, daß überall, bei allen Völkern keine Vermehrung der Heereskräfte stattfindet.

Interessant ist übrigens eine Erörterung der „Kowosti“ über die staatsrechtlichen Folgen jenes in der Ansprache nach einer Besatz enthaltenen Passus, der von der Verantwortlichkeit des Kaisers vor dem Volke spricht. Die „Kowosti“ sagen: bisher habe der Kaiser nur von einer Verantwortlichkeit vor Gott gesprochen. Diese neu konstruirte Verantwortlichkeit verleihe gegen die Verfassung, in welcher dem Kaiser eine unverantwortliche Stellung zugewiesen und bestimmt wird, daß Gesetze wider seinen Willen Gesetzeskraft erlangen — durch Annahme im Reichstage und Bundesrath. „Kowosti“ glauben, daß die staatsrechtliche Stellung des Kaisers, wenn jene Verantwortlichkeit kein bloßer Schatten sein soll, in dem Sinne geändert werden müsse, daß die Kaiserkrone mit dem Veto-Recht ausgestattet werde.

Man sieht, zu welchen Kombinationen die heutige Reaktionspolitik im Auslande Anregung giebt. —

Chronik der Gewaltthätigkeiten.

(Vergleiche zum Dresdener Justizhaus-Prozess.)

Ein Gläubiger ohfseigt seinen Schuldner, der ihn durch leere Versprechungen gereizt hatte, dann wirft er ihn auf das Bett, läßt sich von seiner Frau einen Stock reichen und prügelt damit den Schuldner dergestalt, daß er am ganzen Körper blutet. Zuletzt reißt er ihm noch sämtliche Kleider an Fäden vom Leibe, so daß er sich nachher in seinem Quartier begeben muß. Die vollständig mit Blut durchtränkten Fragmente seines Auges wurden dem Gerichtshofe präsentiert, der dadurch ein Bild davon erhielt, wie gründlich die Abrechnung zwischen Gläubiger und Schuldner gewesen. — Die erste Strafkammer des Landgerichts II Berlin verurtheilte ihn vorgestern zu sieben Monat Gefängnis.

Aus Göttingen wird folgende gebildete Kaffeehaus-szene berichtet: Ein Student ließ einen anderen Studenten durch den Kellerknecht zu sich rufen und schlug ihn dann mit einer Hundepelle ins Gesicht. Der Angegriffene antwortete mit Ohrfeigen und Hohnschlägen. Nun folgte in Gegenwart der übrigen Gäste eine regelrechte Meierei, die erst ihr Ende erreichte, als mehrere Gäste die streitbaren Anwesenheiten trennten. — Als Pendant zu diesem Stückchen bringen Göttinger Zeitungen noch folgende Notiz: Sohen da in einem anderen Cafe mehrere Studenten und zwei junge Kaufleute und fingen an, sich gegenseitig „anzurempeln“. Einem der Kaufleute folgte, als er das Lokal verließ, ein ausländischer Student. Vom Wortwechsel kam es vor der Thür zu Thätlichkeiten. Die übrigen Studenten wurden herbeigerufen und traktirten die jungen Kaufleute mit Schlägen, bis einer von diesen besinnungslos niederstürzte. — Wie viel Jahre Justizhaus wird es wegen „versuchten Todtschlags“ geben? —

Ausland.

Frankreich.

Einen letzten Appell an den Gerichtshof der Regierung haben die sämtlichen Gruppenführer aller republikanischen Parteien erlassen. Der Anruf ist unterzeichnet von Barthou, Poinecaré, Brisson, Bourgeois, Millerand, Viviani u. A. Es heißt in diesem Appell: Es bestehe keine Nothwendigkeit, der Kriminalkammer das Recht zu nehmen, durch eine Entscheidung die Unterjochung zu beschließen, welche sie soeben abgeschlossen hat. Wenn es Schuldige unter den Richtern gebe, so möge man sie dem Obersten Gerichtshofe für Richter überweisen, aber es gebe keine solchen, da der Justizminister Lebret vor der Kammer ihrer Rechtschaffenheit Gerechtigkeit widerfahren ließ und die Unterjochung die Wichtigkeit der gegen sie geschleuderten Anklagen darthat und die Kommission es ausgesprochen hat, daß die Anschuldigungen nicht gerechtfertigt seien. Wenn man sie disqualifizire, so sei dies die Herrschaft der Verleumdung und der ganze Kassationshof werde seinerseits in Willkürhaft gezogen und die höchste gerichtliche Stelle werde durch die öffentliche Gewalt der Verleumdung preisgegeben. Das der Regierung vorgeschlagene Gesetz sei kein Gesetz des Friedens, sondern ein Gesetz des bürgerlichen Zwiespalt. Alle Welt müsse sich

vor dem Urtheilspruch beugen, wie er auch sein möge. Aber es müsse derselbe in voller Unabhängigkeit gefällt werden. Ein solches Gelegenheitsgesetz machen heiße den in Frage stehenden Urtheilspruch, bei welchem es sich um die Freiheit, die Ehre und das Leben eines Bürgerhandels, bloßstellen und bedeute einen Gewaltakt. Die Regierungsvorlage werde die Einheit nicht wiederherstellen in einem Augenblicke, wo ein Zusammengehen der Republikaner gegen das vereinigte Vorgehen der Liberalen Reaktion und des demagogischen Pesarismus notwendig sei, welche zum dritten Mal einen Einschnitt auf die Republik vorbereiten. „Gelten wir darum“, so schließt der Aufsatz, „gegen die rachsüchtigen Angriffe die vaterländischen Traditionen mit Nachdruck aufrecht.“ Nicht unterzeichnete diese Erklärung nicht, wird aber gegen die Vorlage stimmen. —

Der Hafen, den der Sultan von Oman (Staat an der Ostküste Arabiens) an Frankreich verpachtet haben soll, ist, wie man glaubt, von der Jibbar, welcher 5 Meilen von Masat liegt. Der Hafen ist vor Winden geschützt. Am Eingange desselben liegt eine Insel, die stark besetzt werden kann.

England.

Im Unterhaus wurde bei der fortgesetzten Adressdebatte der Unterantrag Ernt, in welchem das Bedauern darüber ausgesprochen wird, daß in der Thronrede ein Hinweis auf die Gesetzlosigkeit in Theilen der Landeskirche fehle, mit 221 gegen 80 Stimmen verworfen.

Belgien.

Brüssel, 8. Februar. (Eig. Ber.) Die politische Situation beginnt sich zu klären. In allen Parteien wird das Projekt der Wahlrechtsverschlechterung lebhaft debattiert und findet fast nirgends Verteidiger. Selbst in den Liberalen Parteien macht sich eine energische Opposition bemerkbar und der parlamentarische Führer Mr. Woeste verfügt über keine allzu große Gefolgschaft. Die Christlich-Sozialen wollen dem antiliberalen Kartell beitreten, sofern die liberalen Parteien ihre antireligiöse Agitation für die Zeit der Bundesgenossenschaft einstellen. Mit den Liberalen werden sie in keine Verbindung treten, so lange der gemäßigtere Abbé Daens nicht wieder rehabilitiert ist. In Antwerpen ist das antiliberalistische Kartell vollkommen gesichert, in anderen Städten wird es ebenfalls zu stande kommen.

Aus den Debatten, die sich am die heutige Interpellation Lorands bezüglich des Rücktritts der Minister de Smet und Ruffens angeschlossen, erhellt deutlich, daß diese nicht allein gehen wollten, weil sie mit dem neuen Wahlgesetz nicht einverstanden waren, sondern auch, weil sie im Kabinete die Einzigen waren, die noch ernstlich die Weiterführung der Arbeiter-Gesetzgebung anstrebten. Die Sozialisten und Liberalen haben der Regierung angelobt, daß sie das Volk zu energischem Kampfe gegen das Wahlgesetz aufzufahren werden.

Spanien.

Bänderschacher. Aus Madrid wird gemeldet, daß die Regierung die Karolinen behalten wolle und auf die Kaufangebote nicht eingehen werde. — Wird nicht genug geboten?

Sizilien.

Vom Kriegsschauplatz auf den Philippinen liegen heute folgende Nachrichten vor: Der General Otis hat nach Washington berichtet, er habe General Miller angewiesen, die Forderung zu stellen, daß Stadt und Forts von Ilo-Ilo bis Freitag Vormittag 9 Uhr zu räumen seien, und das Bombardement zu beginnen, falls die Forderung abgelehnt würde. Die Streitkräfte der Philippinen um Ilo-Ilo seien vollkommen desorganisiert; einige Führer seien ins Innere geflohen.

Die Verluste der Amerikaner betragen einer Meldung des Reuterschen Bureau zufolge seit dem 4. d. M.: 8 Offiziere und 86 Mann todt, 8 Offiziere und 100 Mann verwundet.

Zur Wahl im 2. Wahlkreis

schreibt uns ein Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion: Die sofort nach dem für unsere Partei ungünstigen Ausfall der Stichwahl im 2. Berliner Kreis auftauchende Ansicht, daß es bei der Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses nicht ganz mit rechten Dingen zugegangen sei, scheint in unseren Parteikreisen noch immer eine starke Anhängerzahl zu zählen. Diese Annahme ist aber falsch, wie sich aus nachstehendem, nunmehr allgemählich festgestelltem Thatbestand ergibt. Bei der Stichwahl am 24. Juni sind von verschiedenen Wahlvorständen Zettel, auf denen der gedruckte Name Kreitling durchstrichen und der Name Fischer darauf geschrieben war, für ungültig erklärt worden. Diese Entscheidung steht in Widerspruch mit der vom Reichstag befolgten Praxis, der seit Jahren solche Zettel schon als gültig erklärt. Indes kommen solche irrtümliche Entscheidungen in fast allen Wahlkreisen immer wieder vor, sind also durchaus keine besonderen Erscheinungen der Wahl im 2. Wahlkreis. Da die Wahlzettel hier in Berlin von gleichem Papier und Format sind, auch sonst die Kontrolle der Wähler nicht in dem Maße gelockert werden kann, wie es in manchem Lande oder Industriebezirk üblich ist, so thäten dieselben am besten, überhaupt nur gedruckte Zettel abzugeben, um die einzelnen Wahlvorstände vor der Versuchung zu bewahren, ihrer Selbstherrlichkeit die Fägel schieben zu lassen. Sind aber einmal Zettel durch die Wahlvorstände für ungültig erklärt, so kann eine Aenderung dieses vorläufigen Urtheils nur durch die Wahlprüfung im Reichstage erfolgen. Es ist auch gut, daß dem so ist, denn es möchten wunderbare Auszahlungen bei den Reichstags-Wahlen vorkommen, wenn die ostfriesischen preussischen Landräthe oder sächsischen Amtshauptleute das letzte Wort in dieser Frage zu reden hätten. Also, nachdem die Zettel einmal für ungültig erklärt waren, konnten sie bei der Feststellung des Wahlergebnisses nicht gezählt werden und kann deshalb von einem „Zurückziehen“ des Mandates nicht gut geredet werden.

Aber auch, wenn alle diese Zettel, es sind elf oder zwölf, von Haus aus für gültig erklärt worden wären, so hätten Genossen Fischer noch immer vier oder fünf Stimmen an der Majorität gefehlt und hätte Kreitling als gewählter Abgeordneter proklamiert werden müssen.

Die Entscheidung über die Gültigkeit lag bei weiteren sechs oder sieben Stimmzetteln, die für ungültig erklärt waren, weil sie unzulässige Aufschriften, z. B.: „Guten Morgen, Herr Fischer“ oder: „Von sonst als Richard Fischer“ u. s. w. trugen. Von diesen Zetteln wurden noch einige von der Kommission für gültig erklärt, und zwar genau so viel, daß nun auf Fischer wie auf Kreitling je 23 692 Stimmen gezählt wurden. Kreitlings Mandat war damit unaltbar geworden. Die Kommission mußte aber auch noch vier weitere Stimmen fassen, die von Wählern herrührten, die wahrscheinlich zwei Zettel abgegeben hatten, was aber die betr. Wahlvorstände nicht feststellen konnten. Solche überzählige Stimmen werden nach alter Praxis der Gesamtzahl und dem gewählten Abgeordneten abgezogen. Die Entscheidung darüber kann aber erst in der Kommission gefällt werden, da ja die Wahlvorstände bei der Auszählung nicht wissen können, welcher Kandidat als Abgeordneter gewählt ist und wenn also die überzählige Stimme abgezogen ist.

So steht der einfache Sachverhalt. Ob man dem gewissen Abgeordneten Kreitling hätte erwarten können, daß er das Mandat niederlege, ehe die Kommission entschieden, darüber möchten wir kein Urtheil abgeben. Bisher ist eine solche Entsagung im Reichstag nicht üblich gewesen und doch sind aus gleichen oder ähnlichen Gründen schon Mandate aller Parteien angefochten und schließlich kassirt worden.

Darauf kommt es aber auch jetzt gar nicht mehr an; jetzt handelt es sich darum, mit Aufspannung aller Kräfte die Scharte vom 24. Juni vorigen Jahres wieder auszuweichen. Dies wird nur möglich sein, wenn alle sozialdemokratischen gesunden Wähler ihre Pflicht thun und Wählern unterbleiben, wie sie bei der vorigen Wahl unterlaufen sind. Denn das sei hier festgestellt und zu diesem Zwecke sind die vorstehenden Zeilen nur geschrieben: Der 2. Wahlkreis ist

und bei der letzten Stichwahl nur verloren gegangen, weil eine Anzahl unserer Wähler in übertriebener und durchaus überflüssiger Angst geschriebene Stimmzettel abgaben, die einzelnen Wahlvorständen den vielleicht erwünschtesten Vorwand zur Konfiskation derselben gaben, vor allen aber dadurch, daß einige Wähler ihr höchstes Bürgerrecht dazu glaubten benutzen zu können, recht unangebrachte Rügen zu machen.

Der Stimmzettel ist eine Waffe in dem gewaltigen Emanzipationskampfe des Proletariats, aber sein Spielzeug, auf das man mehr oder minder schlechte Dinge schreibt.

Das sollte man sozialdemokratischen Wählern nicht erst mehr zu sagen brauchen und die Masse ist sich darüber auch vollständig klar. Aber der vorliegende Fall zeigt, daß es unter Umständen auf jeden Einzelnen ankommen kann. Wägen deshalb solche Fälle nicht mehr vorzukommen. —

Die konservatieve Presse beginnt über das Verhalten ihrer Partei bei der bevorstehenden Neuwahl nachzudenken. Da treten recht interessante Meinungsverschiedenheiten hervor.

Die „Deutsche Tageszeitung“ sieht der Idee, für den Freisinn einzuspringen, recht kühl gegenüber. Sie meint, die Kandidaten der Sozialdemokratie seien jetzt weit günstiger als bei der Hauptwahl. Die Konservativen des Wahlkreises könnten keine Reizung haben, sich in die Unkosten und Mühen eines Wahlkampfes zu stürzen, dessen Ausgang ihnen gleichgültig sei. Man solle nicht das Leben der Freistimmigen künstlich erhalten. Strenge Wahlenthaltung sei geboten.

Ganz anderer Meinung ist die „Post“, welche schreibt: „Die Hauptsache aber ist, daß man von vornherein in allen den bürgerlichen Parteien angehörigen Kreisen der Wählerchaft den festen Entschluß faßt, in dem entscheidenden Wahlgange geschlossen gegen die Sozialdemokraten zusammen zu stehen, und daß man demzufolge die Kräfte in dem Wahlkampfe nicht durch gegenseitige Beschuldigung der bürgerlichen Parteien zersplittert, sondern die ganze Kraft auf den Kampf gegen die Sozialdemokratie konzentriert.“

Wir zweifeln nicht, daß der Haß gegen die Sozialdemokratie bald solche Stimmen, wie die der „Deutschen Tageszeitung“ überboten wird und daß das Bisthoru des Freiherrn v. Stumm die vereinigten Liberalen und Konservativen in den Kampf führen wird. —

Für die Angehörigen der Verurtheilten in Dresden

gingen bei der Expedition des „Vorwärts“ folgende Beiträge ein: Hilfsarbeiter der Druceerei M. Bading (Zeitungs-Abth.) 10.—, L. S. u. Mutter 3.—, Gefährlichen 2.10. Schneidermeister, Wilmersdorf 2.—, G. W. Riegner, Schweiz 3.—, R. R. u. D. R. 2.—, Schmoller-Klub 5.—, Weitenberg 1.55. Haberer 1.75. Bildhauer der Werkstatt Dinsch 6.50. W. B. 50.—, Verein „Humor“ 5.—, Wilmersdorfer Arbeiter 6.—, Verein 20.—, A. Dettborn 0.50. Gesangsverein Süd-West 10.—, Klavierklub Unter uns, Eichenbühlstr. 7 5.—, Antel 1.—, Rauchsbad Kornblume (M. d. Arb.-S. B.) 1. Rate 10.—, Ges. von d. 3 Schwägern A. B. und Ch. durch Kotterda 1.—, S. D. II. E. G. 4.—, Fabrik von Feltz Lande 100.—, Konditionsloser Buchdrucker 0.50. Schneiderwerkstätte G. Hofmann 2.—, Stodarbeiter von Kunz u. Co., Brunnstraße 3.—, H. Ch. 10.—, D. M. 5.—, Soldat 1.—, Gen. Chor Klotze 10.—, E. Arndt 0.50. Knaack 10.—, Steinseymeyer Jabel 10.—, W. Krause u. W. Stenger 6.—, H. u. S. aus Ch. 50.—, Arbeiter-Gesangsverein „Einigkeit“, Essen, 4.40. Geburtstagsfeier am 8. Febr. bei Grube, Friedenau, 7.20. Personal der Firma Jmberg u. Lessing, Neu-Waldenberg, 22.—, Ein Student 5.—, Von den organisierten Quimachern Berlins durch G. Hund 50.—, Frau, Wilmersdorf, 10.—, J. P. v. A. 1.—, H. Hans, Apolda, Gumbertus, 5.—, Paul Grub, Gastwirt, Deusselstraße, 3.—, Puzle, 6 Beiträge des W. R. 3.—, D. R. 3.—, Durch W. G. 1.—, F. Saban 1.—, G. R. 3.—, L. R. 2.—, Summa 472.— M. Bereits quittirt 751.62 M. Gesamtsumme 1223.62 M. Dieser Betrag ist an den Kassirer A. Gerlich abgeliefert.

Zum Dresdener Zuchthauskurs.

Aus Dresden wird uns geschrieben: Eine gewaltige, ergreifende Kundgebung fand am Donnerstag Abend in Dresden für die bedauernswürdigen zu schweren Zuchthausstrafen verurtheilten Arbeiter statt. In öffentlicher Volksversammlung sprach in dem bis auf den letzten Platz gefüllten geräumigen Saale des „Trianon“ Genosse Le d e b o u r mit besonderer Berücksichtigung des jüngsten Gerichtsurtheils über die Gewerkschaften und die Rechtszustände in Deutschland. In tief zu Herzen gehender, erschütternder Weise und mit oft vor innerer Erregung zitternder Stimme verhandelt er der Referent, den Dresdener Arbeitern ein Bild und eine Erklärung der herrschenden Situation zu geben. Mit Würde, Ernst und ruhig wurde er angehört. Die Masse folgte aufs Wort dem Leiter der Versammlung, der gerathen hatte, Befallsbezeugungen zu unterbreiten, um eine Auflösung der Versammlung zu vermeiden, und zwar dann um so peinlicher, als es infolge eines einmaligen, ganz unangebrachten Eingreifens des überwachenden Beamten klar wurde, daß die Auflösung der Versammlung, wenn sich nur irgend ein Anlaß böte, beabsichtigt war. Deshalb war wahrscheinlich auch das außerordentlich starke Aufgebot von Gendarmen kommandirt. Aber am Schlusse des Vortrags, nachdem der Referent die Resolution verlesen, da war es unmöglich, die jede Brust bewegenden Gefühle länger zu bannen. Brausender, langanhaltender Beifall durchzitterte den Raum. Mit einem begeisterten Hoch auf die Arbeiterbewegung und die neun unglücklichen Arbeiter ging die Versammlung auseinander. Eine aus 7 Personen bestehende Kommission war gleich Anfangs gewählt, die das Unterstützungswerk systematisch zu regeln hat. Die einstimmig angenommene Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Die öffentliche Versammlung im „Trianon“ zu Dresden beschließt: Angesichts der Gefahren, mit denen die wachsende Feindseligkeit der herrschenden Klassen die deutsche Arbeiterchaft bedroht, sprechen wir unseren festen Entschluß aus, für alle politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats unsere ganze Kraft einzusetzen, um dem gesammten Volke ein menschenwürdiges Dasein und ein wahrhaft gleiches Recht für Alle zu erringen.

Wir erachten es ferner für unsere eigene und aller zielbewußten Proletarier Pflicht, den Opfern dieser Kämpfe hilfsreich beizustehen nach dem Grundsatz: Einer für Alle und Alle für Einen!

In diesem Sinne versichern wir auch die am 3. Februar in Dresden zu Gefängnis und Zuchthaus verurtheilten neun Bauarbeiter und ihre schuldlosen Familien der werthigen Sympathie aller Klassenkämpfer des Proletariats.“

Ueber die bödianer Erzeffe entrüstet zu sein, hat die Sozialdemokratie den begründetsten Anlaß; denn sie vertritt die Idee der Humanität. Dagegen ist es schlechterdings unverständlich, warum die Reaktionsäre die Ausführungen nicht anerkennend auf ihre Konte nehmen. Sie sind es doch, die unsere Humanitätsbuselei verspotten und für jegliche Kohheit schwärmen. Sie schweigen in den Circeln des Krieges, sie verteidigen die afrikanischen Golgenvirtuosen, sie begeistern sich für die Pragerstrafe, sie empfehlen im Kampf mit politischen Gegnern die germanische Faust, die Brutalitäten von Studenten sind ihnen eine herrliche Wirkung überstimmender Jugendkraft und der Dummhohr gehört zu ihren heiligsten Gütern. Warum also die Muth über jene Ausführungen, die doch Geist von ihrem Geiste sind? Warum schlichten sie sich selbst in diesem Ausnahmefall unter die Humanitätsbuselei? Sie sind so lächerlich inkompetent, weil sie blühdigen jede Gelegenheit ergreifen, um ihren unbändigen Klassenhaß auszubringen zu können.

Man muß einen Letztartikel der „Dresdener Nachrichten“, eines der unsaubersten Pöhlblätter, das sich nur für eine Persönlichkeit einmal ehrlich begeistert hat, für Alwardt —, man

muß dieses koste Gewehr von Schmähungen und Verleumdungen lesen — Ausdrücke eines Schlanmullers — um zu verstehen, wie es in diesen Köpfen und Herzen aussieht. Man höre:

„Die wilde revolutionäre Brandung, die aus Anlaß des Dresdener Urtheilspruches aller Orten aufschäumt, ist mit ihrem dumpfen Toben, mit ihren erschreckenden Ausbrüchen eines mit fanatischem Größenwahn gemeinten Terrorismus eine Mahnung sonder Gleichen für die bürgerliche Gesellschaft und ihre leitenden Staatsmänner und Politiker, nicht länger gehen und geschehen zu lassen, sondern energisch einzugreifen in den revolutionären Entwicklungsgang und sein weiteres Fortschreiten mit den noch ungeschwächten gewaltigen Nachmitteln, die dem Staat zu Gebote stehen, zu verhindern.“

„Sollten wir wirklich schon so weit unter der Herrschaft des sozialrevolutionären Terrorismus gerathen sein, daß Jene gegen die Sozialdemokratie im öffentlichen Verfahren sich vor einer wahrheitsgemäßen Aussage scheuen, weil sie die Rache der sozialrevolutionären Mafia fürchten? ...“

„Die Ansister aber zu einem solchen „Märtyrertum“, die Hege aus dem Hinterhalte, die sogenannten „Führer“ großen und kleinen Kalibers, fühlen sie auch nur eine aufrichtige Regung des Mitleids mit den von ihnen verführten unglücklichen Opfern? O nein! Sie wissen sich wohlweislich aus der Schullinie zu halten und glauben die Arbeiter über ihre Verantwortlichkeit an dem angerichteten Unglück hinwegtäuschen zu können, indem sie zu Sammlungen für die Familien der Verurtheilten auffordern. ... Die Hege kümmern sich keinen Pfifferling um das Schicksal der von ihnen verführten und ihrer unglücklichen Angehörigen. Ihnen ist es nur darum zu thun, daß den Arbeitern nicht die Augen aufgehen über die Schändlichkeit und Gewissenlosigkeit des Verfahrens derer, die unter der falschen Maske der „Arbeiterfreundlichkeit“ nur ihrem eigenen Machtzweck fröhnen und ihr eigenes Herrschafts- und Erverbsbedürfnis befriedigen.“

Und das Blatt schließt: „Fortan muß bei jeder Gelegenheit das nationale Colorum censo wiederholt werden: „Wir brauchen ein neues Sozialengesetz!“

Die „Deutsche Tageszeitung“, die freilich Anlaß hat über unseren dokumentarischen Nachweis, wo die Gewaltthäter zu finden sind, ergrimmt zu sein, versichert:

„Die in Dresden Verurtheilten haben eigentlich nichts weiter gethan als das, was sie täglich im „Vorwärts“ und in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ lesen, in die That umgesetzt.“

Kann unsere Leser sind nicht so dumm, daß sie die nothgedrungenen Citate aus der „Deutschen Tageszeitung“ für Meinungsäußerungen des „Vorwärts“ halten, und wir brauchen daher auch nicht zu befürchten, daß sie in die That umgesetzt werden, wenn wir wiederholen, was der Dresdener Graf Pädler — die Rede ist wirklich in der „Staatsbürger-Zeitung“ vom 9. Febr. zu finden — neulich sprach und druden ließ:

„Der Tag der Abrechnung ist gekommen; ein Räder wird umgehen in den deutschen Landen mit dem flammenden Schwert in der Hand. Ein Bittern überfällt das Judenthum, ein Grauen vor dem Erwachen des deutschen Geistes. ... Wir nähern uns rasch der Katastrophe; mit elementarer Gewalt, plötzlich, schnell und unverhofft wird das Unglück hereindringen über Israel. Die Deutsche langverhaltene Wuth verlangt ein Opfer.“

Wenn nun die Banner des Grafen Pädler diese Aufforderungen in die That umsetzen — so müssen sie sich als Väter des Vaterlandes erscheinen, die höchste Auszeichnung verdient haben.

Angesichts der wilden Hege, der ekelhaften Inanien der reaktionären Presse beginnt selbst die vernünftigeren offiziöse Presse einzulenkten. Der „Samburger Korrespondent“ sagt sogar seinen eigenen Dresdener Korrespondenten ins Anrecht: „Unser Eindruck weicht von dem unserer Dresdener S. Verleumdungen ab, der unlängst an anderer Stelle sich dahin ausgesprochen hat, daß das drakonische Urtheil aus der Schwere der abzurichtenden Verbrechen sich hinreichend erkläre. Einige sächsische Blätter wollen wissen, daß eine Erklärung des Justizministeriums in der Angelegenheit bevorstehe, und, wie die „Arbeiter-Zeitung“ hört, soll die Kastration des Urtheils durch das Reichsgericht wegen progressiver Verhältnisse zu erwarten sein. Wir würden dies unter den gegebenen Umständen mit Befriedigung begrüßen.“

Die Haltung dieses offiziellen Blattes ist klug und anständig. Seine Hoffnung, daß das Reichsgericht das Urtheil kassiren werde, ist leider bereits hinfällig geworden, da die Verurtheilten wegen der Unstichhaltigkeit, mit so r a m a l e n Bekleidungen das Urtheil erfolgreich anzufechten, auf das Rechtsmittel der Revision verzichtet hatten.

Der Berliner Staatsmann der „Frankfurter Zeitung“ hält sich zu folgender diplomatischen Note verpflichtet:

„Es ist überhaupt unverlembar, daß alle Scharfmacher mit Eifer an der Arbeit sind, einen jeden Fehler der Sozialdemokratie sich zu nuge zu machen; Der „Vorwärts“ hat die Namen der Richter und Geschworenen in dem Dresdener Landfriedensprozeß in auffälliger Weise veröffentlicht.“

Der fürchtbar gefeierte Vertreter des demokratischen Blattes hat in diesem Fall offenbar mit dem Verstande der Berliner Reusen Nachrichten gedacht. Sonst hätte er es nicht für einen Fehler erklärt, sondern für eine Selbstverständlichkeit, daß man mittheilt, welche Berufsclassen ausschließlich in unseren Schwurgerichten vertreten sind. —

Parlamentarisches.

Im Bundesrath widmete in seiner Sitzung vom Freitag vor dem Eintritte in die Tagesordnung der Vorsitzende Staatsminister Graf Fobadovsky dem General der Infanterie Grafen v. Caprivi einen ehrenden Nachruf. Hieraus wurden die Vorlagen betreffend den Entwurf von Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb der Thomasschlammfabriken, betreffend die Auslegung der Prüfungsordnungen für Bezirke, Zahnärzte und Apotheker, der Entwurf einer Fernsprechgebühren-Ordnung sowie endlich der Entwurf eines Telegraphenverkehrsregulierungs den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Justiznovelle. In der sechsten Kommission des Reichstages wurde heute die Verabredung der vom Abg. Mintelen beantragten Novelle zur Strafprozess-Ordnung fortgesetzt. In § 152 beantragte Dr. Mintelen folgenden Absatz anzufügen: „Die Staatsanwaltschaft ist berechtigt, die Erhebung der öffentlichen Klage wegen mangelnden öffentlichen Interesses abzulehnen, wenn eines der nachstehend bezeichneten Vergehen in Frage steht: 1. Hausfriedensbruch in den Fällen des § 123 des St.-G.-B.; 2. Körperverletzung im Falle des § 223 a; 3. Bedrohung mit der Begehung eines Verbrechens im Falle des § 241; 4. Strafbare Eigennutz im Falle des § 289; 5. Sachbeschädigung im Falle des § 303.“ Der Antrag wurde mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen, nachdem im ersten Zuge auf Antrag des Dr. Fischer (natl.) die Fassung dahin abgeändert war: „Die Staatsanwaltschaft ist berechtigt, die Erhebung der öffentlichen Klage wegen mangelnden öffentlichen Interesses zu unterlassen und einen Antrag auf Strafverfolgung abzulehnen.“ Ein Antrag Le n a m a n n, auch die Uebertretungen des § 11 des Preßgesetzes als Nr. 6 anzufügen, wurde mit 10 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Die Interpellation betreffend die Ausweisungen, die vom Abg. Nohmann gestellt und von der sozialdemokratischen Fraktion unterstützt worden ist, ist jetzt beim Reichstag eingegangen und lautet:

„Erachtet der Herr Reichskanzler die außerordentlichen Maßregeln und die damit in Verbindung stehenden Ausweisungen dänischer Unterthanen, welche von der preussischen Staatsregierung in den norddeutschen Kreisen ergriffen worden sind, für gerechtfertigt und den Interessen des Reichs entsprechend?“

Der Verband der Maschinen- und Geizer hat dem Reichstage eine Petition zugehen lassen, die sich mißbilligend über die jetzige Handhabung der Revision der Dampfessel ausdrückt und verlangt, daß geeignete Personen aus den Kreisen der Maschinen-

und Helfer der Gewerbe-Inspektion als Assistenten bei den Dampf- kessel-Revisionen zugeteilt werden. Ferner verlangt die Petition, daß in allen Fabriksbetrieben, wo Tag und Nacht gearbeitet wird, für die Maschinenisten und Heizer eine tägliche achtstündige Arbeitszeit gesetzlich eingeführt werde.

Im Abgeordnetenhaus ist das zweite Verzeichnis der Petitionen ausgegeben worden. Darunter befindet sich unter anderen die von Uhlstädt und Gen. in Berlin, die Beschwerden führen über die noch nicht erfolgte Bestätigung des Oberbürgermeisters von Berlin.

Partei-Nachrichten.

Eine zeitgemäße Warnung. Das „Volkblatt für Harburg“ schreibt:

„Parteigenossen, schon vor zwei Jahren mußten wir darauf hinweisen, daß von Berlin aus Spiegel in die Industriestädte gegangen seien; wir wissen jetzt mit aller Bestimmtheit, daß Spiegel in Harburg sind, sowohl in den Fabriken als außer den Fabriken und die zum Teil schon Jahre lang ihr sauberes Gewerbe treiben. Wir leben unter dem Zuchtstrahl! Parteigenossen, seht Euch vor, hütet Eure Jungen!“

In Naan, einer Ortschaft im rheinischen Kreise Nettmomm, wurden bei der Gemeinderats- und Erbschaftswahl in der dritten Abtheilung nur sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Die Gegner hatten, wegen der Ausschließlichkeit eines Sieges, Kandidaten in der dritten Abtheilung überhaupt nicht aufgestellt.

Aus Lägerdorf in Holstein wird uns telegraphiert, daß die dortigen Arbeiter den Woylott, den sie wegen Saalverweigerung über vier Wirthse verhängt hatten, glänzend gewonnen haben.

Der Sozialdemokratische Verein für den ersten sächsischen Reichstagswahlkreis Rittau hatte am Schlusse seines letzten Berichtsjahres 470 Mitglieder gegen 412 im vorhergehenden Jahre. 24 Mitglieder stehen im Alter von 21 bis 25 Jahren, 131 im Alter von 25 bis 30 Jahren, 113 im Alter von 30 bis 35 Jahren, 82 von 35 bis 40, 42 von 40 bis 45, 34 von 45 bis 50, 29 von 50 bis 60 und 11 Mitglieder sind über 60 Jahre alt. Vertreten sind 54 verschiedene Berufe, darunter 8 Bauernguts- oder Gartenbesitzer; außerdem gehören 3 Frauen dem Vereine an. Erwähnt sei noch, daß der Verein in den letzten zwei Jahren keine Versammlung abhalten konnte, da unserer Partei im ganzen Wahlkreise kein Lokal zur Verfügung steht. Die Generalversammlung des Vereins tagte diesmal im Fabrikssaal eines unserer Partei angehörenden Fabrikanten in Seiffenrersdorf.

Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.

Als unzuständig hatte sich das Amtsgericht in Gadebusch erklärt, bei welchem der Graf v. Wassow-Behr zu Lügow eine Privatklage gegen den Redakteur der in Rostock erscheinenden „Medlenburgischen Volkszeitung“, Genossen Staroffon, angehängt hatte. Das Gericht wollte von dem durch das Reichsgericht eingesetzten sogenannten ständigen Gerichtsstand der Presse nichts wissen, sondern meinte, daß es sich gehört, einen Redakteur an dem Orte zu verklagen, wo das von ihm geleitete Blatt erscheint. Leider ist das Landgericht in Schwerin, an welches sich der abgewiesene Graf wandte, dem Entscheide des Amtsgerichts in Gadebusch nicht beigetreten, sondern hat denselben aufgehoben.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Zur Frage des Arbeitsnachweises für Hamburger Schauerleute können wir mittheilen, daß die Organisation der Schauerleute sich bereit erklärt hat, die Leitung des Arbeitsnachweises den Stauern zu überlassen, wenn in dem Statut bestimmt wird, daß in der Oberaufsichtskommission — nicht nur in der Beschwerdekommision — neben den Rhebern, Schiffsmannern und Stauern auch die Schauerleute vertreten sein sollen. Jetzt ist diese Vertretung der Arbeiter nur bei der Beschwerdekommision vorgesehen und diese sinkt durch die der Oberaufsichtskommission übertragene Funktion zur vollen Bedeutungslosigkeit herab. Es ist deshalb dringend notwendig, daß den Arbeitern eine Vertretung in der Oberaufsichtskommission zugesichert wird. Dieses Verlangen der Arbeiter ist ein so durchaus berechtigtes, ja eigentlich selbstverständliches, daß nur der engherzigste, bornirteste Unternehmer, Egoismus und Terrorismus sich dagegen ablehnend verhalten kann.

Zur Lohnbewegung der Krefelder Weber wird uns geschrieben: Bis jetzt haben noch keine Verhandlungen zwischen den Streikenden und den Fabrikanten stattgefunden. Nachdem alle Versuche, Streikbrecher heranzuziehen, fehlgeschlagen sind, versucht man auf die Hilfsarbeiter einzuwirken und will diese auf die Sammetstoffe anlernen. Man verspricht diesen vollständig ungelerten Leuten 18 M. Wochenlohn und entbindet sie von jeder Verantwortung für die gewebte Waare. Diese Sprünge der Fabrikanten sind für die Sammetweber denn doch zu postifal, denn es ist für jeden Fachmann klar, daß es nach den heutigen Anforderungen schwer hält, selbst einen Stoff, Band, Leinwand, Weber zum Sammetweber auszubilden, geschweige denn Leute, die nie gewebt haben. In einer Weberei hatten sich tatsächlich einige Scheerer und Spulerrinnen herbeigelassen, auf das Anerbieten der Fabrikanten einzugehen. Sie wurden in der Mittagsstunde von einem Schwarm Schulkinder nach Hause gebracht und einige Stunden später prangte an den Plakatsäulen in fetten Lettern die Bekanntmachung, daß diejenigen, welche andere durch Drohung, Verwundung u. s. w. freiwilliger Arbeit abhielten, strafbar seien und unabsichtlich verfolgt würden. Nun, die Polizeibehörde kann ruhig sein, unsere Streikenden werden sich nichts zu Schulden kommen lassen. Dabei mehren sich die Anzeichen, daß die Fabrikanten nicht mehr länger den Arbeitern trogen können. Auch die Mitglieder des christlichen Verbandes haben ihre Leitung dahin gebracht, daß sie mit uns zusammengehen. Man kann dort dem Drängen der Leute, welche verlangen, daß die Sammetweber insgesammt einig und geschlossen vorgehen, nicht mehr widerstehen. Die Fabrikanten werden also nicht umhin können, bald mit der Kommission in Verhandlungen zu treten.

Neben dem Krefelder Streik sind jetzt in der Textilindustrie viel kleine Lohnkämpfe zu verzeichnen, die geeignet sind, die Durchführung des Krefelder Streiks zu lähmen. Die „Niederheinische Volks-Zeitung“, unser Partei-Organ in Krefeld, richtet deshalb folgende recht beachtenswerthe Ermahnung an die Arbeiter der Textilindustrie:

Wir möchten ein ernstes Wort an die Weber und verwandten Berufsgenossen in der Umgegend richten. Aus den verschiedensten Orten werden Streiks gemeldet: Kempen, Rhehdt, M. Gladbach, Odenkirchen u. s. w. Es ist ja ein erfreuliches Zeichen, daß die Weber überall anfangen, ihre Klassenlage zu erkennen und den Willen zeigen, durch die Selbsthilfe ein besseres Loos zu erringen. Aber damit ist es noch nicht gethan, der Kampf erfordert vielmehr die sorgfältigste Ueberlegung und die größte Geschicklichkeit gegenüber dem mächtigen und vor den unläutersten Mittel im Kampfe gegen die Arbeiter nicht zurückschreckenden Unternehmertum. Ferner bedenk man, daß jede für die Arbeiter der Umgegend ungenügend verkaufte Bewegung nachtheilig auf den Krefelder Streik wirken muß. Sofern die Arbeiter nicht durch besonders zwingende Gründe zu einer Bewegung gedrängt werden, sollte, so lange der Krefelder Streik dauert, jeder Kleinrieg in der Umgegend vermieden werden. Er schadet auf alle Fälle den Sammetwebern.“

Zu den städtischen Arbeitsnachweisen nahm das Leipziger Gewerkschaftskartell in seiner Versammlung am 6. Februar eine ablehnende Stellung ein. Der Standpunkt der Vertreter kam in folgender Resolution, die einstimmig zur Annahme gelangte, zum Ausdruck: „Die Versammlung des Gewerkschaftskartells erblickt in den eintretenden Bestrebungen der bürgerlichen Parteien Leipzigs für Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises und in der damit ver-

bindenen scheinbaren Arbeiterfreundlichkeit die bestimmte Absicht, die Arbeiterschaft von den Wagnen des Klassenkampfes abzulenken. Die Versammlung hält an der bisherigen Ansicht der organisierten Arbeiter fest, wonach der Arbeiter über seine Arbeitskraft als seine einzige Waare selbst zu verfügen hat. Sie bekämpft daher alle diejenigen Versuche auf Errichtung eines Arbeitsnachweises, sofern er unter Leitung der Unternehmer oder unter sogenannter unparteiischer Leitung stehen soll. Soweit ein städtischer Arbeitsnachweis für die Dienstboten und landwirtschaftlichen Arbeiter in Frage kommt, erkennt die Versammlung wohl einen Fortschritt gegenüber den bisherigen privaten Stellenvermittlungen dieser Berufe an, ist jedoch der Meinung, daß eine gründliche Besserung nur durch Verleihung des Koalitionsrechtes an diese Arbeiterkategorien möglich ist, sowie daß dieses Recht für alle Arbeiter erweitert werden muß, um die Arbeitsnachweise der Gewerkschaften besser ausbauen zu können.“

Bei der Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vorm. Schudert u. Co. in Nürnberg sind wegen Mäßregelung eines Arbeiters 100 Forme in den Kaufstand getreten.

In einer Väterversammlung in Nürnberg gründete sich eine Mitgliedschaft des Väterverbandes. Dieser Schritt ist sehr zu begrüßen, denn die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Nürnberger Väterereien sind die denkbar traurigsten. Schon wiederholt wurden Anläufe gemacht, die Vätererei-Arbeiter zu organisieren, aber alle dahin zielenden Anstrengungen waren fruchtlos. Goffentlich ist dieser Versuch von mehr Erfolg begleitet.

Der Magistrat von Nürnberg verpaßt keine Gelegenheit, seinen engherzigen Standpunkt in sozialpolitischen Dingen zu dokumentieren. Wie sorgfältig er auf das Wohl der Arbeiter bedacht ist, das beweist wieder einer seiner neuesten Beschlüsse. Die Bauhandwerker hatten mit dem Hinweis auf die sich in erschreckendem Maße vermehrende Zahl der Baumfälle das wiederholte Gesuch gestellt, Arbeiter zur Kontrolle der Bauten beizuziehen, der Magistrat aber wieder dieses berechtigete Gesuch wiederum ab.

Das Gewerkschaftskartell in Wiesbaden ist auch in der Berufungsinanz vor der Strafkammer in Wiesbaden als politischer Verein erklärt worden. Das Verlangen der Polizeibehörde auf Einreichen der Mitgliederliste, bezeichnete das Urtheil als zu Recht bestehend.

In der Porzellanfabrik von Moschendorf in Hof sind Differenzen ausgebrochen, die zu einem Ausstand führten, an dem 30 Arbeiter theilgeigt sind.

Ausland.

Ueber den Streik der Londoner Droschkentischer bringt die „Frankf. Zig.“ folgende Schilderung: „Montag Abend boten viele Straßen von London einen ungewöhnlichen Anblick. Trotz des Straßenraumes und des feinen Regens, der herniederfiel, sah man selten eine Droschke, kam aber eine solche angefahren, so wurde sie bald hier bald dort von Gruppen umherstehender Männer mit Gesäht und Gebrüll oder mit lautem Pfeifen begrüßt und einzelne Kutscher wurden mit Gyps beworfen. In der Regel mußte dann die Polizei einschreiten. Die Droschkentischer hatten nämlich beschloffen, Montag samstags von 5 Uhr Nachmittags ab den Dienst für den Rest des Tages einzustellen und Abends einer Versammlung in der Greter Hall beizuwohnen, um dort gegen die neue, das langsame Umherfahren leerer Droschken in den belebtesten Straßen Londons verbietende Polizeiverordnung zu protestieren. Wie fest die Londoner Droschkentischer organisiert sind, konnte man Abends an dem fast völligen Mangel gewöhnlicher Droschken erkennen, nur die besonderen Bahnhofsdroschken und andere Lohnfuhrwerke vermittelten das Kräfte in den Verkehr, und da sich jedem solchen Fuhrwerke, das seinen Fahrgast abgesetzt hatte, gleich eine ganze Anzahl neuer Fahrgäste anbot, so stiegen natürlich auch die Fahrpreise entsprechend. Der echte Londoner „Cabby“ aber, der mit seinem eleganten Hslander, sauberem weißen Reimstragen und Kravatte der Gentleman dokumentirt, während die Form seines Ueberziehers oder seiner Joppe zugleich den Sportsmann verräth, dieser richtige „Cabby“, der auch eine besonders hohe Auffassung von seinem Berufe hat, feierte Montag den ganzen Abend. Die Greter Hall konnte gar nicht die „Cabbies“ alle fassen, welche sich zu Tausenden eingefunden hatten, und es wurde darum in einem kleineren Saale des Gebäudes noch eine zweite Versammlung abgehalten. Auf der Plattform des großen Saales saßen die Droschkentischer, die im Protest gegen die neue Polizeiverordnung mit den Kutschern einig sind. Der Vorsitzende der Droschkentischer-Trade-Union theilte mit, er sei zusammen mit einer Deputation, bestehend aus vier Droschkentischern und vier Kutschern, vom Minister des Innern empfangen worden. Der Minister hatte gesagt, der Zustand des Wagenverkehrs in den Straßen von London werde allmählig zu einem Skandal. Seit 18 Monaten beschäftige ihn diese Frage, und er werde eine Bill im Parlamente einbringen, welche ihn ermächtigte, den Omnibusverkehr und schweren Fuhrwerke zu regulieren. Den Droschkentischern zu regulieren, dazu habe er schon die Macht, und nach der Lohnfuhrwerks-Akte vom Jahre 1843 sei es den öffentlichen Fuhrwerken verboten, in den Straßen langsam umher zu fahren, um dort Fahrgäste aufzugreifen. Er drückte aber der Deputation sein Wohlwollen und die Hoffnung aus, daß die Polizei den Verkehr in einer solchen Weise regulieren werde, daß das Gewerbe der Droschkentischer und Befitzer möglichst wenig geschädigt wird. Die Versammlung schloß dann eine Resolution, in welcher der Wunsch ausgedrückt wurde, der Minister des Innern möge die neue Polizeiverordnung zurücknehmen und den Fuhrverkehr in den überfüllten Straßen gleichmäßig regulieren lassen.“

Nach Dänemark ist der Zuzug der Vergolder fern zu halten, da dort größere Differenzen im Beruf ausgebrochen sind.

Soziales.

Vom Sparsystem der Eisenbahn-Verwaltung. In der katholischen „Oberhessener Volkszeitung“ wird der Inhalt einer Beschwerdebüchse veröffentlicht, die das in Osterfeld stationirte Eisenbahn-Fuhrpersonal an diese Zeitung gerichtet hat. Ein Punkt dieser Beschwerde beansprucht weiteres Interesse. Das genannte Blatt schreibt:

„Die Bremser sollen bekanntlich in ihrem Dienste unter keinen Umständen schlafen, und werden für solche Vergehen, wenn sie entbunden werden, streng bestraft. In welchem Licht erscheint aber ein solches Vergehen, wenn man erfährt, daß die Leute 15—16 Stunden täglich Dienst thun müssen? Und nicht etwa bloß einmal wöchentlich, sondern tagtäglich! Das hält auf die Dauer Niemand aus, auch kein Bremser, und wenn er noch so robuster Natur ist. In maßgebenden Kreisen wird es allerdings bestritten, daß die Arbeitszeit von so langer Dauer ist. Das kommt aber daher, daß die Herren an grünen Tisch den Dienst anders rechnen, wie der Beamte. Der Bremser rechnet natürlich den Beginn seines Dienstes von dem Zeitpunkt an, wo er ihn beginnt, und das Ende hält er für die Minute, in der er sagen kann: „So, jetzt gehe ich nach Hause.“ Die löbl. Eisenbahn-Verwaltung aber rechnet die Dauer des Dienstes lediglich nach der Fahrplannächte auf dem Zuge zugebrachten Zeit, und die Aufenthalte auf den Stationen werden eben nicht gerechnet. Wenn also z. B. auf Station Wohlth ein 2 stündiger Aufenthalt ist, der von den Bremsern dazu benutzt werden muß, die Rangiere zu vertreten, so gilt ein solcher Aufenthalt nicht als Arbeitszeit. Das ist allerdings eine löbliche Anschauung, wird mancher Leser mit uns denken, aber an maßgebender Stelle bestehen manchmal solche Anschauungen. Daß bei solcher Rechnung die in der gedruckten Dienstzeitrechnung vorgeschriebene Zeit von täglich 10 Stunden 26 Minuten herausgerechnet werden kann, wird man begreifen.“

Versammlungen.

Eine Volksversammlung für Moabit, die recht gut besucht war, tagte am Donnerstag in Ahrens' Wauerei. An Stelle des durch Krankheit verhinderten Reichstags-Abgeordneten Staden sprach Reichstags-Abgeordneter Kramer über die neue Militärvorlage und das Friedensmanifest des Jahres. Der Redner leitete seinen beifällig aufgenommenen Vortrag mit der Bemerkung ein, daß die

Gegnerschaft gegen die stehenden Heere nicht erst seit dem Bestehen der Sozialdemokratie datire, sondern daß sie schon zum Ausdruck gebracht wurde durch Vertreter der Demokratie im Jahre 1848. Die Sozialdemokratie sei hauptsächlich deshalb eine prinzipielle Gegnerin des Militarismus, weil die Angehörigen des stehenden Heeres vom Volke abgefordert, in militärischem, dem Volke feindlichen Geiste erzogen und erforderlichenfalls zur Belämpfung des Volkes verwendet werden. Der Redner veranschaulichte nun in ausführlicher Darlegung das Anwachsen der Militärlasten, die kulturfeindliche Entwicklung der Kriegstechnik, er besprach dann die Friedensfundgebung des Jaren und kam zu dem Schluß, daß der ewige Friede nur erreicht werden könne auf dem Wege, der zur Verwirklichung der Ziele des für seine Befreiung kämpfenden Proletariats führt. — Hierauf erinnerte Genosse Kramer an das Dresdener Urtheil. Er sprach die Erwartung aus, daß die deutschen Arbeiter, indem sie die zu schweren Strafen Beurtheilungen unterstützen, zeigen werden, daß sie mit dem Urtheil nicht einverstanden sind. — Die aus der Volksversammlung vom 8. Februar bekannte Resolution Nebel wurde auch hier einstimmig angenommen. — Der Vorsitzende Parr forderte zur allseitigen Unterstützung des Kampfes gegen den „Lokal-Anzeiger“ auf und schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Im Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter sprach am 6. Februar Dr. Vornstein über „Sozialismus und Anarchismus“. Redner kam im Laufe des Vortrages auf die theoretischen Führer des Anarchismus zu sprechen und zeigte den Gegensatz zum Sozialismus. Hierauf schloß sich eine sehr lebhaft debattirte. Nachdem Krennd die Sache des „Berliner Lokal-Anzeigers“ zur Sprache gebracht, gab der Kassirer den Kassenscheck vom 4. Quartal 1898. Derselbe hatte nur einen geringen Ueberschuß zu verzeichnen, da der Ausstand bei der Firma Laurinat ganz auf Kosten des Vereins geführt wurde. Nachdem noch unter Beschiedenen auf dem am 18. d. M. stattfindenden Rosenball hingewiesen, wurden 84 neu-aufgenommene Kollegen verlesen.

Wilmersdorf. In einer gut besuchten Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins, die am 8. d. M. bei Klingenberg, Berlinerstraße 40, tagte, sprach Lankow über platonischen und urchristlichen Kommunismus. Unter Vereinsangelegenheiten wurde beschlossen, für die abgelegenen Bezirke, wie Halensee, Friedenau, Wilmersdorf, Hilfsabtheilungen zu bilden. Für Halensee wurde Schiefer, Ringbahnstraße 116, und für Friedenau-Wilmersdorf König, Bruchstraße 13, gewählt. Beiträge werden jeden Sonntag vor dem 1. und vor dem 15. des Monats entgegengenommen. Den Familien der vom Dresdener Schwurgericht Beurtheilten bewilligte die Versammlung 20 Mark.

Friedrichsberg. Im hiesigen Frauen- und Mädchen-Bildungsverein sprach am 7. Februar Dr. Birnbaum über das Thema: Die Kunst, sich jung zu erhalten. Die weiteren Verhandlungen betrafen interne Vereinsangelegenheiten.

Die Mäßregelung der Kriminalkammer des obersten Gerichtshofs von Frankreich.

Die es gesucht hat, in unerhödener Weise die Wahrheit des Dreyfus-Standals zu ergründen, ist zur Thatsache geworden. Heute wurde die Vorlage der Regierung in der Deputirtenkammer verhandelt.

Das Haus und die Tribünen sind überfüllt, es herrscht lebhaft Bewegung. Auf der Tagesordnung steht die Verathung der Vorlage, welche der Kriminalkammer die Revisionen unternehmen will. Der Ministerpräsident Dupuy verlangt die Dringlichkeit der Verathung, welche ohne Widerspruch beschlossen wird. Der Berichterstatter Renaud-Morliere erklärt, die Kommission habe den Gesetzentwurf abgelehnt, weil derselbe ein Gelegenheitsgesetz sei. Der Redner wünscht zu wissen, welche Gründe für die Einbringung des Gesetzentwurfs vorliegen, da sich doch die Anschuldigungen Duesnah de Beaurepaire's als unbegründet erwiesen hätten. (Weifall und Widerspruch.) Die Vorlage setze die Deputirtenkammer an die Stelle des höchsten Gerichtshofes in einer Angelegenheit, die eine rein juristische sei, und sie verlege den Grundsat der Trennung der Gewalten. Die Untersuchung Mazeau's habe ergeben, daß die Räte der Kriminalkammer vollkommen rechtfähig gehandelt haben, die Regierung selbst habe dies anerkannt, es sei also unmöglich, ihnen die Aufgabe zu nehmen, deren Sie sich würdig gezeigt hätten. (Weifall und Zwischenrufe.) Hofe befragte die Vorlage, denn selbst wenn sie ein Gelegenheitsgesetz sei, müsse man sie annehmen, da es sich um das Wohl des Landes handle und weil sie den Agitationen ein Ende machen werde. (Weifall im Centrum.) Der Justizminister Lebret, der nunmehr das Wort nimmt, bestritt, daß es sich um ein Gelegenheitsgesetz handle, denn es bezeichne nicht Personen zu Richtern, die außerhalb des Richterstandes stehen. Die Vorlage sei bestimmt, der Agitation ein Ende zu machen, welche das Land beunruhige, sie entspreche den Wünschen der Bevölkerung. (Weifall und Widerspruch.) Millerand führt aus, Mazeau sei garnicht der Mann, der Kammer Vorarbeiten über ihre Haltung zu machen und ihr eine politische Richtschnur zu geben. Die Vorlage werde die neuen Richter keineswegs der Fluth von Beleidigungen entziehen, deren Gegenstand die Räte der Kriminalkammer sind. Man habe bereits begonnen, gewisse Richter der übrigen Kammern des Kassationshofes anzugreifen; die Vorlage sei eine Prämie auf Verleumdungen, sie werde die Agitation ins Unendliche verlängern; es genüge, auf die zu sehen, welche sie vertheidigen, damit die Republikaner ihre Pflicht begreifen. (Heftiger Tumult.)

Dupuy erklärt, die Regierung übernehme vollständige Verantwortung für die Vorlage, die Republikaner könnten dieselbe mit ganz ruhigen Gewissen annehmen. Es stehe kein republikanisches Prinzip auf dem Spiele; die Regierung habe gefunden, daß die Revision sich nur auf juristischem Gebiete bewegt habe und sie habe Alles gethan, um sie dort zu halten; sie habe Achtung vor der Justiz bewiesen, indem sie ihr die geheimen Aktenstücke mittheilte. Sie sei weder Mitschuldige der Gegner der Revision, noch habe sie sich hon ihrer hinteres Nicht führen lassen, aber die Lage habe sich geändert, Zweifel und Beunruhigungen hätten sich in der öffentlichen Meinung geltend gemacht und hätten befürchten lassen, daß der definitive Beschluß mehr Autorität haben müsse, um allgemeine Anerkennung zu finden. (Weifall.) Das Gewissen des Landes müsse Vertrauen zu dem Beschluß haben, der gefaßt werde. Die Regierung hätte mit den Ansichten der Richter, welche die Enquete führten, rechnen müssen.

Bellefleur bekämpft den Gesetzentwurf, da derselbe Recht und Gerechtigkeit verlege. Die Enquete sei beleidigend für die Räte der Kriminalkammer gewesen. Die Annahme der Vorlage würde den Selbstmord der republikanischen Partei bedeuten. (Weifall auf der äußersten Linken.) Die Generaldebatte wird hierauf geschlossen. Mehrere Deputirte legen kurz dar, aus welchen Gründen sie für oder gegen den Gesetzentwurf stimmen werden. Die Kammer nimmt nunmehr mit 333 gegen 216 Stimmen die Regierungsvorlage an.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Rom, 10. Februar. (B. L. B.) Der Senat hat in geheimer Abstimmung mit 405 gegen 16 Stimmen den Handelsvertrag mit Frankreich angenommen.

Washington, 10. Februar. (B. L. B.) Mac Finley unterzeichnete heute Nachmittag den Friedensvertrag mit Spanien.

Reichstag.

29. Sitzung, Freitag, 10. Februar 1899, 1 Uhr. Am Tische des Bundesrates: v. Posadowsky, Dr. Koch. Die erste Beratung der Novelle zum Bankgesetz wird fortgesetzt.

Abg. v. Kardorff (Sp.).

Es ist hier von allen Seiten der glänzenden Leistung der Reichsbank volles Lob gesendet worden. Darin kann ich doch nicht ganz einstimmen. Vor allem hat die Bank nicht die Aufgabe erfüllt, einen festen Diskont zu erhalten. Man hat den niedrigen Diskont in Frankreich mit dem größeren Reichthum dieses Landes begründet. Nach dieser Logik müßte England den allerniedrigsten Diskont haben. Ferner entsteht die Frage, ist die Bank im Stande gewesen, ihren Geldbestand genügend zu vermehren? Das ist jedenfalls nicht geschehen entsprechend dem gewaltigen Aufschwung der Industrie. Wenn man den Metallbestand der Bank an demselben Oktobertage in den Jahren 1894-1898 vergleicht, stellt sich heraus, daß er im Jahre 1894 900 Millionen; 1898 nur noch 726 Millionen betrug. Von diesen 726 Millionen waren nur 440 Millionen Gold. Da kann man doch von einer glänzenden Leistung der Bank nicht sprechen. Herr Dr. Koch ist gewiß ein sehr liebenswürdiger Herr (Heiterkeit), aber ein sehr verhängnisvoller Leiter eines Bankinstituts. Es fragt sich nun, sind Fehler in der Verwaltung gemacht worden. Da glaube ich vor allem, daß es keine richtige Politik der Bank ist, Gold unter dem üblichen Bankdiskont wegzugeben. Sie kommt sonst immer in den Verdacht, gewisse Kreise zu bevorzugen. Wir ist es auch sehr fraglich, ob man stets mit der Erhöhung des Diskonts rechtzeitig vorgegangen ist. In Frankreich herrscht eine Praxis im Bankwesen, die ich für sehr empfehlenswerth halte. Bei auswärtigen Anleihen giebt die französische Bank Gold nur gegen eine Prämie; während bei uns die Bank gezwungen ist, den Diskont zu erhöhen, wenn sie Gold nach auswärts abgiebt, so daß alle produzierenden Kreise die Last tragen, trägt in Frankreich allein das eine Bankhaus die Last.

Für die Erhöhung des Diskonts hat man den großen industriellen Aufschwung verantwortlich gemacht. Zum Theil mag das ja zutreffen, vor allem aber tragen die Schuld daran die auswärtigen Anleihen und die stetige Handelsbilanz Deutschlands. Diese wird nicht aufhören, so lange die unseligen Handelsverträge dauern. Ich erinnere dann an die vielen Anleihen des Reiches im Ausland, zum Beispiel in China, an die neue Kanalvorlage u. s. w. Bei dieser bedeutenden Inanspruchnahme der Bankmittel haben wir alle Veranlassung, unseren Geldvorrath möglichst zu stärken und auch durch Verkauf hierfür zu sorgen. In Bezug auf die Kapitalerhöhung halte ich 30 Millionen nicht für genügend, eine weitere Erhöhung wäre richtiger. Weiter müßte eine Bestimmung in das Gesetz kommen, wodurch die Notenausgabe in eine bestimmte Relation zum Goldbestande gebracht wird. Die Privatnotenbanken sind eine wirkliche Schädigung unseres Bankwesens. Aber ebenso gut, wie es ihnen unterlag werden muß, unter dem üblichen Diskont zu diskontieren, darf dies auch der Reichsbank nicht gestattet sein. Die Bank von Frankreich diskontirt meines Wissens nie unter ihrem offiziellen Diskont.

Abg. Fischbeck (fr. Sp.).

Auf die Ausführungen des Vordredners will ich nicht im Einzelnen eingehen. Er hat es hier wieder so hingestellt, als ob Deutschland vor dem Ruin stehe. Demgegenüber verweise ich nur darauf, daß das Kapitalvermögen des deutschen Volkes in den letzten 7 Jahren um ca. 6 Milliarden zugenommen hat.

Daß eine Majorität für die Verstaatlichung hier nicht zu haben ist, ist wohl das Beste Zeichen für die Anerkennung, die man der Leistung der Bank allgemein zollt. Gegenüber den Ausführungen des Grafen König für die Verstaatlichung kann man wohl sagen: Gott sei Dank, daß wir eine Privatbank haben. Graf König hat sich ferner in einem Widerspruch bewegt, wenn er sagte: Alle Waaren müßten so theuer als möglich sein, nur das Geld nicht, und kurz darauf: Geld ist auch eine Waare. Freilich, in Bezug auf diese eine Waare sind die Herren Konsumenten, sie müßt ihre Schulden billig bezahlen. Ihr Grundsatz ist: alle Waaren, die wir produzieren, müssen theuer sein, aber die Waaren, die wir brauchen, billig. (Sehr gut! links.) Herr Schoenlant hat Sie schon gefragt, ob Sie auch die Waare Arbeitskraft theuer bezahlen wollen? Sie antworteten: Ja wohl! Aber die Geschichte des Agrarfeudalismus beweist doch das Gegenteil. Diese beweist nur, daß für Sie stets nur ihr eigner Interessentendpunkt maßgebend gewesen ist. Auch dieser Vorlage gegenüber kommt dieser Standpunkt dadurch zum Ausdruck, daß Sie einen niedrigen Zinssfuß unbedingt erhalten, der Industrie die Produktionsbedingungen aber möglichst erschwert wissen wollen. Für den Fall eines Krieges ist eine Staatsbank eine große Gefahr. Der Parteigenosse des Herrn Kardorff, Herr Dr. Arendt, sagt freilich: Gesetze unter Berücksichtigung eines unglücklichen Krieges machen, sei nicht deutsche Art. Da möchte ich dem Herrn Dr. Arendt doch rathen, mit diesem Einwand bei der nächsten Militäretats-Berathung zu kommen! (Sehr gut! links. Unruhe rechts.) Wir sind aber Gegner der Verstaatlichung. Im Uebrigen sind wir mit den Forderungen der Vorlage einverstanden und erwarten die einzelnen Ausführungen in der Kommission, der wir die Vorlage überweisen wollen und zwar sind wir für eine 21 gliedrige Kommission. Wir hoffen, daß das Gesetz in der Kommission zur Annahme gelangt, um es der Reichsbank zu ermöglichen, weiter so segensreich zu wirken wie bisher. (Bravo! links.)

Abg. Hahn (wildl.).

polemisiert gegen den Abg. Fischbeck und vertheidigt Arendt. Auch er hält die Mittel der Reichsbank für nicht genügend gesichert. Eine verstaatlichte Reichsbank brauche auch keine bedenklichen Geschäfte mit den Bundesstaaten zu machen. Durch die Abschaffung des Terminhandels ist keineswegs der Diskont aus ungünstig beeinflusst worden. Der Terminhandel in Effekten besteht ja fort und deshalb dürften die Mittel der Reichsbank zu solchen Spekulationen schwerlich in Anspruch genommen werden. Redner geht sodann auf die Gründe des Grafen Posadowsky gegen die Verstaatlichung ein, die er der Reichs nach zu widerlegen sucht. Die Reichsbank würde nach ihrer Verstaatlichung nicht, wie jetzt, ausschließlich im Interesse der hants Finanzen geleitet werden; auch die Landwirtschaft würde mehr Berücksichtigung finden, zumal, wenn dem Reichsbankpräsidenten ein aus allen Erwerbskreisen zusammengesetzter Ausschuß zur Seite stehen würde. An der Organisation der Bank würde man selbst dann nichts zu ändern brauchen, wenn die 120 Mill. Aktienkapital voll zur Auszahlung kämen. Zu welchem Zweck sollen wir jetzt 35 Millionen den jetzigen Aktionären der Reichsbank schenken.

Mit der Diskontpolitik der Reichsbank kann man sich jetzt unmöglich einverstanden erklären. Man sollte die Diskontpolitik der Bank von Frankreich ableiten, welche bekanntlich denjenigen das Gold vorenthält, die dasselbe nur zu Zwecken der Arbitrage benutzen wollen. (Hört! Hört!) Herr Hahn tritt in den Saal, um ihn sehr bald wieder zu verlassen.) Redner verbreitet sich sodann des Ausführlichen über die Roth der Landwirtschaft. Die Caprivische Wirtschaftspolitik habe die nationale Arbeit ungenügend gesäubert.

Ich verstehe es nicht, wie Herr Schoenlant das, was er gesprochen, vor seinen Wählern rechtfertigen wird. Er hat einen sehr geschickten Cleranz (Heiterkeit) aufgeführt. Herr Schoenlant hat die Landwirtschaft verdächtigt. (Unruhe.) Die Sozialdemokratie geht wieder Hand in Hand mit der hants Finanzen; das kann nicht Wunder nehmen, sie sind ja Brüder einer Mutter (Allgemeine Heiterkeit). — Söhne einer Mutter. Die Sozialdemokratie thut nichts für den Schutz des kleinen Mannes. (Abg. Singer: Wir schwindeln den Leuten eben nichts vor!) Die Sozialdemokraten haben gegen das

Vorsengesetz gestimmt; und ebenso stimmen sie jetzt gegen die Auszahlung der 120 Millionen an die Inhaber; und sie werden jetzt dafür stimmen, daß man reichen Leuten 35 Millionen schenkt. (Widerspruch links.) Nun, ich würde mich freuen, wenn aus dem Saal ein Paukus werden sollte. (Lachen links, Weisfall rechts.)

Vizepräsident v. Frege: Ich darf wohl annehmen, daß der Herr Redner kein Mitglied des Hauses einer Verdächtigung hat bezüchtigen wollen.

Abg. Hahn: Keineswegs.

Reichsbank-Präsident Koch

(Auf der Tribüne unvernehmlich) weist die Bedenken des Abg. Hahn gegen die zu geringe Deckung des Notenumlaufs durch den Goldbestand zurück. Er widerlegt ferner durch Verlesung französischer Briefe die Behauptung des Abg. Hahn, daß die Bank von Frankreich den Arbitrageuren das Gold verweigere.

Redner wendet sich dann gegen den Abg. v. Kardorff. Der Vorwurf, den er gegen mich gerichtet hat; meine Leistung der Reichsbank sei für das Vaterland verhängnisvoll, ist sehr stark; die Gründe, die er dafür vorgebracht, sind aber außerordentlich schwach. Die Angriffe des Herrn v. Kardorff erklären sich aber ganz einfach aus der Verschiedenheit unserer währungsrechtlichen Ansichten.

Abg. Brömel (fr. Sp.):

Herr Hahn hat den Aufschwung Deutschlands der Hohenzollern-Politik zu Gute geschrieben. Dazu gehören doch aber auch die Handelsverträge. Deutschland ist in eine Periode der Weltpolitik eingetreten, in der es sich aus seinen internationalen Beziehungen nur mit der schwierigsten Schädigung seiner Interessen lösen könnte.

Zurückweisen muß ich die Art des Herrn Heiligenstadt, wie er sich da auf seine Stellung an der Zentral-Genossenschaft beruft. Soll etwa Herr Fischbeck oder Herr Schoenlant zu ihm kommen und sich von ihm die Bücher vorlegen lassen? Die Öffentlichkeit des Herrn Heiligenstadt ist keine Öffentlichkeit. Redner tritt sodann mit Wärme für den vom Abg. Heiligenstadt angegriffenen Bankdirektor Schindel ein.

Abg. Dr. Heiligenstadt (nat.) spricht nochmals über die Angriffe des Herrn Schindel auf die Zentralgenossenschaft.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antif.):

Die Bankvorlage ist eine verkehrte, sie dient der Plutokratie und täuscht die Erwartungen der Gewerbetreibenden. Wir hatten geglaubt, aus der Reichsbank würde endlich einmal statt aus einer Bank der Reichen eine Bank fürs Reich werden. (Aufe: Au!) Wir wünschten, daß die Vorlage zurückgestellt und eine neue Kommission einberufen würde, die aus Angehörigen der Landwirtschaft und des Mittelstandes, neben solchen aus der hants Finanzen bestehen müßte. Aber ich weiß, daß ich mit Eingelungen zu Ihnen reden könnte, ich kann Sie nicht umstimmen. Das Zentrum, die Nationalliberalen und die Freisinnigen stehen der Vorlage sehr freundlich gegenüber, dazu hat sich unversucht, ungerufen, hoffentlich auch unerwünscht, die Sozialdemokratie gestellt. Es ist nicht uninteressant, die Haltung der Sozialdemokratie einmal zu vergleichen mit derjenigen vor zehn Jahren. Damals wurden gegen die Vorlage noch Grundzüge der Partei ins Feld geführt, heute ist die Sozialdemokratie eine reine Opportunistenpartei geworden, sie geht mit dem Großkapital Hand in Hand aus Haß gegen die Agrarier. Damit leistet die Sozialdemokratie der Geldherrschaft nur Vorschub, vor allem dem internationalen Judenthum, das sich ja auch dankbar zeigt und den Parteiführer der Herren mit fällt. (Widerspruch des Abg. v. d. B. e l; Auf Singer: Wo dem?) Nun Sie haben doch erst vor kurzer Zeit in Frankfurt a. M. Geld von Bankiers bekommen. (Widerspruch links.) Vorgestern hat Herr Schoenlant einen völligen Umschwung der Partei vollzogen. Ich hätte nur gewünscht, daß von ihm eine lebende Photographie aufgenommen worden wäre. (Große Heiterkeit.) Das Bild würde wohl dem Grafen Posadowsky eine schlaflöse Nacht bereiten, wenn er sieht, wie heftig und eifrig der sozialdemokratische Redner für eine Regierungsvorlage eingetreten ist. (Heiterkeit.)

Die Leistung der Reichsbank hat hier viel Lob geerntet. Aber es ist doch merkwürdig, daß die Hauptlobredner den Bankfreien selbst entstammen. Auch die Großindustrie mag mit der Reichsbank zufrieden sein. Aber es giebt doch noch andere Leute als Großindustrielle und Großbankiers. Diese andern Leute bilden doch sozusagen den Innerbau des Reiches, während die hants Finanzen doch nur ein Ornament vom Reichsbau ist. Nicht einmal ein besonders geschmackvolles, denn ich würde dem Reichsbau gotische Ornamente wünschen, während diese stark orientalisirte sind. (Heiterkeit.) Im Zentralauslaß der Reichsbank zählt das Judenthum eine sehr große Rolle, eine viel größere, als ihr nach der Bevölkerungszahl zukommt. Bei der bekannten Uneigennützigkeit dieser Gesellschaft ist man im Volk damit nicht einverstanden. Im Volke findet man, daß das viel mißbrauchte Wort „Liebesgaben“ auf die Gewinne anzuwenden ist, die den Anteilseignern der Reichsbank zugefallen sind und weiter zufallen sollen. Herr Dr. Koch hat immer auf französische Verhältnisse hingewiesen. Aber in Frankreich herrscht die Plutokratie in solch unheimlicher Weise, daß dort schon der Gedanke aufgetaucht ist, das Haus Rothschild zu säkularisieren. Herr Graf Posadowsky sagt, das Reich könne gewisse Geschäfte nicht machen. Aber das Reich macht sie auch jetzt, freilich zu Gunsten der Rothschild, Meißner und Warshauer. Deshalb soll es sie also nicht in eigener Regie machen? Wir leben in einer mammonistischen Zeit, Geld regiert die Welt, also muß auch der Staat viel Geld verdienen. Wir wollen vom Staat regiert sein und nicht von den Juden. In der Stunde der Gefahr wird der deutsche Mittelstand eher sein Hab und Gut für das Vaterland opfern, als die Großfinanz. Die Kommunalen haben die Bank von Frankreich und auch die von Rothschild geliebt, weil hinter ihnen die gesammthüllende Macht des internationalen Judenthums stand. Wenn der Feind vor Berlin steht, dann wünsche ich, daß auch die Millionen der Großfinanz mit allem Uebrigen dem Feinde zufallen.

Die Hoffnung auf Verstaatlichung der Reichsbank ist leider sehr gering. Müller-Gulda locutus, causa finita! (Heiterkeit.) Es ist ein trauriges Bild, daß unsere Regierung nicht mehr wollen darf, als das Großkapital gestattet. Als lachender Dritter wird die Sozialdemokratie die Frucht dieser Vorlage einheimen; die wird ihr ungezählte neue Rekruten zuführen. (Sehr richtig! rechts.) Ich fürchte, der deutsche Michel wird nicht eher hören, als bis ihm das Fell ganz über die Ohren gezogen ist. (Weisfall rechts.)

Abg. Frhr. v. Wangenheim (L.):

Die Reichsbank muß völlig unabhängig vom privaten Kapital sein; dann würden dem Reich die gesammten Ueberschüsse der Bank zufließen. Die Gegner der Verstaatlichung haben allerdings ein Interesse daran, diese Ueberschüsse möglichst gering zu veranschlagen. Hoffentlich wird die Verstaatlichung diesmal zum letzten Mal abgelehnt. (Weisfall rechts.)

Abg. Dr. Schoenlant (Soz.):

Ich will nur auf verschiedene Einwendungen, die gegen mich und meine Fraktion laut geworden sind, erwidern. Wenn hier der Vorwurf erhoben wurde, daß wir den Anteilseignern die 35 Millionen zuzulassen lassen wollen, so mögen die Herren das Stenogramm meiner Rede nachlesen. Ich habe kein Wort von den Anteilseignern gesprochen. Herr Hahn soll mir abwarten, was wir in der Kommission thun werden. Er kann sicher sein, daß wir nicht so mir nichts dir nichts Millionären Gewinne machen werden. (Sehr richtig bei den Soz.) Ferner ist uns der offenbar sehr schwer gemeinte Vorwurf gemacht worden, daß wir Gegner der

Mittelstandspolitik sind. Jawohl, meine Herren, das sind wir. Diese Mittelstandspolitik, die das Volk politisch entrechtet will, die das Volk ökonomisch auspoverten will, die es sozial zum Juchthauskurse bringen will, diese werden wir stets bekämpfen, wir werden nie zum Vortheil der feudalen Reaktion, gegen den modernen Fortschritt, gegen die moderne Kultur aufzutreten. Wir werden nichts thun, um den modernen Produktionsprozeß aufzuhalten. (Hört! hört! So ja, rechts.) Wir werden alles daran setzen, um mit diesen rückständigen Zuständen, die bloß das Präservativ für das Junkerthum und die Junklerei bilden, aufzuräumen. Ihr Vorwurf nach dieser Richtung hin tangirt uns also gar nicht. Wir sind eine moderne Partei und marschiren nicht im Gefolge von Junkern und Junklern. (Lärm rechts, Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Dann hörten wir weiter den Vorwurf, daß wir unsere Prinzipien über Bord geworfen haben. Wenn Herr Hahn sich folgendermaßen von Wächter unserer Prinzipien auswirft, so erinnert sich der Herr vielleicht daran, daß ich vorgestern ausdrücklich gesagt habe: In unserem Programm steht die Verstaatlichung; aber im heutigen Klassenstaate werden wir uns jedes Mal die taktische Frage vorlegen, ob es auch möglich ist, zu verstaatlichen. (Sarcine der Rechten; Aufse: Na also! Lachen.) Ich habe ausdrücklich erklärt: wo ein ökonomischer Fortschritt in der Verstaatlichung liegt, da sind wir stets an der Spitze derjenigen, die sie fordern. Aber heute die Reichsbank verstaatlichen, heißt den Junkern die besten Waffen ausliefern zur Einführung des Entrechtungskurses, des Juchthauskurse (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Lärm auf der Rechten), heißt die Ertragschaften des modernen Verkehrs, wenn nicht ganz aufheben, so doch schwächen und paralysiren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Lärm auf der Rechten.) Daß wir das nicht thun werden, versteht sich bei uns am Rande. Von Ihrer Mittelstandspolitik, da gingen ja stets die Tendenzen der positiven Arbeiterfreundlichkeit aus (Lärm rechts). Denken Sie an den Posadowsky-Erlaß, zu dem der Anstoß ja auch von den biederen Junklern der Baugewerkschaft ausging. Wir werden das wichtigste Fundament der Goldwährung nicht zerstören. Wir haben das Interesse an der Goldwährung, weil die Doppelwährung die Arbeiterlöhne sinken macht, weil durch die Doppelwährung die Lebenshaltung der Arbeiterklasse sinkt.

Auf die Kritik des vorletzten Herrn Redners gehe ich nicht ein. Wer von jeglicher Sachkenntnis so gänzlich ungetrüb ist, mit dem diskutire ich nicht.

Nur noch ein Wort über den Zentralauslaß, von dem Herr Hahn gesprochen; ich weiß wirklich nicht, welche Vorschläge er da für seine Zusammenziehung in Vorbereitung hat. Er will wohl statt der Bankiers vertriebene Landwirthe und pensionirte Offiziere in den Ausschuß setzen. (Heiterkeit. Lärm rechts.) Was dann freilich aus der Bank werden würde?

Die Herren auf der Rechten sorgen sich wirklich zu sehr um unsere Taktik. Aber sie können überzeugt sein, daß wir mit unserer Taktik eines sicher nicht thun werden: nämlich den Herren den Gefallen, auf den Leim der Verstaatlichung zu hüpfen, um den ganzen Fortschritt des Verkehrswezens aufzuhalten. (Lebhafter Weisfall links. Lärm rechts.)

Damit schließt die Diskussion.

Persönlich bemerkt

Abg. Müller-Gulda (Z.) gegenüber Behauptungen des Abg. v. Liebermann, daß er niemals Mitglied einer Bank gewesen sei, niemals Bankaktien besessen habe, ja nicht einmal ein Girokonto bei der Reichsbank gehabt habe.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antif.) erwidert, daß er Herrn Müller in der That für einen Bankier gehalten habe.

Die Vorlage wird an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Hierauf verläßt sich das Haus.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr.

Interpellation Ranig über unsere handelspolitischen Beziehungen zu Amerika. Gesetz betreffend die Erzeugung des Voreides durch den Raudeil.

Schluß 6 Uhr.

Kommunales.

„Endlich!“ Aus dem Rathhause wird berichtet: In Ansehung der Vertheilung des Budgets der Umgestaltung der Kirchhofmauer des Friedhofes der Märzgefallenen im Friedrichshain hat bekanntlich seit Mai v. J. der Magistrat auf sein Gehalt und die polizeiliche Genehmigung bisher keine Antwort vom Polizeipräsidium erhalten. Nimmher hat das Magistratskollegium gestern beschlossen, über diese Nichtertheilung einer Antwort über das Polizeipräsidium beim Oberpräsidenten Beschwerde zu führen. — Nutzen wird diese Beschwerde ja nichts, aber sie ist doch ein Zeichen, daß selbst der Magistrat nicht mit jeder Behandlung zufrieden ist.

Einseitlich des Antrages der Gewerbe-Deputation wegen Errichtung einer allgemeinen städtischen Betriebskrankenkasse für alle an den städtischen Verwaltungen beschäftigten Arbeiter hat das Magistratskollegium die Beschlussfassung vorerst ausgesetzt und bestimmt, die Gewerbe-Deputation zu beauftragen, zunächst die einzelnen städtischen Verwaltungen über diesen Gegenstand zu befragen.

Berliner Stadthaushalts-Etat. Der Stadthaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1899/1900, wie er nimmher gemäß § 88 der Städte-Ordnung vom 9. bis einschließlich den 16. Februar er. in den Vormittagstunden von 10 bis 1 Uhr auf dem Berlinerischen Rathhause, 1 Treppe, Zimmer 88 zur Einsicht für die hiesigen Einwohner anliegt, schließt in Einnahme und Ausgabe mit 100 591 769 M. ab. Die Summe vertheilt sich auf die einzelnen Kapitel wie folgt:

Table with 3 columns: Category, Einnahme M., Ausgabe M. Rows include I. Rämmerlei, II. Städtische Werke, III. Steuern, etc.

Der Etat für das Jahr 1898/99 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 98 034 542 M. Der Etat pro 1899/1900 ist somit um 2 557 227 M. höher.

Städtisches Schulwesen. Das Magistratskollegium hat beschlossen, die Stadtkommissionen-Verammlung zur Errichtung einer Gemeinde-Doppelschule den Ankauf eines Grundstücks in der Waldenstraße in Roabit zu empfehlen. — Den Antrag der Stadtkommissionen-Verammlung wegen Errichtung eines Polytechnischen resp. Verlegung einer höheren Lehranstalt vom Centrum nach den Stadttheilen Tempelhofer Vorstadt und Roabit hat das Magistratskollegium beschlossen, einer Kommission zur Vorberatung zu überweisen. Infolge der Vermehrung der

*) Müller-Gulda hat gesprochen, also ist die Sache entschieden.

Gewerbe und der Industrie ist ein Stillstand in der Vermehrung der Schülerzahl in einzelnen höheren Lehranstalten im Zentrum der Stadt eingetreten, so daß sogar die Lehrerschaft am Könlischen Gymnasium um die Verlegung dieser Lehranstalt gebeten hat.

Den Antrag der Stadtverordneten-Versammlung wegen Errichtung einer besonderen Deputation für das gesamte Rettungswesen hat das Magistratskollegium abgelehnt, weil dieser Beschluß mit dem § 59 der Städte-Ordnung nicht in Uebereinstimmung zu bringen sei; dagegen hat dasselbe beschlossen, die Subvention für das Rettungswesen von 40 300 M. auf 65 000 M. zu erhöhen.

Lokales.

Am 19. Februar erscheint die nächste Lokalliste. Die Mitglieder der Lokalkommissionen Berlins und der Umgegend werden ersucht, Neu-Aufnahmen resp. Änderungen spätestens bis zum 14. d. M. an Karl Scholz, Berlin S.O., Wrangelstr. 110, einzusenden. — Am 18. Februar veranstaltet der Rauchsüb „Friedensklub“ (Mitglied des Arb. v. M. v. B.) einen Maskenball im Klubhaus „Nordost“, Gr. Frankfurterstr. 58. Desgleichen wird von den Arbeitern des Lagers Nr. 1 der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft am 18. Februar ein Maskenball und zwar im Eiseller, Chausseestraße, veranstaltet. Wie bekannt, stehen diese beiden Lokale der Arbeitervereine zu Versammlungen nicht zur Verfügung.

Die Lokalkommission.

Unser Parteigenosse Regierungsbaumeister a. D. Kehler hat am 7. d. M. eine Gefängnisstrafe von einem Monat angetreten, die ihm in Raumburg zubilligt worden ist, weil er dort nach der beschworenen Aufgabe eines Polizisten zu nichts geringerem als zur gewalttätigen Revolution aufgereizt haben soll. Hoffentlich übersteht unser alter Mitkämpfer auch diese Strafe ohne erhebliche Beschwerde.

Das Bettelwesen in Großstädten behandelte am Donnerstag Stadtrath Münsterberg in dem Kursus über „Ausgewählte Kapitel aus dem Wirtschaftsleben“, der von den „Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit“ veranstaltet ist. Herr M. wollte nicht in kritischer, sondern nur in schillernder Weise von den Zuständen sprechen, die das Bettelwesen in den Großstädten zeitigt hat. Er schilderte auch nicht das Bettelwesen überhaupt, sondern nur seine schlimmsten Auswüchse, die Anisse und Schwindeln eines Theiles der Bettler, der (nach Herrn M.'s eigenem Jugendschnitt) nur die Minderheit bildet. Man erfährt daher weniger über die Bettler im Allgemeinen als über die Schwindler und Betrüger unter ihnen, weniger darüber, wie man den wahrhaft Bedürftigen die Notwendigkeit des Bettelns ersparen kann, als darüber, wie man sich gegen Ausbeutung durch nur scheinbar Bedürftige zu schützen hat. Herr M. unterschied allerdings zwischen Bettenden und Bettelnden und rechnete zu den letzteren eigentlich nur die, welche um Hilfe bitten, obwohl sie nicht bedürftig sind oder aber fähig wären, sich durch eigene Kraft aus ihrer Bedürftigkeit emporzuarbeiten. Bettler in diesem engeren Sinne dürfen natürlich eher auf Erfolg rechnen, wenn sie die Fäufung zu Hilfe nehmen und den Schein der Bedürftigkeit und Arbeitsunfähigkeit zu erwecken suchen. Das Bettelwesen artet besonders in den Großstädten aus, weil hier die Gebeten meist die Persönlichkeit des Bettenden nicht kennen, seine Bedürftigkeit nicht prüfen können oder nicht wollen und so das Gelingen der Fäufung erleichtern. Dadurch wird mancher zunächst nur bittender, allmählich zum gewohnheitsmäßigen und täuschenden Bettler. Kann man diese Bettler in 2 Gruppen einteilen: in solche, die sich nur an einen bestimmten Kreis von Personen wenden, bei denen sie unter gewissen Voraussetzungen auf Mitleid hoffen dürfen, und in solche, die ihrer eigenen Person den Schein einer Bedürftigkeit zu geben wissen, der allgemein mitleiderregend wirkt. M. versicherte zum Schluß seines mit vielen Beispielen belegten Vortrages, daß die aus Noth oder Gelegenheit Bettelnden doch die Mehrheit unter den Bettlern bilden. Gegen Professionsbettler helfe Zurückhaltung des Publikums, Polizei und eventuell strenge Strafe, gegen die Nothbettler helfe alles, was geeignet sei, die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung zu heben, daneben die Armenpflege und Hand in Hand mit ihr die Privatwohlthätigkeit. Damit und mit der Zurückhaltung des Publikums werde auch dem Gelegenheitsbettler der Boden entzogen. — Die Arbeiterklasse, deren Angehörige ja in steter Gefahr sind, durch Arbeitslosigkeit und Noth zu den Bettenden und Bettlern hinabgedrängt zu werden, strebt danach, auch Armenpflege und Privatwohlthätigkeit überflüssig zu machen. Ihn hindere sie nur nicht, an der Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage zu arbeiten; mit dem Bettelwesen wird sie dann schon allein fertig werden. Die bestehende Klasse hat am wenigsten das Recht, sich über das Bettelwesen zu entrüsten. Sie ist es ja gerade, die, indem sie eine nachdrückliche Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse zu hintertreiben sucht, die „gottgewollte“ Einrichtung der Nothbettel ausreicht erhält und damit auch den Professionsbettlern immer wieder die Möglichkeit sichert, ihr Gewerbe mit Erfolg zu treiben.

Noch einen Beitrag zur Lehrerfreundschaft. Einen seltenen Schritt wollen die technischen Lehrerinnen an den Berliner Gemeindefschulen unternehmen. Die „Tägl. Abst.“ berichtet: Seit 15 Jahren ist den technischen Lehrerinnen eine Verbesserung ihrer Lage versprochen worden, und noch immer beträgt das Durchschnittsgehalt der einzelnen 1,85 M. täglich (8 bei zwei bis vier Unterrichtsstunden täglich, die ihnen unter Umständen nicht gestatten, an einen Nebenverdienst zu denken). Das Hungerbrot einer solchen Lehrerin soll leider mitunter noch dadurch gewürzt werden, daß sie von wissenschaftlichen Kollegen und insolge dessen auch von den Schülerinnen mißachtet, vielleicht sogar von Vorgesetzten von oben herab behandelt werden. Die Damen, welche meist zwei bis drei Prüfungen gemacht haben, schlossen sich vor längerer Zeit aneinander durch die Vereinigung der technischen Lehrerinnen. Diese wurde auch an maßgebender Stelle mehrfach, aber vergeblich vorstellig wegen endlicher Verwirklichung ihrer Lage. Jetzt haben sie, wie wir hören, beschlossen, sich an die Kaiserin mit einer Eingabe zu wenden. Sie hoffen vernehmlich, daß dann der Kultusminister die nötigen Schritte beim Magistrat thun werde.

Großen Erfolg werden sich die heklagendverhüllten Lehrerinnen auch von diesem Schritt kaum versprechen. Zur Kennzeichnung des Kommunalstreikens ist der Fall aber immerhin nicht unwichtig.

Auch die Spreewälder Ammen wollen, wie wir in der „Nordd. Allg. Ztg.“ lesen, einen Verein zur „Wahrung ihrer Interessen“ gründen. Etwa 80 Töchter des Spreewaldes hatten sich zu diesem Zweck in der Luisenstraße versammelt; nach Erledigung des „Geschäfts“ wurde flott getanzet, denn auch die Pflege der Geselligkeit soll zu den Aufgaben des Vereins gehören. Die Pflege der Interessen wird kaum über das bischen Vergnügen hinausgehen dürfen. Andersfalls erbumt die Gesinde-Ordnung die Vereinsmitglieder daran, daß für sie ein Ausnahmegesetz gilt.

Die „Frauenkorrespondenz“ schreibt: Die Zeitungen brachten in diesen Tagen eine Notiz, nach welcher die beabsichtigte Anstellung eines weiblichen Hilfsarztes bei der Berliner Sittenpolizei bei den Berliner Frauenvereinen auf entschiedenen Widerstand gestoßen sei. Die Notiz beruht auf einem Irrthum. Unseres Wissens hat nur Fräulein Dr. Augustburg in einem von ihr gehaltenen Vortrag sich gegen diesen Plan ausgesprochen, es ist aber in der nachfolgenden Diskussion ihrer Auffassung von einer Berliner Ärztin lebhaft widersprochen worden. Wir sind in der Lage mitzutheilen, daß die beabsichtigte Anstellung einer Polizeiarztin vielmehr den Wünschen der Berliner Frauenvereine durchaus entsprechen würde. Sollte sich einer von ihnen dagegen aussprechen, so würde er entschieden in der Minorität sein. — Uebrigens wäre es das erste Mal, daß auf angebliche Wünsche der Frauen so rasch reagiert würde.

Der „Berliner Herald“, das durch die sogenannten Plattenzeitungen bekannt gewordene Blatt, wird, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet, vom 1. April ab nicht mehr erscheinen. Es war zuletzt ein Nebenblatt der „National-Zeitung“.

Die im Stadthauptbetrieb mit gutem Erfolge eingeführte Kettelnbeleuchtung soll nunmehr auch im Vorortverkehr allgemein durchgeföhrt werden.

Das Rechtschreib-Bureau, in welchem der Berliner Anwaltsverein Unentgeltlich Rath erteilen will, scheint bald ins Leben treten zu sollen. Es ist ins Auge gefaßt, das Bureau wöchentlich von 10 bis 2 und von 6 bis 10 Uhr geöffnet zu halten, während die Sprechzeit der deponierten Anwälte auf 7/8 bis 9/8 Uhr Abends in Aussicht genommen ist. Zur Erledigung der Bureauangelegenheiten sollen ein Bureauvorsteher und ein Bureaugehilfe engagiert werden. Es wird an die Rechtsanwälte das Ersuchen gerichtet, sich alljährlich mindestens für zwei Abende im Jahre zur Ratherteilung im Bureau zur Verfügung zu stellen.

Für Heilgehilfen. Anfang April beginnt im Gebäude des Polizeipräsidiums ein neuer Vorbereitungskursus für die Heilgehilfen-Prüfung. Meldungen zu diesem Kursus sind an Herrn Bezirksphysikus Sanitätsrath Dr. Granier, Mohrenstraße 20/30 persönlich, Morgens vor 9 Uhr oder Radmittags zwischen 6 und 8 Uhr, zu richten. Bei der Meldung ist ein polizeiliches Führungszeugnis vorzulegen und sind 20 M. einzuzahlen. Die Ausstellung der Führungszeugnisse geschieht durch Vermittelung der Polizeibureaus und muß dort schon jetzt schriftlich beantragt werden, da zwischen Antrag und Ausstellung einige Wochen vergehen.

Durch ein sonderbares Benehmen, das zu einem großen Aufstand führte, machte sich Mittwoch Abend ein Herr im Norden der Stadt auffällig. In einem Zigarrengeschäft in der Friedrichstraße verlangte er, daß man ihm 20 Mark borge. Als das abgelehnt wurde, bat er, für 10 Mark Zigaretten und ebenso viel bares Geld ihm nach Dalldorf zu schicken, wo er als Arzt in der Irrenanstalt thätig sei. Dabei zeigte er als Ausweis einen Urlaubsschein auf den Namen eines Arztes Dr. Heger. In einem Ausschank am Oranienburger Thor wollte er verschiedene Beweise laufen, die die Wände schmückten. Nachdem er längere Zeit gefessen und mehrere Glas Bier getrunken hatte, stand er plötzlich auf und erklärte dem Kellner, daß er gelegentlich wiederkommen und bezahlen werde. Der schon öfter gepöbelte Kellner, dem sich der Mann wiederum als ein in Dalldorf angestellter Dr. Heger vorstellte, ließ den sonderbaren Gast nach der Wache in der Kowalskiestraße bringen. Auf dem Wege dorthin verursachte der Unbekannte durch seine Widersetzlichkeit eine große Ansammlung auf der Straße. Die Feststellungen auf der Wache ergaben, daß man es in der That mit einem Arzte Dr. Heger aus Dalldorf zu thun hatte. Der Unglückliche befindet sich als Kranke in der Irrenanstalt und war, weil man ihn nicht für gemeingefährlich hielt, auf einen Tag beurlaubt worden. Anscheinend schon auf dem Heimwege begriffen, scheint er zu viel getrunken zu haben.

Durch Ausströmen überspannten Dampfes ist gestern Vormittag die Bäckerin Donke in der Bäckefabrik von Max Nieß, Straßburgerstr. 50, schwer verunglückt.

Ein heftiger Zusammenstoß zwischen einem Rixdorfer Feuerwehrwagen und einem elektrischen Straßenbahnwagen der erst am Mittwoch eröffneten Linie Schönhauser Allee-Rixdorf ereignete sich gestern früh gegen 10 Uhr vor dem Hause Antikuber Damm 100. Die Rixdorfer Feuerwehr hatte um jene Zeit einen kleinen Brand in einer Gummiwarenfabrik in der Schönhauserstraße abzulöschen. Ihr Geräthewagen kam nun in scharfer Gaugart aus der Schönhauserstraße und bog rechts nach der Rottbuser Brücke ein. Vor ihm fuhr der elektrische Wagen, auf dessen Hinterperron eine Frau aus Rixdorf stand. Der Feuerwehrführer suchte dem elektrischen Wagen vorzukommen, was ihm aber nicht gelang, da zu beiden Seiten Privatfahrwerke im Ausbiegen hinderten. Die Deichsel fuhr nun direkt in den Hinterperron, zertrümmerte denselben und verletzte die Frau so schwer, daß sie in das nächste Haus getragen werden mußte. Der von der Polizei requirirte Wagen der Unfallstation aus Rixdorf traf erst nach etwa einer Stunde ein und brachte die Verletzte nach dem Krankenhaus am Urban.

Seinen Verletzungen erliegen ist der dreijährige Sohn Hans des Arbeiters Kersch, der am Mittwoch beim Spielen in einen Kessel mit kochendem Wasser fiel.

Vorträge über das Bürgerliche Gesetzbuch finden jeden Sonntag Vormittag 9/10 Uhr in der Aula des Friedrichs-Realschulmanns, Albrechtstraße 26/27 statt. Dieselben sind vom Zentralverein der Bureau-Verwaltungen Deutschlands — Mitgliedschaft Berlin — veranstaltet. — Zur Deckung der Unkosten wird von den Theilnehmern ein einmaliger Beitrag von 1 M. erhoben. Der Vortragssaal dauert bis Ost 1899. Herr Dohle, Vorkl. 4, ist zur Ertheilung von Auskünften gern bereit.

Feuerbericht. Vom Donnerstag zum Freitag erfolgte eine größere Zahl Alarmierungen. Freitag früh kurz nach 3 Uhr entstand Alsedostr. 17 ein Dachstuhlbrand, der einen großen Theil der Dachkonstruktion einäscherte. Kurz darauf brannte Alsedostr. 23 Scheidende und Hallenlage. Auf Rixdorfer Gebiet wurde die Welle gegen 9 Uhr gerufen. Mahbach-Liwer 7/9 war in dem Keller der Deutschen Gummi- und Guttaperchawaren-Fabrik ein Brand ausgebrochen, der unter großer Qualmentwicklung Gummiworräthe zerstörte, aber in verhältnismäßig kurzer Zeit abgelöscht werden konnte. Donnerstag Abend mußte Friedrichstr. 37 ein Zimmerbrand abgelöscht werden, der Möbel und Gardinen beschädigte. Spenerstr. 4 brannte Wäsche auf dem Hängeboden. Straußbergstr. 33 wurde ein Posten Kuchholz eingeküchert, während Wilsnaderstr. 19 Betten und Al-Robit 43 Preklohlen in Flammen aufgingen.

Aus den Nachbarorten.

Die Erhebung Rixdorfs zur Stadt hat bei der Arbeiterklasse, dem vorherrschenden Theil der Ortsbevölkerung, keine besondere Aufregung verursacht. Man betrachtet die Thatsache als eine selbstverständliche Nothwendigkeit, da eine so große Gemeinde, wie Rixdorf mit seinen etwa 75 000 Einwohnern, sich nicht mehr gut nach den Vorschriften der Landgemeinde-Ordnung verwalten läßt.

Die Stadtverordneten-Wahlen, die demnächst stattfinden müssen, werden jetzt auf das Eifrigste vorbereitet. Die Wähler der dritten Abtheilung werden in 16 Bezirken wählen. Die Sozialdemokratie ist vollumfänglich kampfbereit und sieht freigesegnet der Wahl entgegen. Unsere Genossen erwarten, daß ihnen die sämtlichen Mandate der dritten Abtheilung zufallen. Die Gegner sind sich noch nicht einig darüber, ob sie in dieser Abtheilung überhaupt Kandidaten aufstellen sollen. In einer Versammlung freisinniger Männer, die vor einigen Tagen stattfand, wurde bezweifelt, daß die Sozialdemokratie die erforderlichen acht Hausbesitzer stellen könne, welche das Erfurter Programm anerkennen. Nun, wir können die Zweifler beruhigen. Die benötigten Hausbesitzer sind schon gefunden, und sie stehen nicht nur auf dem Boden des Erfurter Programms, sondern sind sogar politisch organisiert. Verlegenheiten, wie sie vor ein paar Jahren noch möglich waren, sind gänzlich ausgeschlossen. Am kommenden Dienstag wird mit der Vorbereitung der Kandidatenfrage betraute Kommission in einer Volksversammlung im Apolloaal des Genossen W. Thomas Bericht erstatten.

Die Wählerlisten liegen bereits von heute (Sonabend) ab bis zum 26. Februar im Gemeinde-Sitzungslokal, Berlinerstraße 62, 1. Treppenhof, zur Einsichtnahme öffentlich aus. Während dieser Zeit kann jedes Gemeindeglied gegen die Richtigkeit der Liste beim Gemeindevorstande Einwendungen erheben und die entsprechende Richtigstellung beantragen.

Noble Entschädigung. 6000 Mark Extra-Remuneration hat, wie die „Voss. Ztg.“ meldet, der Bürgermeister Matting in Charlottenburg für die kurze Zeit erhalten, die er den vakanten Oberbürgermeisterposten neben seinen sonstigen Amtsgeschäften wahrgekommen hat. Möchten die städtischen Behörden in der Entlohnung der im Kommunaldienst beschäftigten Arbeiter nicht minder nobel sein.

Die Lehrer der Schöneberger Volks- und Mittelschulen haben an die Stadt das Gesuch gerichtet, ihre Mietshausabgabe, welche bei der ersten im vorigen Jahre erfolgten Neuregelung der Gehaltsverhältnisse eine Erhöhung auf 550 M. erfahren hat, jetzt auf 650 Mark zu erhöhen.

Weichensee. Um der Ueberfüllung der Pferdebahnwagen vorzubeugen und um überhaupt bessere Verbindung mit unserem Orte herzustellen, will der hiesige Grundbesitzer-Verein eine Petition an die Direktion der Straßenbahn-Gesellschaft richten. Der Verein ist der Ansicht, daß durch Einseiwagen, welche vom Spittelmarkt bis Danzigerstraße verkehren, den jetzt herrschenden Uebelständen mannsfacher Art abzuhelfen sei. Auch im „Königstädtischen Bezirksverein“ soll diese Angelegenheit Unterstützung finden. Ein früheres, an die Omnibus-Gesellschaft gerichtetes Gesuch, die Haltestelle von der Marienburgerstraße nach dem hiesigen Antonplatz zu verlegen, wurde mit dem Bemerkten zurückgewiesen, daß das Pflaster der Greifswalderstraße zu schlecht sei. Ein Konkurrenzunternehmen der hiesigen Straßenbahn-Gesellschaft plant eine Verbindung zwischen Rollendorfsplatz und Danzigerstraße; jedenfalls wird hierdurch die profichästerne „Große Berliner“ zu Konzessionen geneigt. Eine frühere Petition, die Linie bis Malchow auszudehnen, wurde ebenfalls von dieser Gesellschaft abschlägig beschieden.

Das königliche Kommando des Kadettenhauses in Potsdam hält sich zu der Mittheilung verpflichtet, daß in der Anstalt mehrere Fälle von Scharlach vorgekommen sind; bis zum 8. d. M. neun, und von diesen ist ein Kadett am 7. d. M. gestorben.

Theater.

Im Neuen Theater wird jetzt ein Schauspiel „Kraft“ von Julius Zirk aufgeführt. Es gefiel bei der ersten Aufführung; am Donnerstag, als es zum ersten Mal wiederholt wurde, verhielt sich das Publikum ziemlich theilnahmslos und wurde erst zum Schluß lebhafter angeregt. Nach einem Roman von Fritz Rautner ist das Drama frei bearbeitet. Man könnte über diese Art von Bearbeitung bitter werden, wollte man die theatralische Gewandtschneiderei überhaupt noch ernsthaft nehmen. Aus dem schwerwiegenden Problem, das im Roman erfährt ist, wird bei Zirk ein theatralisches Fragepiel und noch dazu ein solches, das weniger geübte Hörer nach der Art der Kautorkunft finden. Im Roman hat ein junger Rechtsanwalt in gerechter Aufwallung einen Todtschlag an einem Ausfägigen der Gesellschaft, an einem bössartigen Parasiten verübt. Damit beginnen erst die inneren Erlebnisse und das Problem wird gestellt: Welche Entwicklung nimmt der Mann nach seiner That? Wird ihn diese That vor seinem Gewissen, vor der Welt erdrücken oder nicht? Der Rechtsanwalt gehört zu den Kraftnaturnen; er wählt über seine That Empor. Unbekümmert um diese Bedeutung des Problems will der Vorarbeiter, der das Publikum wie ein Zuhörer zu verachten scheint und nicht viel von ihm hält, eine rein stoffliche Spannung für sich herauschlagen. Die Frage wird gestellt: Wer war der Mörder? Wollte der Verfasser den Beweis erbringen, wie weit man auf unseren Bühnen vergrößern und niederreißen darf, so ist ihm der Beweis unabweislich gelungen.

Im theatralischen Stelzengang bewegten sich diesmal auch die Hauptdarsteller; insbesondere Herr Holtzhaus (Rechtsanwalt Zenius).

Gerichts-Beitrag.

Aus einem preussischen Gefängnis. Aus Brandenburg a. S. wird uns berichtet: Vor dem hiesigen Schöffengericht hatte sich am Donnerstag der Klavierfabrikant Karl Camin aus Berlin wegen Verleumdung zu verantworten. Camin verübte in den Jahren 1885 bis 1888 in der hiesigen Strafanstalt eine ihm von der Strafanstalt-Kammer in Berlin wegen wiederholten Sittlichkeitsvergehens zubilligte Freiheitsstrafe. Camin behauptet, unschuldig verurtheilt zu sein, er hat auch wiederholte Versuche unternommen, um das Wiederaufnahme-Verfahren zu erreichen.

In der Strafanstalt fiel ihm ein Strafgefangener Namens Klaus auf, welcher stets sehr verhungert hat und alle ihm von anderen Gefangenen überreichten ephären Gegenstände mit einer wahren Gier verschlang. Klaus ist in der Strafanstalt verstorben und Camin hat daraufhin Anzeige erstattet, daß der Unglückliche infolge der ihm widerfahrenen Behandlung langsam verhungert sei. Vor dem Untersuchungsrichter gab Camin eine ausführliche Schilderung des Vorfalles. Danach ist Klaus öfter arg mißhandelt worden, so daß er braun und blau ansah. Der Mann, der offenbar geisteskrank gewesen sei, habe auch häufig Arreststrafen verbüßen müssen. Als er schließlich ins Lazareth gekommen wäre, sei er sogar dort von einem Krankenwärter, der dieselbe mit Arrest bestraft worden sei, gequälten worden. Im Lazareth hat der Unglückliche nach Camins Behauptung als Kost die sogenannte vierte Form, d. h. dreimal 1/4 Liter Wasserjuppe und 100 Gramm Zwieback täglich, erhalten. Bei dieser Kost sei der Mann naturgemäß sehr heruntergekommen. Kurze Zeit, nachdem er wieder einmal aus dem Lazareth entlassen und sofort in eine Arrestzelle gebracht worden sei, habe er eines Morgens in derselben todt gelegen. Einige Aufseher hätten noch gedauert, daß sie ihm Tags zuvor noch einen ordentlichen „Liebedienst“ erwiesen hätten. Ein Gefangener habe darauf sofort zu einem Aufseher gesagt: „Den Klaus habe Ihr doch richtig verhungern lassen.“

Mit dieser vor dem Untersuchungsrichter gemachten Aussage soll E. den Strafanstalts-Direktor Collett beleidigt haben und ist darauf Strafantrag gegen ihn gestellt worden. Der Angeklagte war auch schon in Untersuchungshaft genommen; diese Haft ist aber auf Beschluß des Kammergerichts aufgehoben worden. Auch der Irrenanstalt Neu-Blunzig ist der Angeklagte zur Beobachtung seines Geisteszustandes bereits überwiesen, dort aber nach dreitägigem Aufenthalt wieder entlassen worden.

In der Gerichtsverhandlung bestritt der Angeklagte, den Direktor Collett beleidigt zu haben, er habe den Namen dieses Mannes nicht ein einziges Mal genannt. Auf den Einwurf des Vorsitzenden, daß, wenn er, wie geübet, eine Anzeige wegen Mordes erstattet habe, er doch auch den Mörder nennen müsse, entgegnete der Angeklagte, das habe er nicht nötig, es sei doch Sache der Strafbehörde, den Mörder ausfindig zu machen. Der Angeklagte meinte weiter, daß man ihn für geisteskrank erkläre, geübe, um das Gerücht von dem Hungertod eines Strafgefangenen, der auf dieselbe Weise umgebracht sei, wie ein Barbara Ubrigg, zum Schweigen zu bringen.

Der vom Angeklagten vergeblich abgelehnte Sachverständige, Kreisphysikus Dr. Kreisler, bekundete, daß er Camin im Gefängnis nicht für geisteskrank gehalten habe; jetzt aber glaube er, daß er am Querkulantenwahns leid und nicht verantwortlich gemacht werden könne.

Ueber die Todesursache des Strafgefangenen Klaus befragt, erklärte Dr. Kreisler: Die vierte Form habe dieser nicht erhalten, sondern die gewöhnliche Aufnahmeform, die dritte, dieselbe sei aber doch von der Aufsichtsbeförderung angeordnet und geprüft worden. Nachher habe Klaus aber allerlei Unflathereien begangen, er habe Lagerstätte, Zelle und seine Mitgefangenen mit Noth beschmutzt, und schließlich sogar seinen eigenen Noth geübet. Daraus sei er wieder ins Lazareth gekommen und habe dann allerdings die vierte Form, d. h. dieselbe Qualität an Nahrung, nur ein geringeres Quantum, erhalten. Genügt habe dies nichts, weshalb er wieder aus dem Lazareth entlassen und, da er mit anderen Gefangenen nicht zusammengebracht werden konnte, in einer Arrestzelle untergebracht worden sei. Auch einen Arrestzug habe er jetzt erhalten, d. h. einen Anzug,

Bei dem Schiffe, Weisseider und Jade aus einem Stild be-
stehen und der auf dem Rücken zusammengeknüpft
werde. Einmal sei es dem Klau gelungen, sich dieses
Klugs zu entledigen. Vielleicht sei derselbe nicht fest genug zu-
sammengeknüpft gewesen, vielleicht hätten sich die Bänder durch-
geschliffen. Am andern Morgen hätte der Ge-
fangene in der Zelle neben seinem Lager
vollständig nackt als Leiche gelegen. Er, der
Schwerhörige, habe seiner Zeit die Todesursache auf
die Einwirkung der Kälte zurückgeführt und es nicht als aus-
geschlossen erklärt, daß die verabreichte geringere Nahrung eine
solche Einwirkung der Kälte ermöglicht habe.

Der Amtsanwalt beantragte hierauf, von weiterer Zeugen-
vernehmung Abstand zu nehmen, da der Sachverhalt genügend auf-
geklärt sei. Der Gerichtshof beschloß demgemäß.

Sodann beantragte der Amtsanwalt Freisprechung, da
nach dem Gutachten des Sachverständigen der Angeklagte unter dem
Einfluß von Wahnsinn gequält habe.

Verteidiger Rechtsanwalt Kirschner schloß sich diesem Antrag
an, er beantragte aber auch Freisprechung, weil der Angeklagte unter
seinem Eide alles das ausgesagt habe, was er von der Sache ge-
sehen und gehört habe; eine Verleumdung hätte derselbe damit
nicht begangen.

Der Angeklagte beantragte außerdem eine Entschädigung für die
erlittene Unterjochungshaft und einen Ersatz seiner notwendig ge-
wordenen Ausgaben.

Das Urteil lautete auf Freisprechung nach den Aus-
führungen des Staatsanwalts. Die Kosten trägt die Staatskasse.
Der Antrag des Angeklagten auf Entschädigung wurde abgelehnt,
weil er angeblich jeder gesetzlichen Begründung entbehre.

Mit dieser einfachen Freisprechung dürfte die Angelegenheit
nicht erledigt sein. Es ist wohl anzunehmen, daß über den
Fall zu geeigneter Zeit im Reichstage das Nöthige ge-
sagt wird.

Streitposten abermals grober Unfug. In Widerspruch mit
ihren sonstigen oft behaupteten Rechtsauffassung legte sich gestern die
dritte Strafkammer am Landgericht II. Dieser hat die Kammer fast
regelmäßig auf Freisprechung erkannt, wenn Arbeiter vom Schöffengericht wegen des sogenannten Streitposten-Etzens unter dem
Gesichtspunkte des groben Unfugs verurteilt worden waren; gestern
dagegen gelangte sie zu einer entgegengeleiteten Auffassung und er-
kannte auf Verurteilung. Der Maurer Wilhelm Schulze sollte
gegen Ende September bei dem Neubau des Maurermeisters
Bredere in der Umlandstraße zu Charlottenburg, welcher
geipert war, Streitposten gestanden haben und war deshalb
vom Charlottenburger Schöffengericht zu drei Tagen Haft
verurteilt worden. Dagegen hatte er Berufung eingelegt und be-
stritt in heutiger Verhandlung, überhaupt Posten gestanden zu haben.
Er sei von den noch beschäftigten Maurern telephonisch zum Wan-
gerufen worden, um ihnen Nachricht von dem Ausfall der Unter-
handlungen der Lohnkommission mit dem Meister zu geben. Der
Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Herzfeld, wies auf verschiedene
vorangegangene Entscheidungen hin, nach denen Streitposten-
nicht als grober Unfug anzusehen sei. Die Strafkammer gelangte
aber doch zur Verurteilung, indem ausgeführt wurde, daß
sich infolge des Posten-Etzens Menschen-Ansammlungen von 50-
100 Mann gebildet hätten, später habe es sogar Tumulte und
Schlägereien gegeben. Dadurch könne das Publikum sehr wohl
im Sinne des § 100, Nr. 11 beunruhigt werden und das sei grober
Unfug. Da der Angeklagte aber noch unbescholten sei, so habe der
Gerichtshof die Haftstrafe in eine Geldstrafe umgewandelt und auf
60 Mark Geldstrafe oder 8 Tage Haft erkannt. Von
arbeiterfeindlicher Seite wird bekanntlich immer noch behauptet, daß
das Koalitionsrecht der Arbeiter unangefastet sei.

Praktisches Christenthum. Ein Akt der Nächstenliebe, der
verdient, tiefer gehängt zu werden, kam am Mittwoch vor dem
Hamburger Schöffengericht zur Sprache. In den letzten Tagen vor
Weihnachten hatte nach altem Brauch ein 13jähriger Knabe, dessen
Vater — ein Wandbeder Arbeiter — seit Jahren total gelähmt
und arbeitsunfähig ist, in Gemeinschaft mit einem 11jährigen
Nameraden in den Häusern einiger reichen Einwohner des Hamburger
Vororts Einzel-Weihnachtslieder gesungen, um dafür ein paar Rüsse
oder einige Pfennige Geld zu erhalten und so auch theilzunehmen an
den Kinderfreuden der Weihnachtszeit. Auf ihrem Gange kamen die
kleinen Säger auch in das Haus des Eilbeder ersten evangelischen
Pastors von Rudteschell. Rann hatten sie hier jedoch die
ersten Verse von dem Liede „Stille Nacht, heilige Nacht“ ge-
sungen, als der geistliche Herr auf den Flur trat und sie ganz
fürchterlich anließ. Ueber die Behandlung, welche derselbe ihnen
hat zu theil werden lassen, erzählte der dreizehnjährige Knabe

dem Gericht, ohne daß dieses oder der Amtsanwalt
an der Wahrheit dieser Erzählung auch nur im geringsten
zweifeln, folgendes: Der Herr Pastor habe sie beim Krigen ge-
sagt und mit den Köpfen zusammengehauen, dann habe er sie in ein
Zimmer gezogen und sie dermaßen mit der Hundepelle bearbeitet,
daß sie zu Boden gestürzt seien und sich vor Schmerzen gewunden
hätten, und dann habe er sie durch einen Kriminalbeamten, den
die Köchin von der nahen Wache holte, wegen Wetterns verhaften
lassen. Sechs Stunden, bis in die späte Abendstunde, mußten die
beiden armen Jungen, die die Unverschämtheit gehabt hatten,
von dem geistlichen Herrn etwas Weihnachtsfreude zu er-
bitten, in dem dunklen Arrestlokal der Polizeiwache bleiben, um
dann wieder zu den Eltern entlassen zu werden. Der Knabe war
nun wegen Wetterns angeklagt, und das Gericht verurtheilte ihn mit
Rückblick darauf, daß er von dem Herrn Pastor für die That schon
Pöbel bekommen habe, zur Strafe eines Verweises.

Ein recht schlagerfertiger Lehrer scheint sich die Gemeindeg-
schule in Rummelsburg zu erziehen, wie gestern vor dem Schöffengericht
am Amtsgericht II erwiesen wurde. Der Butterhändler Gustav
Wlidenorf aus Rummelsburg war wegen öffentlicher Verleu-
dung des Lehrers Schröder angeklagt. Die Tochter des An-
geklagten wurde zu Ostober vorigen Jahres in die Klasse verlegt,
in welcher Schröder unterrichtete. Schon nach einigen Tagen war
der Lehrer mit dem Mädchen unzufrieden und gab ihm
eine Ohrfeige, daß ihm die Wade schwellte. Der Vater
stellte den Lehrer zur Rede, dieser gab kein Bei und
vertrug, nicht wieder zu schlagen. Länger als acht Tage vermochte
er dieses Versprechen nicht zu halten, am 29. Oktober glaubte er,
daß das Mädchen ihn belogen habe, weshalb er denselben mit
einem Rohrstock mehrere Schläge über den Arm
gab, die drei dicke, blutrinne Striemen hinterließen. Am nächsten
Tag ging der Vater wieder zum Lehrer, um diesen zur Rede zu
stellen, denn in Rummelsburg war es bekannt, daß es den Lehrern
lieber wäre, wenn Beschwerden nicht gleich an die Vorgesetzten
gebracht, sondern unter der Hand erledigt würden. Als er
zur Schule kam, wurde er Zeuge, als der Restaurateur Selchow
das Ausbleiben seiner Tochter entschuldigte. Lehrer Schröder sagte
dem Selchow, er müsse die Entschuldigung schriftlich einreichen, sagte
aber hinzu: „Sie dürfen aber in der Entschuldigung keine falschen
Angaben machen, denn das wird als Urkundenfälschung bestraft.“
Wlidenorf, der das hörte, bemerkte dazu: „Na, diese Ver-
leumdung hätten Sie sich sparen können!“ Der Lehrer
forderte ihn darum auf, das Haus zu verlassen. W. ging, doch von der
Strafe rief er noch der Thür zurück: „Jetzt bin ich draußen, aber
das werde ich Ihnen besorgen, daß Sie meine Tochter geschlagen
haben! Ich drehe Ihnen das Genick um! Sie Scheusal, nehmen
Sie sich vor mir in acht!“ Der Lehrer erstattete Anzeige und stellte
Strafantrag. Vor Gericht erklärte er auf die Frage des Vorsitzenden,
warum er das Kind so heftig geschlagen habe: „Die Rummels-
burger Kinder sind so schlecht erzogen, daß sie
andere behandelt werden müssen, wie andere
Kinder!“ Im Uebrigen gab der Lehrer zu, den Selchow auf die Strafbar-
keit der Urkundenfälschung aufmerksam gemacht zu haben. Vor: „Hielten
Sie sich für berechtigt dazu? — Lehrer: Ja! Solche Fälschungen
kommen vor, ich glaube daher, den Mann darauf aufmerksam
machen zu müssen! — Vor: Wie konnten Sie den Mann ohne
jeden Grund der Urkundenfälschung verdä-
chtigen? Ich muß gestehen, wenn Sie das zu mir gesagt hätten,
würde ich sehr erregt geworden sein! — Der Zeuge erzählt
nun, daß auch der Angeklagte sofort zu ihm gesagt
habe: „Die Verleumdung hätten Sie sich sparen können!“ —
Vor: „Na, sehen Sie? Auch dieser hat aus Ihrer Verurteilung
sofort die Verleumdung herausgehört. Der Staatsanwalt beantragte
selbst nur 10 Mark Geldstrafe, Rechtsanwalt Morris plädierte für
Anwendung des § 193, doch lehnte der Gerichtshof den Schutz des
§ 193 ab, denn schon die Bezeichnung „Scheusal“ sei in der Form
beleidigend. Die Mahnung, sich vor einer Urkundenfälschung zu
hüten, war nicht an ihn gerichtet, er hatte keinen Grund, zu ant-
worten. Mit Rücksicht auf seine begreifliche Erregung sei nur auf
10 Mark Geldstrafe und Publikationsbefugniß erkannt worden. Vor-
sitzender zum Zeugen: „Werden Sie von der Publikationsbefugniß
Gebrauch machen?“ Lehrer Schröder läßt ein langgedehntes, scharf
argenturtes „Ja a a!“ ertönen.

Schulpflichtige Kinder dürfen nach einer für die Provinz
Brandenburg am 14. Juni 1899 erlassenen Oberpräsidial-Berordnung
zu öffentlichen Kanalarbeiten nicht zugelassen werden. Gegen
diese Bestimmung sollte sich der Gastwirth Pahl aus Ebers-
walde dadurch vergangen haben, daß er durch seine Kinder aus
dem Saale seines Lokals während eines Balles leere Gläser ent-
fernen ließ. Das Schöffengericht verurtheilte ihn zu einer Geldstrafe

von 10 M. und das Landgericht wies seine Berufung mit der Be-
gründung zurück, daß es gleichgiltig sei, ob er die eigenen oder ob
er fremde Kinder im Saale beschäftigte. Pahl legte die Revision
ein und betonte in der Begründung des Rechtsmittels, daß die
Kinder an der Kanalarbeit doch nicht theilgenommen hätten. Der
Straffenrat des Kammergerichts vertrat jedoch gestern die Revision
als unbegründet und führte aus, es sei mit Rücksicht auf das Verbot,
Kinder zuzulassen, ganz gleichgiltig, zu welchem
Zwecke sie die Kinder während des öffentlichen Tanzes im Saale
aufgehalten hätten und wessen Kinder es gewesen seien.

Die bekannte Strafsache des „falschen Einjährig-
Rühler“ wird nun noch einmal das Schöffengericht beschäftigen.
Gegen das Urteil des Schwurgerichts vom 26./29. Oktober 1898
hatte Rechtsanwalt Dr. Schöps Revision eingelegt und vertrat
diese gestern persönlich vor dem Reichsgericht. Wie uns ein
Telegramm aus Leipzig meldet, hat das Reichsgericht das erste
Urteil aufgehoben und die nochmalige Verhandlung der Sache vor
einem neuen Schwurgericht angeordnet. Die Revision des wegen
Erpressung zu einem Jahre Gefängniß verurtheilten Bierzapfers
Kehmann wurde verworfen.

Vermischtes.

Zu Köln sprang, wie die „Post“ zig. meldet, die Gattin des
Hauptmanns v. Hammerstein von der Schiffbrücke in den Rhein,
worauf der Offizier, angeblich dem Denker Pionierbataillon zu-
gehörig, alsbald sich des Mantels entledigte und gleichfalls über
das Geländer hinweg in den Strom sich stürzte. Der Offizier er-
trank, während mit einem Rasen herbeieilenden Brückenbeamten die
 Rettung der Dame gelang. Der Beweggrund zur That ist un-
bekannt.

Zeit einiger Zeit ist der Sparassen-Mendant Ahrens aus
Meißen verschwunden. Jetzt hat sich herausgestellt, daß Ahrens
innerhalb zwei Jahren 25 000 M. unterschlagen und außerdem 20 000
Mark Schulden hinterlassen hat.

Der Polarforscher Professor Nathorst in Stockholm fördert
das schwedische Volk auf, zu einer Expedition nach Ostgrönland
im Sommer 1899 Beiträge zu leisten. Die Expedition soll Nach-
forschungen nach Eis und Eisbergen und zugleich wissenschaftliche Unter-
suchungen vornehmen. Sie wird aus 25 Personen, darunter vier
Namen der Wissenschaft, bestehen. Die Reise wird vier Monate
dauern und 70 000 Kronen kosten.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und
Freitag abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.

Stände. Krefeld, Saar, Krefeld. 18. Glararbeiter Girtig, Berlin,
Böblicher 2.
W. R. Berlin V. Leider nicht möglich.
G. R. 100. Wie Sie wollen, es ist beides richtig in seiner Art.
2 Wettende. 1. 100 Billionen. 2. 20 Billionen.
E. P. 100. 1. 2 Jahre, 2. dreizehn, 3. neunzehnjährig.
Ein Abonnent, Darmstadt. Der Aufsatz von Karl Marx über die
Judenfrage ist zuerst 1844 in den deutsch-französischen Jahrbüchern erschienen.
Er wurde 1890 im „Sowjet“ von neuem abgedruckt.
G. R., alter Abonnent. Die Militärbehörde hat kein Recht, jemanden
zu nötigen, daß er sich freiwillig trauen lasse.
Juchacz-Kandidat. Die Güte ist das Sinnbild der Weisheit.
H. G. 95. Die Frau kann interveniren. — C. G. Die Rändigung
ist nicht früh und formgerecht. — Lisa 17. Der Betrag kann abgezogen
werden. — A. O. 1. Wenn der Betreffende das von vornherein gewußt
hat, nein. 2. Ja. — H. D. 1. Der Unfall ist zu melden. 2. Alle. 3. Nein.

Witterungsübersicht vom 10. Februar 1899, Morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Höhe in mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. ° C.	Stationen	Barometer Höhe in mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. ° C.
Swinemünde	755	SW	3	Wolkig	9	Danzig	755	SW	4	Schnee	-12
Hamburg	755	SW	3	Wolkig	10	Petersburg	766	SW	3	Schnee	-19
Berlin	758	SW	3	4 Stk. bed.	9	Leit.	758	SW	3	Schnee	11
Wiesbaden	763	SW	3	Schnee	4	Alberden	740	SW	3	Schnee	6
München	767	SW	3	Schnee	5	Paris	759	SW	3	4 Stk. bed.	11
Wien	766	SW	1	Schnee	1						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 11. Februar 1899.
Warm und zeitweise heiter, vielfach wolkig mit leichten Regenfällen und
mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

An alle Schichten der Bevölkerung Berlins!

Montag, den 13. Februar, Abends 8 1/2 Uhr:
**Gr. öffentliche Versammlungen
für Männer und Frauen**
in den Lokalen
**Konzerthaus Sanssouci, Kottbusser Straße 4a, und
Aktien-Brauerei Moabit, Thurmstraße 25/26.**
Tages-Ordnung:
**Der Kampf ums Recht in dem „Berliner Lokal-Anzeiger“, Herr
August Scherl und das Gewerbegericht.**
Die Leser und die Inserenten (namentlich die Inhaber von Waarenhäusern)
des „Berliner Lokal-Anzeiger“, sowie die an dem Verlage des „Berliner Lokal-
Anzeiger“ beteiligten Kaufmannen, sind ganz besonders zu diesen
Versammlungen eingeladen.
Der Ausschuss der Berliner Gewerkschafts-Kommission.
H. A. H. Millarg, Sekretär.

General-Versammlung der Vertreter für die Mitglieder der Orts-Frankenkasse der Gelb- u. Zingliesser am Sonntag, den 19. Februar etc., Vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Pastors, Anstalt 10, wogu die Vertreter der Arbeitnehmer hier- mit eingeladen sind. T. O.: 1. Vorlage u. Abnahme der Jahresrechnung pro 1898. Bericht des Rechnungs-Ausschusses (§ 46 Ziffer 2 des Statuts). 2. Decharge-Ertheilung pro 1898. 3. Verschiedenes. Berlin, den 10. Februar 1899. 7065 Der Vorstand.

Bereine und Gewerkschaften!

Empfehle mein Weich- u. Weirisch-
Bierlokal nebst franz. Billard und
Verleinszimmer für 40-50 Per-
sonen, auch geeignet für Jubiläen.
G. Ladewig, Kommandantstr. 65,
nahe Ufer-Jacobstraße.
„Yellow Kid“ 40/6
Bereinszimmer
mit Piano ist noch
einige Tage zu
R. Karbe,
8645 Süntzenstraße 19.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter und Berufsgenossen Berlins und Umgegend.

Zu Norden

am Sonntag den 12. Februar, Vormittags 10 Uhr, im Lokal
des Herrn Dirte, Eilfabeckstr. 14:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zu dieser Versammlung sind die Kollegen der Werkstätten von Reonar,
Kriebel, Wöhler, Donadoni & Pohl, Schiller, Buchstein, Knöchel, Schüppe
& Co., und Köhler (Blasmechanikfabrik) eingeladen. — Es ist Pflicht eines
jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. 141/5

Am Sonnabend, den 18. Februar, in Schlegelsberg's
Festsälen, Hasenhalde 21:
Masken-Ball.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Billets à 50 Pf. sind zu haben beim Kassirer Benzel, Reichensbergers-
straße 59; G. Darsow, Grünauerstr. 25; sowie im Arbeitsnachweis bei
F. Heinrich, Rammstr. 78.
Der Vorstand.

Achtung, Stokkarbeiter!

Am Montag, den 13. Februar 1899, Abends 8 1/2 Uhr,
bei Stecher, Androssstr. 21:
Oeffentliche Versammlung der Stokkarbeiter.
Tages-Ordnung:
1. Der Streit bei der Firma Gebr. Nos, Dresdenerstr. 38. 2. Ver-
schiedenes. 176/6
In Anbetracht dieser wichtigen Angelegenheit erwarten wir jeden
Kollegen pünktlich.
Der Vertrauensmann.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Berlin.) Montag, den 13. Februar, Abends 6 1/2 Uhr: **Versammlung für Reinickendorf** im Restaurant „Lindenpark“, Residenzstraße 41. Tages-Ordnung: 1. Die gegenwärtige Verhältnisse und was muß geschehen, um der fortschreitenden Verschlechterung der Arbeits- und Lohnverhältnisse erfolgreich entgegenzuwirken? Referent: Karl Hassatsch. 2. Diskussion. Zu dieser Versammlung sind speziell eingeladen die Kollegen der Firmen Hein. Lehmann & Cie., Fleck & Söhne, Schöning, Weder. 110/11 Die Ortsverwaltung.

Rixdorf. Dienstag, den 14. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Apollo- Theater, Hermannstraße Nr. 48-50: **Volks-Versammlung für Männer und Frauen.** Tages-Ordnung: 1. Was haben die Einwohner Rixdorfs bei den bevorstehenden Stadtvorordneten-Wahlen von den bürgerlichen Parteien zu er- warten? Referent Reichstags-Abgeordneter und Stadtvorordneter Fritz Zubell. 2. Diskussion. 3. Bericht des Wahlkomitees. 202/8 Zur Deckung der Unkosten 10 Pf. Entree. Um zahlreiches Besuch bittet Der Vertrauensmann.

Verband der Möbelpolierer. Montag, den 13. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, Brunnenstraße 150: **Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen H. Weber über: Die sozialpolitische Gesetzgebung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Der Maskenball findet am 4. März in Reker's Festsälen, Koppenstr. 29, statt. Billets à 50 Pf. sind bei den bekannten Kollegen zu haben. 145/6 Der Vorstand.

Stralau. Wwe. Schonert. Stralau. Restaurant „Neu-Seeland“ Empfehle meinen 1000 Personen fassenden Saal mit großer Theaterbühne zu Versammlungen und Gesellschaften unter den günstigsten Bedingungen. 438/2

Gewerkschaften u. Vereine empfehle zu Partien u. Ausflügen meine Salon- Dampfer in jeder Zahl und Größe. 650/2 L. Kahnt, Stralau, Tel. Amt Stralau Nr. 29. Nachh.: Johann Schulze, Berlin, Hilfsbrücke 17, Telefon-Amt I Nr. 2869.

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute. Versammlung am Sonntag, den 12. Februar, Nachmittags 5 Uhr, bei Buske, Grunauerstr. 33. Tages-Ordnung: Vortrag des Dr. Friedberg über: Unfall- und Rettungswesen. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand. 705/2

Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

(Zahlstelle Berlin.)

Am Dienstag, den 14. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, in Keller's Festsaal, Köpenickerstr. 29:

Großer Projektions-Vortrag

mit 180 Lichtbildern, gehalten vom Direktor Eigner (Wander-Urania).

Vortrag: „Eine Reise nach dem Orient“

Beginn des Vortrages präz. 8 1/2 Uhr. Es wird gebeten, pünktlich zu erscheinen, um jede Störung während des Vortrages zu vermeiden.

Eintrittskarten à 20 Pfg. sind heute Abend auf den Zahlstellen, sowie bis Dienstag im Bureau, Annenstr. 50, zu haben.

Der Bevoollmächtigte.

Der Elektrotechnische Gewerkverein Berlin und Umgegend

fordert hiermit die Kollegen Deutschlands auf, oben genannten Verein bei der Gründung eines Deutschen Elektrotechnischen Gewerksverbandes dadurch zu helfen, indem die Kollegen in der Provinz und größeren Arbeitszentren Fachvereine gründen.

In denselben finden Aufnahme die Kollegen, welche auf elektrotechnischem Gebiete thätig sind.

Für Oben soll alsbald in Berlin eine Delegierten-Versammlung statt finden zur Verabredung eines Normalstatuts für den Verband resp. Gründung des Verbandes.

Nähere Auskunft erteilen der Obmann Wilhelm Sawitzky, Berlin SW., Wittenwalderstr. 60, Tel. Amt IV 3930; und der Schriftführer A. Weishuhn, Berlin NW., Alt-Preobit 100.

Die Kommission für Gründung des Verbandes.

Breuer's Ball-Salon „Zur Königsbank“

Grosse Frankfurterstr. 117

empfiehlt seine Festäle mit Theaterbühne und Garten zu Versammlungen und zu jeder Privatfestlichkeit (bis 1000 Personen). Jeden Sonntag: Grosser Ball. Anfang 4 Uhr.

Wie kann ich meine Stellung verbessern?

Auf dem Gebiet der Elektrotechnik liegt heute die Zukunft. Tüchtige Elektromonteur, Installateur, Maschinen-, Zeichner werden jederzeit gesucht und erhalten nach Abschluß unserer Abendkurse durch unsere Vermittlung und Zeugnisse je nach Bedarf

Stellung.

Ein neuer Abend-Kursus

beginnt am 15. Februar ex. und dauert 6 Monate. Honorar monatlich 6 Mark. Gründliche, für jeden Laien verständliche Lehrmethode. Keine Vorkenntnisse nötig. 50 pCt. Arbeiter bekanden die letzte Schlussprüfung. Praktische Ausbildung in den Werkstätten. Bei dem großen Andrang beschleunige man die Anmeldungen, jedw. auch Sonntags im Bureau

„Elektra“ (G. m. b. H.)

Aelteste Anstalt Berlins. Wissenschaftliches Institut I. Ranges. Prinzenstraße 55 I.

Man vermeide Verwechslungen und verlange Prospekte und Stundenplan (gratis). Telephon Amt IVa 6006. 8782*

Kein Laden!

Empfehle mein reichhaltiges Lager in

Filz- und Seidenhüten,

Schirmen

in den neuesten Façons und Farben, äußerst billige Preise.

Richard Klose, Anflamerstr. 41, zweites Haus von der Brunnenstraße. Eingang vom Hausflur. Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.

J. Brünn,

(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4

Nach beendeter Inventur gelangen größere Lagerbestände meiner

Teppiche

Gardinen! Portièren! Steppdecken! Tischdecken! zu sehr billigen Preisen zum

Ausverkauf!!

Herren- u. Konfirmandenhüte, alle Farben, nur neue moderne Sachen. Prima Qualität 1,50 und 2,-

Die beliebtesten Arbeitshüte immer noch 65 Pf.

Hutfabrik-Komptoir Barnimstr. 4 u. 5.

Fernsprecher: Amt IV. 447.

Einsegnungs-Anzüge

in Tuch, Satin, Diagonal- und covercoat-Stoffen, 1- und 2-reihig, am 12-27 M. M. Schulmeister, Schneidermeister, Dresdenstr. 4, am 1. Sonntag, 26. Bitte genau auf die Firma zu achten.

Möbel und Polsterwaren. Reelle Arbeit. Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. 16579* Franz Tutzauer, Brunnenstraße 152.

Dranienstraße 33 (zwischen Dranienplatz u. Adalbertstr.)

folien die Warenbestände der Carl Obst'schen

Konkursmasse

wie: Damen- und Mädchen-Mäntel jeder Art, Pelz-Capes, Colliers, Muffen, Blusen, Knaben- u. Burschen-Anzüge, Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Ballstoffe, Damenuche, Wäsche, Stoffe für Herren- und Knaben-Anzüge, Futterstoffe, Baumwollwaren etc. zu eigen tagierten und festen Preisen gegen Barzahlung bis zum 28. Februar d. J., Vormittags von 8 1/2-1 Uhr und Nachmittags von 2 1/2-8 Uhr, ausverkauft werden.

Früher waren fünf! frische! Pfann-

suchen oder Kracken auf einmal zu genießen ein Wagnis für den Besitzer eines schwachen Wagens. Wenn aber Palmint zum Backen verwendet wird, darf man so etwas getrost riskieren. Palmint ist fettsäurefreies blühendes Pflanzenfett, welches jedem Backwerk einen wunderbaren Wohlgeschmack verleiht. Ein richtiger Versuch ist absoluter Beweis! Das Pfund 65 Pf. Ueberall zu haben! General-Vertreter: Elfreich & Menzel, Pantstraße 31a. Telephon Amt II 2160.

En gros. Versand.

Konkurrenzlos billig, reellste Fabrikate!

Für die Reellität der Fabrikate sprechen zahlreichste Anerkennungen!

Unstreifig vortheilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

No. 5 100 Stück Mk. 2,50

No. 9 100 Stück Mk. 3,75

Special 100 Stück Mk. 4,10

Für Händler und Wiederverkäufer, and nur geunden, wirklich guten Tabaken (lange Einlage) große volle Vorräte.

pr. Wille Nr. 28., Regalia-Façon pr. Wille Nr. 22,50, rein netto Kasse. Unter 500 Stück werden von dieser Sorte nicht abgegeben.

Ferner empfehlen folgende Marken aus geschmackvoll zusammengestellten hochfeinen Gewächsen in normalen, modernen Formen:

Sumatra, Java.	St. Felix-Brasil.	Havana und Mexiko.
Commercio . 100 St. Mk. 3,-	Brillante (klein) . 100 St. Mk. 3,25	Perla Mexicana 100 St. Mk. 5,-
Feuerwehr 3,50	St. Felix-Brasil 4,60	Mexicanos 5,50
Efecto 4,25	St. Felix in Original-Pfisten, 250 Stück enthaltend, 12,50	Castillo 6,-
Elvira 4,50	Marke Bahia-Import (Handarbeit, Regische Presse) 6,-	Walküre 6,50
Odaliska 5,-		Milena 8,-
Senta 6,-		Tullia 9,-

Bedingungen: Verkauf und Verkauf nicht unter 100 Stück von einer Marke. - 300 Stück portofrei unter Nachnahme. - Nichtkonvenientes erbiten, auch angebrochen, auf unsere Kosten gegen Rückerstattung des gezahlten Betrages zurück; - daher keinerlei Risiko für den Besteller. Im Falle der Rücksendung oder Rückgabe dürfen auch jeder Marke 4 Stück probeweise unentgeltlich geruchelt sein. Bei Entnahme von 500 Stück gewähren 3 pCt., bei 1000 Stück 6 pCt. Rabatt, wenn sich Besteller auf diese Zeitung bezieht.

Czollek & Geballe, Zigarren-Spezial, Berlin C., Spandauer Brücke 9, drittes Haus vom Hadeschen Markt.

Preisliste franko.



Hüte, Schirme.

Gewähre den Genossen bei Vorzeigung dieser Annonce 5 pCt. 6492*

Otto Gerholdt, 2 Dresdenerstr. 2, Ecke Stoltestraße.

Ballettänzerin



Illustrierter Prachtkatalog gratis und franko.

Walter Kirberg

Foche bei Solingen.

Deutscher Vortex



besond. für Blutharue, Brustkrankheiten, Nerven, Blasen, Nieren, etc. d. leicht bestrahlbar, nachfräftigste Bier. - Nichtblutbild, besch. best. Gehirntät. u. Gewichts zunahme. über 14 J. drei, 50 sehr W. erst. Zu Geb. 1/4, 1/2, 1/3 zum Selbstk. wesentlich billiger. Allein-Verandht. für Berlin u. Umw. Portierleierei Klingler, Berlin, Brunnenstr. 152. Ferner gr. Lager von echt engl. Porter und Pale-Aale. Nicht Pfanzenzahl, Dual, entscheiden!

Hans Kayser

Görlitzer Bahnhof, Platz 6. Billigste Bezugsquelle für Press- u. Steinkohlen.

Cigarren u. Tabake

Freisilage, emp. Freunden u. Genossen Adalbertstr. 24 (Eing. Engelstraße).

Jeden Morgen von 7 Uhr an Verkauf von Knochenfleisch, Rindfleisch, Linsen, Blut u. Leberw., sowie aller übrigen Fleisch- u. Wurstwaren zu Engrospreisen. 6526 Wurstfabrik m. Dampftrieb Wilhelmstr. 56, Hof rechts.

D. Wurzel & Co., Drangelstr. 17, Ede Wannenstraße.

Wäsche ausschließlich eigenes Fabrikat. Spezialität: Arbeiter-Verurschbung: Blau Körper-Jaden Nr. 1,05, steigend je Größe um 10 Pf., blau Körper-Jaden, in allen Längen, Nr. 1,65. Arbeiterhemden, Blonden, Maler-Hittel und Monteurhemden.

D. Wurzel & Co., Drangelstr. 17. 1842*

Der Arbeiter-Stenographen-Verein „Stolze“ (Einigungssystem)

eröffnet neue Unterrichtskurse in der „vereinfachten deutsch-Stenographie“ (Syst. Stolze-Schrey) am Montag, den 13. Februar, bei Kleinert, Müllerstr. 7a, am Dienstag, den 14. Februar, im Louisenstädt. Clubhaus, Annenstr. 16.

Betten, Steppdecken, Gardinen, Postüren, Winterpaletots, Anzüge, Hemdenträger, Regalatoren, Opengläser sportbillig Pfandleihe

Neanderstr. 6.

Möbel, Neu! Eröffnet! Neu! Bade-Anstalt Norden

Lortzingstr. 33. Vorkammern, russisch-römisch, Dampf-tasten mit Massage und Podagen. Wannen, Soof, Nichtenmadel, Kleiderbäder etc. Verjant sämmtl. Kranken-laffen. 7258*

Dr. med. Schaper, prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. Haut, Horn-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten. Spr. 9-1, 4-8. Schöneberger Ufer 25.

Homöopath. Poliklinik: Montag, Mittwoch, Sonnabend Ab. 7-8. Friedrichstraße 114. I. (829L)

Größtes Brot, 5 1/2, Pfd., 50 Pf., Brotfabrik Stall-

Aufpolstern reell, Rattagen 4, Sopha 5 Mk., Gräfer, Landbergstr. 104.

Margarine Markmann, Graunstr. 7, Ede Vorigstraße.

Welle Arbeits- u. Wohnräume s. 1. April dreimal zu verm. Michaelstr. 27/28.

Wash- u. Plätt-Anstalt, Laden m. Wohn. eig. Bajschüde s. 1. April Michaelstr. 28.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter 1246/6

Fritz Engelland

am 8. d. M. verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag Nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle der Friedbergemeinde Nieder-Schönhausen aus statt. Zahlreiche Beileidigung erwünscht.

Der Vorstand, Fritz Engelland.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. Februar, von der Leichenhalle der Friedbergemeinde in Nieder-Schönhausen aus statt. 706b

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler etc.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. d. M., Radom 3 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofs in Wilhelmshagen aus statt. 181/5 Die Erdbverwallung.

Emil Genthe, am 8. Februar gestorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 12. d. M., Radom 3 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofs in Wilhelmshagen aus statt.

Hermann Rasch, im Alter von 42 Jahren. Um stille Beileid bittet Louise Rasch, geb. Strigkowsky, nebst Kindern.

Die Beerdigung findet Sonntag Nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause Friedrichsfelde, Prinzen-Allee Nr. 56, aus statt.

Charlottenburg. Todes-Anzeige.

Am 8. Februar, Morgens 2 Uhr, verstarb unser Stiefvater, Bruder, Schwager und Onkel, der Arbeiter Wilhelm Jahnke.

Wir werden demselben allezeit ein ehrendes Andenken bewahren. Die Beerdigung findet am Sonntag Nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Garde du Rappstr. 16 aus statt. Gebr. Morgenroth, Friedrich Kalatus.

Warme hiermit jeden, meiner Frau Marie Kulwidi geb. Göric, etwas zu borgen, da ich für nicht aufkomme. 694b Bernhard Kulwidi.

Warme hiermit jeden, meiner Frau Hedwig geb. Hoffmann, auf meinen Namen etwas zu borgen, da ich für nicht aufkomme. 695b Franz Dahn, Volkstr. 35, 4 Tr.

Arbeitsmarkt.

Achtung! Holzarbeiter. Bei der Firma Carl Latze (Klosterhof) haben sämtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit eingestellt. 70/20 Bezug ist fernzuhalten. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Stockarbeiter! Wegen Differenzen haben 50 Cellar-Isolierarbeiter bei der Firma Gebr. Ros. Drebbenerstr. 38, die Arbeit eingestellt. Bezug fernhalten. Der Vertrauensmann d. Berliner Stockarbeiter. 175/5

Ein tüchtiger Eisendreher an der Zeit-Spindelbank, jedoch nur ein tüchtiger, wird verlangt. Maschinenfabrik Görlitzerstr. 52.

Wickelmachern erhält sofort Arbeit. Kolms, Mühlenstr. 28, v. 3 Tr.

Ein erfahrener Feinmechaniker mit guten Zeugnissen, sicher im Vanten von elektrotechnischen und physikalischen Apparaten, wird als praktischer Leiter gesucht.

„Elektra“

Zehranhalt und Lehrwerkstätten Prinzenstr. 55 I.

Zusammenfasser und Geltsold-Schleifer verl. Ludwig, 7108 Brandenburgerstr. 8.

Linierer, zuverlässige, an Peppiger Maschinen, wollen sich melden bei Riesenstahl, Zumpo & Comp., Geschlößbühlerstr. 67.

Einseger zu guten Preisen werden verlangt Bau Greifenhagenstr. 70. 670*

Schneider auf Geltsold (auch 2e n d t, Rappstr. 56. 680*)

Knabenanzüge Arbeiterin auf Kollfagen verlangt 661b Köpenickerstr. 20.

Verfilberinnen verlangt Goldbleichenfabrik Friedenstr. 10. 651b

Unterrod-Arbeiterinnen für besseren Genre finden unter Verlegung von Probe-Arbeit Beschäft. bei Loh & Oertel, Wobrenstr. 42.

Fabrikmacher verlangt Wolf, Wattenstr. 14.

Maschinen-Mäherin u. Arbeiterin auf bessere Wirtgenstände verlangt Winkler, Waldemarstr. 58. 7115

Tüchtige Preßarbeiter u. Umfcherinnen finden dauernde Beschäftigung i. d. Silberfabr. Ritterstr. 6*

Vom Schlachtfelde der Arbeit.

Die letzten Jahre, welche einen Aufschwung für Industrie und Handel brachten, weisen eine Steigerung der Unfälle auf, welche mit erschreckender Deutlichkeit zeigt, wie die „guten Zeiten“ der Kapitalisten für die Arbeiter recht schlechte Zeiten sind. Nach den Rechnungsergebnissen der Berufsgenossenschaften für 1897 haben sich die Unfälle auch im letzten Jahre wieder vermehrt, nachdem dies bereits in den vorhergehenden Jahren geschehen war.

Auf 100 000 Versicherte kamen Personen, für welche eine Entschädigung festgestellt worden ist:

	1897	1896	1886—96
Uebershaupt Verletzte	603	484	337
Davon:			
Getödtete	41	39	38
dauernd völlig Erwerbsunfähige	8	9	17
theilweise	252	252	183
vorübergehend	200	184	99

Gegenüber dem elfjährigen Durchschnitt beträgt die Zunahme der Verunglückten 55 Prozent! Daß die Zahl der schwersten Verletzungen zurückging, so daß 1897 nur 8 dauernd völlig Erwerbsunfähige entschädigt wurden, im elfjährigen Durchschnitt aber 17, beruht darauf, daß die Unfallschiedsgerichte immer seltener eine Verunglückung als völlig erwerbsunfähig machend ansehen und zumeist gestützt auf die in Arbeiterkreisen genügend gewürdigten Gutachten der von den Berufsgenossenschaften abhängigen Ärzte, die Verletzung als eine nur theilweise Erwerbsunfähigkeit veranlassend erklären, so daß der Arbeiter mit einer niedrigeren Rente abgepeist wird! Dafür stieg aber die Zahl der als dauernd theilweise erwerbsunfähig Erklärten um 41 pCt.! Und sagt man die Zahlen der völlig und theilweise dauernd Erwerbsunfähigen zusammen, so bleibt immerhin noch für 1897 gegenüber dem elfjährigen Durchschnitt eine Steigerung von 33 pCt. übrig!

Auf gewerbliche und landwirthschaftliche Betriebe vertheilten sich die Unfälle folgendermaßen:

Gewerbliche Berufsgenossenschaften

	1897	1896	1886—96
Uebershaupt Verletzte	601	672	640
Davon:			
Getödtete	70	71	70
dauernd völlig Erwerbsunfähige	10	10	32
dauernd theilweise Erwerbsunfähige	352	353	313
vorübergehend Erwerbsunfähige	269	238	125

Landwirthschaftliche Berufsgenossenschaften

	1897	1896	1886—96
Uebershaupt Verletzte	406	354	215
Davon:			
Getödtete	22	21	18
dauernd völlig Erwerbsunfähige	5	6	5
dauernd theilweise Erwerbsunfähige	208	199	108
vorübergehend Erwerbsunfähige	171	158	84

In der Landwirtschaft kommt nur ein zehnjähriger Durchschnitt in Betracht, da auf sie erst seit dem 1. Januar 1887 das Gesetz ausgedehnt wurde. Die Steigerung der Unfälle ist bei ihr verhältnismäßig weit größer als in der Industrie (90 pCt. gegen 28 pCt.), was zum Theil darauf beruht, daß erst allmählig die Landarbeiter von ihrem Recht Gebrauch machen lernen und die Unfälle überhaupt anmelden. Doch dies allein erklärt die Steigerung der Un-

fälle nicht, zumal sicherlich die schweren Unfälle von Anfang an zur Kenntniß der Berufsgenossenschaften gebracht wurden, da sich die Landgemeinden gehütet haben werden, Arbeitsunfähige und Hinterbliebene von Getödteten auf Gemeindefkosten zu ernähren, wo sie die Berufsgenossenschaften zur Zahlung heranziehen konnten. Nun stieg die Zahl der schweren Unfälle (mit Tod oder dauernder Erwerbsunfähigkeit als Folge) um achtzig Prozent; die Zahl der Leichtereren (vorübergehende Erwerbsunfähigkeit) um 103 pCt! Diese Zunahme steht aber nicht nur in direktem Zusammenhange mit der Zahl der in der Landwirtschaft benutzten Maschinen, sondern, wie in der Industrie, mit der größeren Hast und dementsprechenden geringeren Vorsicht, mit der die Arbeiten gemacht werden. Es stieg nämlich 1890—97 bei 100 000 Versicherten die Zahl der Verunglückten durch Motoren, Transmissionen und Arbeitsmaschinen von 22 auf 35, durch Fall von Leitern, Treppen, aus Luken, in Vertiefungen von 38 auf 124, durch Fuhrwerk (überfahren von Wagen und Karren aller Art) von 32 auf 68. Demnach ist die Zahl der Unfälle, die durch Maschinen hervorgerufen wurde, geringer als die durch Fall von Leitern u. sowie durch Überfahren, die beide die Folge einer angestrengteren und darum die Gefahr nicht genügend beachtenden Thätigkeit sind.

In den gewerblichen Berufsgenossenschaften stieg zur selben Zeit (1890—1897) bei je 100 000 Versicherten die Zahl der Verunglückten: durch Motoren, Transmissionen und Arbeitsmaschinen von 121 auf 151, durch Zusammenbruch, Einsturz, Gerab- und Umsinken von Gegenständen, von 93 auf 120, durch Fall von Leitern, Treppen u. von 83 auf 116, durch Fuhrwerk (Überfahren) von 65 auf 87. Auch hier zeigt sich also, daß nicht nur die Zunahme der Maschinen die Unfallgefahr erhöht, sondern daß diese in gesteigertem Maße bei Arbeiten zum Ausdruck kamen, die ohne Maschinen — und daher auch im unvericherten Handwerk nicht minder wie in der versicherten Industrie — verrichtet werden. Hier ist die Steigerung der Unfälle durch die Steigerung der Arbeitsintensität und der Arbeitsdauer hervorgerufen: die Zunahme der Akkordarbeit und die Verlängerung der Arbeitszeit bedingen die Zunahme der Unfälle.

Wie notwendig übrigens auch für die Handwerker die Unfallversicherung wäre, zeigt die stetige Zunahme der Unfälle bei Benutzung von Handwerkszeug und einfachen Geräthen (Hämmer, Äxte, Spaten, Haden), welche, ebenso wie die oben erwähnten Unfallursachen, im Handwerksbetriebe nicht minder sich ereignen können wie im Großbetriebe. 1890 verunglückten von 100 000 Versicherten durch Handwerkszeug 32, 1897 bereits 49!

Hieraus geht hervor, daß im Handwerk, in der Industrie wie in der Landwirtschaft eine wirksame Unfallversicherung nicht nur durch Schutzvorrichtungen an Maschinen gesichert werden kann, sondern daß dazu auch eine Verkürzung der Arbeitszeit notwendig ist, damit die Arbeiter stets im Vollbesitz ihrer geistigen und körperlichen Spannkraft thätig sein können. Wie sich die Zahl der Unfälle auf die einzelnen Tagesstunden und auf die Wochentage vertheilt, wird hier und da von Gewerbe-Aufsichtsbeamten registriert. Diese Beobachtungen leiden aber zumeist darunter, daß sie sich auf einen zu engen Kreis beschränken müssen. Eine wirklich brauchbare Statistik kann nur zu stande kommen,

wenn die Berufsgenossenschaften bei den Unfallmeldungen auch Tag und Stunde der Unfälle überfichtlich zusammenstellen würden. Da aber diese Unternehmerverbände kein Interesse daran haben, das Elend der Arbeiter durch Verkürzung der Arbeitszeit zu verringern, so verhält sich auch die schon wiederholt gestellte Forderung nach dieser Statistik, welche die dringende Nothwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung nachweisen würde, unerhört.

Und so kommt es, daß den Aufschwung der Industrie die Arbeiter mit so schweren Opfern an Gesundheit und Leben bezahlen müßten, denn die Ueberarbeit florirt ja nur dann, wenn das Geschäft gut geht.

Wie groß die Opfer sind, welche in Industrie und Landwirtschaft von den Arbeitern gebracht werden müssen, zeigen nachfolgende Zahlen:

Von 1886—1897, also in zwölf Jahren, (die Zahlen für 1897 sind in Klammern beigefügt), waren in der Industrie vorhanden: verletzte Personen, für welche eine Entschädigung festgestellt wurde, 328 133 (41 746); davon wurden getödtet 41 179 (4252), dauernd völlig erwerbsunfähig 17 770 (625), dauernd theilweise erwerbsunfähig 187 178 (221 247), vorübergehend erwerbsunfähig 82 006 (15 622). 1897 betrug die Zahl aller Verletzten, für welche Unfallanzeige erstattet wurde, 252 382, während nur für 41 746 die Entschädigungspflicht der Berufsgenossenschaft festgestellt wurde. Die übrigen 210 636 behielten keinen dauernden Schaden und fielen daher allein den Krankenkassen zur Last.

Dazu kommen noch jährlich ein paar Tausend Verunglückte von den 13 Versicherungsanstalten der Baugewerks-Berufsgenossenschaft (1897: 2750 Verletzte; davon getödtet 129, dauernd völlig erwerbsunfähig 55, dauernd theilweise erwerbsunfähig 589, vorübergehend erwerbsunfähig 382), sowie von den staatlichen und den Provinzial- und Kommunal-Ausführungsbehörden (1897: 28 622 Verletzte, davon getödtet 561, dauernd völlig erwerbsunfähig 283, dauernd theilweise erwerbsunfähig 1982, vorübergehend erwerbsunfähig 1161).

Von 1888—97, also in 10 Jahren, forderte die Landwirtschaft an Opfern (die Zahlen für 1897 stehen in Klammern dahinter): entschädigungspflichtig Verletzte 248 401 (45 438), davon getödtet 19 231 (2474), dauernd völlig erwerbsunfähig 5238 (544), dauernd theilweise erwerbsunfähig 125 227 (23 260), vorübergehend erwerbsunfähig 98 705 (19 160). Die Zahl aller Verletzten, für welche Unfallanzeige erstattet wurde, betrug 1897: 93 363, von denen die Hälfte allein den Krankenkassen zur Last fiel.

Seit 1886 ergeben sich für Industrie und Landwirtschaft zusammen (wobei in der letzteren erst seit 1888 Ziffern vorliegen) 607 933 entschädigungspflichtig Verletzte, davon 66 087 getödtet und 354 126 dauernd völlig oder theilweise erwerbsunfähig.

Und angesichts dieser ungeheuren Opfer — 1897 wurden insgesammt für 382 117 Personen Unfallanzeigen erstattet — rührt sich weder Regierung noch besitzende Klasse, um die Ursachen dieser zahlreichen steigenden Unfälle: überlange Arbeitszeit, ungenügende Gewerbe-Aufsicht und daher ungenügende Schutzvorrichtungen zu beseitigen. Von einem Fortschritt der Sozialreform spricht die Regierung, und einen Rückschritt beweist ihre amtliche Statistik!

Seefische

Volksnahrung.

Riesige Fänge unserer Dampfer ermöglichen uns

Cabliau per Pfd. 16 Pl., im Ansschnitt ca. 20 Pl., Schellfische per Pfd. 18—25 Pl.

während dieser Woche in unseren hiesigen Verkaufsstellen abzugeben.

Andero Fischsorten — auch Steinbutt, Seezungen, Tarbutt, Scholle etc. — ebenfalls billig.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“.

Haupt-Filiale: Berlin C, 22, Bahnhof Börse, Bogen 9—10.	No. III. Berlin NW., Lüneburger Strasse, Ecke Paulstrasse, Stadtbahnhof 389 (Zentrallagererei).	No. V. Berlin N. (Wedding), Reinickendorferstr. 1, Eingang Schulzendorfer Strasse.
No. II. Charlottenburg, Wilmsdorferstrasse 10—11, am Wilhelmplatz.	No. IV. Im Schlesischen Bahnhof, Madaistr. 22.	No. VI. Prinzenstr. 30, zwischen Moritzplatz und Ritterstrasse.

Wo?

ist der schönste Ort für Herrenpartien und Ausflüge? Auf der Insel Bickelwerder beim alten Freund.

Wo speisen Sie?
Im Speisehaus v. Max Arndt,
Rungelstraße 19, part. 8002.
Kräftiger Mittagstisch u. Bier ab
Kaffee 50 Pf. Reichh. Frühstück u.
Abendstisch u. 30 Pf. an. Extrazimmer
zur Verfügung.

Nonnenberg's Restaur.,
Treptow, Parkstrasse.
Großer Saal. — Großer Garten.
Jeden Sonntag: Ball. (0552)*
Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten

Einzig

Das Beste
in seiner Vorzüglichkeit
Metall-Putz-Glanz

Amor

Neueste Prämierung: Goldene Medaille
Stettin 1898.

In Dosen à 10 und 20 Pfg.

überall zu haben.

Warnung!

Amor ist nicht zu verwechseln
mit der schmierenden veralteten
rothen Putzmasse.

Fabrik Lubszynski & Co., Berlin NO.

Konkursmassen-Ausverkauf.

Die kolossalen Bestände der Konkursmasse des

Warenhaus Alfred Löwenthal,

Wrangelstrasse 20, Ecke Pücklerstrasse,

bestehend in Kleiderstoffen, Sammet- u. Seidenwaaren, Weiss-, Leinen- u. Baumwollwaaren, Wäsche und Tricotagen, Gardinen, Teppichen und Läuferstoffen, Glas-, Porzellan- und Steingutwaaren, sowie sämtliche Küchenartikel etc. etc.

sollen mit anderen Waaren zu festgesetzten Taxpreisen

werktätlich von 9—1 Uhr Vorm. u. 4—8 Uhr Nachm. ausverkauft werden.

Beginn des Ausverkaufs

Sonnabend, 11. Februar, Nachmittags 4 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Schiller-Theater

Theater.
Sonnabend, 11. Februar.
Opernhaus. Die Tochter des Meisters. Verlobung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Auf der Sonnenseite. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Fuhrmann Henschel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Die guten Freundinnen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Bekler. Raza. Anfang 7 1/2 Uhr.
Kreuzberg. Der Schlafwagen. Komtrollen. Vorher: Zum Einsteigen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Der Sohn der Frau. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Die kleinen Mädchen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Die Leibrante. Anfang 8 Uhr.
Weiten. Der Freischütz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Puppe. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Schiddebold's Engel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Um's liebe Geld. Anfang 8 Uhr.
Rath. 3 Uhr: Maria Stuart.
Volk-Milieu. Der Herr von Kirchfeld. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Der Brandstifter. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Das Herz von Marjand. Anfang 8 Uhr.
Rath. 4 Uhr: Die Räuber.
Nitzsanderplatz. Die Sünde. Anfang 8 Uhr.
Parade. Johann Schiller (Schindlerhannes), der Räuberhauptmann am Rhein. Anfang 7 1/2 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr Vormittags ab. Eintritt 50 Pf.
Abends 8 Uhr: „Das Band der Fierde“. Operntelephon.
Judenbühlstr. 57/58. Täglich Abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.
Moll. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten-Vorstellung.
Vaffage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Central-Theater

Die Puppe (La Poupée)
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Odonnoy und Sturgey. Musik von Ed. Kubran.
Sonntag 3 Uhr zu halben Preisen: Der Krammer aus Wien. Fräulein Engolke aus Düsseldorf, als Gäste:
Der Zigeunerbaron.
Luisen-Theater
34. Reichenbergerstr. 34.
Nachmittag 3 Uhr: Schüler-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Maria Stuart.
Abends 8 Uhr: Extra-Vorstellung veranstaltet vom Berliner Klub „Hellas“.
Zum 25. Male:
Um's liebe Geld.
Sonntag, Rath. 3 Uhr: Volks-Vorstellung zu kleinen Preisen.
Neu oder Genie u. Leidenschaft.
Abends 8 Uhr:
Wildes Blut.
Stauf:
All Heil!

Luisen-Theater

Die Puppe (La Poupée)
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Odonnoy und Sturgey. Musik von Ed. Kubran.
Sonntag 3 Uhr zu halben Preisen: Der Krammer aus Wien. Fräulein Engolke aus Düsseldorf, als Gäste:
Der Zigeunerbaron.
Luisen-Theater
34. Reichenbergerstr. 34.
Nachmittag 3 Uhr: Schüler-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Maria Stuart.
Abends 8 Uhr: Extra-Vorstellung veranstaltet vom Berliner Klub „Hellas“.
Zum 25. Male:
Um's liebe Geld.
Sonntag, Rath. 3 Uhr: Volks-Vorstellung zu kleinen Preisen.
Neu oder Genie u. Leidenschaft.
Abends 8 Uhr:
Wildes Blut.
Stauf:
All Heil!

Apollo-Theater

Die Puppe (La Poupée)
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Odonnoy und Sturgey. Musik von Ed. Kubran.
Sonntag 3 Uhr zu halben Preisen: Der Krammer aus Wien. Fräulein Engolke aus Düsseldorf, als Gäste:
Der Zigeunerbaron.
Luisen-Theater
34. Reichenbergerstr. 34.
Nachmittag 3 Uhr: Schüler-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Maria Stuart.
Abends 8 Uhr: Extra-Vorstellung veranstaltet vom Berliner Klub „Hellas“.
Zum 25. Male:
Um's liebe Geld.
Sonntag, Rath. 3 Uhr: Volks-Vorstellung zu kleinen Preisen.
Neu oder Genie u. Leidenschaft.
Abends 8 Uhr:
Wildes Blut.
Stauf:
All Heil!

Yvette Guilbert

Die Puppe (La Poupée)
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Odonnoy und Sturgey. Musik von Ed. Kubran.
Sonntag 3 Uhr zu halben Preisen: Der Krammer aus Wien. Fräulein Engolke aus Düsseldorf, als Gäste:
Der Zigeunerbaron.
Luisen-Theater
34. Reichenbergerstr. 34.
Nachmittag 3 Uhr: Schüler-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Maria Stuart.
Abends 8 Uhr: Extra-Vorstellung veranstaltet vom Berliner Klub „Hellas“.
Zum 25. Male:
Um's liebe Geld.
Sonntag, Rath. 3 Uhr: Volks-Vorstellung zu kleinen Preisen.
Neu oder Genie u. Leidenschaft.
Abends 8 Uhr:
Wildes Blut.
Stauf:
All Heil!

Mr. Segommer

Die Puppe (La Poupée)
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Odonnoy und Sturgey. Musik von Ed. Kubran.
Sonntag 3 Uhr zu halben Preisen: Der Krammer aus Wien. Fräulein Engolke aus Düsseldorf, als Gäste:
Der Zigeunerbaron.
Luisen-Theater
34. Reichenbergerstr. 34.
Nachmittag 3 Uhr: Schüler-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Maria Stuart.
Abends 8 Uhr: Extra-Vorstellung veranstaltet vom Berliner Klub „Hellas“.
Zum 25. Male:
Um's liebe Geld.
Sonntag, Rath. 3 Uhr: Volks-Vorstellung zu kleinen Preisen.
Neu oder Genie u. Leidenschaft.
Abends 8 Uhr:
Wildes Blut.
Stauf:
All Heil!

G. Streichhan

Die Puppe (La Poupée)
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Odonnoy und Sturgey. Musik von Ed. Kubran.
Sonntag 3 Uhr zu halben Preisen: Der Krammer aus Wien. Fräulein Engolke aus Düsseldorf, als Gäste:
Der Zigeunerbaron.
Luisen-Theater
34. Reichenbergerstr. 34.
Nachmittag 3 Uhr: Schüler-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Maria Stuart.
Abends 8 Uhr: Extra-Vorstellung veranstaltet vom Berliner Klub „Hellas“.
Zum 25. Male:
Um's liebe Geld.
Sonntag, Rath. 3 Uhr: Volks-Vorstellung zu kleinen Preisen.
Neu oder Genie u. Leidenschaft.
Abends 8 Uhr:
Wildes Blut.
Stauf:
All Heil!

Offend-Carl Weij-Theater.

Der Brandstifter
Sensationelles Aufnahmestück mit Gesang in 5 Akten (12 Bildern) von G. Montonoff. Musik von J. Hall.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugsbilletts haben Gültigkeit.
Im Tunnel von 7 Uhr an Freikonzert.
Morgen und folgende Tage: Der Brandstifter.

Thalia-Theater

Die Puppe (La Poupée)
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Odonnoy und Sturgey. Musik von Ed. Kubran.
Sonntag 3 Uhr zu halben Preisen: Der Krammer aus Wien. Fräulein Engolke aus Düsseldorf, als Gäste:
Der Zigeunerbaron.
Luisen-Theater
34. Reichenbergerstr. 34.
Nachmittag 3 Uhr: Schüler-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Maria Stuart.
Abends 8 Uhr: Extra-Vorstellung veranstaltet vom Berliner Klub „Hellas“.
Zum 25. Male:
Um's liebe Geld.
Sonntag, Rath. 3 Uhr: Volks-Vorstellung zu kleinen Preisen.
Neu oder Genie u. Leidenschaft.
Abends 8 Uhr:
Wildes Blut.
Stauf:
All Heil!

Metropol-Theater

Die Puppe (La Poupée)
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Odonnoy und Sturgey. Musik von Ed. Kubran.
Sonntag 3 Uhr zu halben Preisen: Der Krammer aus Wien. Fräulein Engolke aus Düsseldorf, als Gäste:
Der Zigeunerbaron.
Luisen-Theater
34. Reichenbergerstr. 34.
Nachmittag 3 Uhr: Schüler-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Maria Stuart.
Abends 8 Uhr: Extra-Vorstellung veranstaltet vom Berliner Klub „Hellas“.
Zum 25. Male:
Um's liebe Geld.
Sonntag, Rath. 3 Uhr: Volks-Vorstellung zu kleinen Preisen.
Neu oder Genie u. Leidenschaft.
Abends 8 Uhr:
Wildes Blut.
Stauf:
All Heil!

Feen-Palast-Theater

Die Puppe (La Poupée)
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Odonnoy und Sturgey. Musik von Ed. Kubran.
Sonntag 3 Uhr zu halben Preisen: Der Krammer aus Wien. Fräulein Engolke aus Düsseldorf, als Gäste:
Der Zigeunerbaron.
Luisen-Theater
34. Reichenbergerstr. 34.
Nachmittag 3 Uhr: Schüler-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Maria Stuart.
Abends 8 Uhr: Extra-Vorstellung veranstaltet vom Berliner Klub „Hellas“.
Zum 25. Male:
Um's liebe Geld.
Sonntag, Rath. 3 Uhr: Volks-Vorstellung zu kleinen Preisen.
Neu oder Genie u. Leidenschaft.
Abends 8 Uhr:
Wildes Blut.
Stauf:
All Heil!

Olympia-Theater

Die Puppe (La Poupée)
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Odonnoy und Sturgey. Musik von Ed. Kubran.
Sonntag 3 Uhr zu halben Preisen: Der Krammer aus Wien. Fräulein Engolke aus Düsseldorf, als Gäste:
Der Zigeunerbaron.
Luisen-Theater
34. Reichenbergerstr. 34.
Nachmittag 3 Uhr: Schüler-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Maria Stuart.
Abends 8 Uhr: Extra-Vorstellung veranstaltet vom Berliner Klub „Hellas“.
Zum 25. Male:
Um's liebe Geld.
Sonntag, Rath. 3 Uhr: Volks-Vorstellung zu kleinen Preisen.
Neu oder Genie u. Leidenschaft.
Abends 8 Uhr:
Wildes Blut.
Stauf:
All Heil!

Circus Renz-Riesen-Tunnel

Die Puppe (La Poupée)
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Odonnoy und Sturgey. Musik von Ed. Kubran.
Sonntag 3 Uhr zu halben Preisen: Der Krammer aus Wien. Fräulein Engolke aus Düsseldorf, als Gäste:
Der Zigeunerbaron.
Luisen-Theater
34. Reichenbergerstr. 34.
Nachmittag 3 Uhr: Schüler-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Maria Stuart.
Abends 8 Uhr: Extra-Vorstellung veranstaltet vom Berliner Klub „Hellas“.
Zum 25. Male:
Um's liebe Geld.
Sonntag, Rath. 3 Uhr: Volks-Vorstellung zu kleinen Preisen.
Neu oder Genie u. Leidenschaft.
Abends 8 Uhr:
Wildes Blut.
Stauf:
All Heil!

Urania

Das Land der Fjorde.
Im Theater:
Im Hörsaal:
Dr. R. Neuhans und Prof. Dr. Müller: Ueber Mikrophotographie und Mikrochemie. (Doppelvortrag).
Invalidenstr. 57/58:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Passage-Panoptikum

40 Krieger des Mahdi.
Im Theater:
Im Hörsaal:
Dr. R. Neuhans und Prof. Dr. Müller: Ueber Mikrophotographie und Mikrochemie. (Doppelvortrag).
Invalidenstr. 57/58:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Castan's Panoptikum

„Santa Lucia“
Die berühmten „lebenden Bilder“.
Neu! Dreyfus-Esterhazy.
Olympia-Theater.
Dritter großer Mastenball.
Morgen 2 gr. Vorstellungen: Rhythmus, Dornröschen.
Abends: Grobhartige Spezialitäten mit Strohschneider.

Concerthaus

Quarg's Spezialitäten-Theater
Im Grand Hotel Alexanderplatz.
Täglich:
Hervorragende Kunstkräfte!
Horley-Trio, Louis Hahn, Willy Walde, Clemence, Frieda Schwarz
Neue Bilderreihe des Micrograph etc.
Anfang 8 Uhr. — Sonntag 7 Uhr.

Alcazar-Theater

Ein Kostümfest.
Vorstellung von O. Victor-Roeder.
Reu! Großer Erfolg! Reu!
Carl Jörgensen,
der beste Mimiker der Jetztzeit.
Bismarck vom Jüngling bis zum Greise.
Reu! Vorher: Reu!
Ich werde den Major einladen.
Lustspiel von Labiche.
Anfang: Montag 7 1/2 Uhr.
Sonntag 6 1/2 Uhr.
Dienstag 40 Pf.
Vorzugsbilletts haben Gültigkeit.

Moabiter Gesellschaftshaus

Ball.
Anfang 4 Uhr.
Jeden Mittwoch:
Hippel's Stettiner Gesellschaft.
Anfang 8 Uhr.
Passe-partouts haben Gültigkeit.
C. Peters.

Mähr's Theater

Persien.
Belvedere hervorgehoben: Ritt über die hundert Fuss hohe Burgmauer. I. Reut der weitberühmten Polzen bicyclette.
Auerberm: Quadricelle aus der Zeit Friedrich des Großen, geritten von 4 Damen und 4 Herren auf 8 Schulspedern. Ferner: Die vorzüglichsten Nummern des Repertoires.
Morgen Sonntag: 2 große Vorstellungen: 4 Uhr Nachmittags, 7 1/2 Uhr Abends: Persien.

W. Noack's Theater

Unsere Jungen
oder:
Da kennen Sie Schickmann schlecht!
Denkschild mit Gesang in 4 Akten von D. Stijfel.
Nach der Vorführung:
Die beste Cigarre
Lassen Sie sich
Binnböse, Zöllinger, 36.
Kinder-, Puppen-, Sport-, Kasten-, Leiter- u. Ziegenbockwagen, Kindertische, Kinderspielzeug, Krankenwagen, auch leihweise für Erwachsene u. Kind., Triumphstühle, Reise- u. Papierkörbe, Blumentische, Korbwagen jeder Art, Kinderbettstellen, Größtes Lager Berlins, Auf Kinderwagen gest. Theatralung, A. W. Schulz, 95 Brunnenstr. 95, vis-à-vis Humboldtth., 3 Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen. Fernspr. Amt III, 1767. 754L* Musterbogen gratis und franko.

Circus Busch

Parade-Gala-Vorstellung.
Zum 89. Mal:
PERSIEN.
Belvedere hervorgehoben: Ritt über die hundert Fuss hohe Burgmauer. I. Reut der weitberühmten Polzen bicyclette.
Auerberm: Quadricelle aus der Zeit Friedrich des Großen, geritten von 4 Damen und 4 Herren auf 8 Schulspedern. Ferner: Die vorzüglichsten Nummern des Repertoires.
Morgen Sonntag: 2 große Vorstellungen: 4 Uhr Nachmittags, 7 1/2 Uhr Abends: Persien.

Mähr's Theater

Persien.
Belvedere hervorgehoben: Ritt über die hundert Fuss hohe Burgmauer. I. Reut der weitberühmten Polzen bicyclette.
Auerberm: Quadricelle aus der Zeit Friedrich des Großen, geritten von 4 Damen und 4 Herren auf 8 Schulspedern. Ferner: Die vorzüglichsten Nummern des Repertoires.
Morgen Sonntag: 2 große Vorstellungen: 4 Uhr Nachmittags, 7 1/2 Uhr Abends: Persien.

W. Noack's Theater

Unsere Jungen
oder:
Da kennen Sie Schickmann schlecht!
Denkschild mit Gesang in 4 Akten von D. Stijfel.
Nach der Vorführung:
Die beste Cigarre
Lassen Sie sich
Binnböse, Zöllinger, 36.
Kinder-, Puppen-, Sport-, Kasten-, Leiter- u. Ziegenbockwagen, Kindertische, Kinderspielzeug, Krankenwagen, auch leihweise für Erwachsene u. Kind., Triumphstühle, Reise- u. Papierkörbe, Blumentische, Korbwagen jeder Art, Kinderbettstellen, Größtes Lager Berlins, Auf Kinderwagen gest. Theatralung, A. W. Schulz, 95 Brunnenstr. 95, vis-à-vis Humboldtth., 3 Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen. Fernspr. Amt III, 1767. 754L* Musterbogen gratis und franko.

1. Ziehung d. 2. Klasse 200. Kl. Preuss. Lotterie.
Ziehung am 10. Februar 1909, mittags.
Aus der Gewinne über 110 Mark sind den betreffenden Nummern in Bruttobetrag beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

424 578 607 87 909 28	1009 422 788 854 935 44 88	2068 329 79 811 96 456 655 802 73	9069 79 108 81
54 219 51 81 823 58 224 25	4049 802 439 561 66 927	5179 79 408 653 840 819 200 53	6102 314 822 451
518 704 89 57 901 64 67	7998 137 87 2001 299 399	437 523 75 678 8109 11501 6 47	894 82 405 6 540 612
717 49 6078 106 288 461 89 789		10252 98 451 685 60 80 882 92	3001 11168 467
604 813 78 12039 82 219 721 95	835 89 13305 477 582	293 14199 325 26 11501 468 590	788 812 57 994 15115
823 217 317 60 84 459 07 620	79 607 45 770 892 16156	896 636 816 73 17055 400 845	64 65 729 556 58 28
583 35 14055 136 254 77 866	41 551 78 630 908 39	10127 224 380 11501 400 609	729 850
202025 41 820 97 633 58 749 850	81007 14 27	73 167 223 34 369 823 24 22026 79	119 66 216 614 890
23055 173 268 428 36 563 783 810 891	24023 61 224	85 34 56 76 449 566 91 747 923	76 94 25037 54 379 422
44 2001 626 88 655 13001 910 94	20022 88 395 521	56 626 763 78 840 901 38 59	27080 119 78 289 664
75 721 38 11501 812 818 204049	11501 131 43 316 51 431	610 614 44 710 821 974	20006 28 287 90 804 438 530 73
617 50 940 80		300592 97 326 551 699 902 78	31110 972 463 575
615 26 982 32055 172 386 459 63	515 21 83 723 890 96	5 79 33014 180 278 386 521 81	98 658 887 900 3 10001
34010 278 471 883 85027 390 597	724 63 65 77 965 71	36212 17 653 758 38 671 948 60	871 07 674 229 348
50 453 635 13 907 33 521 526	293 11501 812 54 475 11501	633 91 715 89 885 89354 428	
40273 454 745 970 904	41031 1309 47 267 85 577	85 623 752 967 42004 175 85	235 808 69 450 654 643
45 49 937 42023 174 11501 78	268 506 510 61 711 51	988 11501 44249 353 459 561 651	792 451 920 36 243 56
443 632 808 46237 419 555 735	899 47000 56 217 318	440 588 98 11501 627 72	709 857 397 39 46 48075 11501
194 253 312 14 70 74 474 503	11501 727 62 49006 138	74 279 300 416 581 84 95 780	
50119 84 344 92 96 407 11501	889 646 11501 772 96	51177 247 332 32 506 34 79	747 61 11 293 13001
242191 302 39 490 657	52326 397 462 582 95 771	54258 301 517 11501 619	773 87 87 55141 66 279 898
414 597 646 30356 98 546 629	97 732 77 5715 38	35 225 48 11501 91 876	86 95 472 556 736 894 919 76
540010 125 77 261 427 584 11501	90 611 43 52 809 50025	166 335 420 37 41 609 817 917	
60019 141 210 322 39 505 12001	600 888 76 991 95	61014 53 255 587 467 54 89	13001 933 85 80078 85 75
229 83 394 591 13001 734 975	965 89 63099 156 215	85 11501 342 540 610 619 885	64018 218 302 645 571
955 73 65229 56 416 571 82 933	60661 102 72 304	88 829 13001 440 53 503 54 949	67185 987 522 424 65
64 11501 840 6917 830 476 563	914 96 69018 251 99	368 69 471 531 725 94 130	
70199 706 19 286 71116	36 228 96 348 11501 94	401 45 516 64 824 903 72115	459 509 73012 231 816
72 459 91 623 734 903 74115	980 91 841 97 776 817	75043 108 13001 51 77	327 45 440 651 713 95 850 937
76024 168 318 56 409 97 514	630 944 77012 39 211	421 676 915 44 78146	354 490 95 576 13001 89 624
885 976 70901 150 93 222	51 86 512 17 19 22 88	860 901 89	
80075 118 64 302 322 643 723	61 73 802 934 11022	72 106 13 56 678 822 79 84	82079 186 219 800 409
631 783 844 84327 53 63 468 93	542 75 677 741 50 63	78 988 84183 439 595 708 88	61 907 85224 482 64
732 42 45 89 946 84069 97 174	274 550 55 808 13	920 73 7055 116 459 508	52 714 49 65 70 865 954
88219 552 62 743 945 66	80605 107 10 444 305 86	602 713 28 851 97	
90002 11501 67 163 535 794 834 940	91067 79 191	632 638 97 901 92086 11501	815 45 936 88
139 25 48 947 357 459 51 509	30 657 729 84 811 66 948	94034 157 156 66 241 87 78	9000 657 729 84 811 66 948
94 300 717 45 626 241 87 78	90000 73 163 607 13 37	94 300 717 45 626 241 87 78	90000 73 163 607 13 37
64 84 85 99005 35 154 216 27	62 510 675 13001 87 936 53	130001 73 88 93	
622 814 925 96 102002 82 89	305 428 40 44 534 85	68 625 735 854 61 64 72	150 140351 166 84 238 395
424 56 639 47 48 746 10288	895 412 19 507 77 627 86	753 874 89 105147 74	223 321 29 432 45 847 86717
18 906 104005 322 330 74 411	107074 127 309 15	96 413 42 91 690 891	108029 70 103 411 83 84 98 944
68 96 109018 129 325 76 875 970			

1. Ziehung d. 2. Klasse 200. Kl. Preuss. Lotterie.
Ziehung am 10. Februar 1909, nachmittags.
Aus der Gewinne über 110 Mark sind den betreffenden Nummern in Bruttobetrag beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

84 125 305 7 488 622 744 973	1225 60 88 11501 475	505 737 85 916 9045 92 101 453 536 933	3008 77 395
604 82 775 938 4067 160 83 211 86	341 541 691 972	77 5001 103 305 32 49 60 486	509 82 668 765 6160
211 12 381 738 7023 28 2001 175 211 391	530 46 709	62 908 71 83 11501 90	8017 62 107 17 545 771 867
9041 285 540 62 615 99 882 942		100 30 186 409 90 581 649 882 920	11113 653 750
929 2001 12251 452 70 928 51 88 766 67	13952 65 75	11501 172 99 362 458 98 11501 591	